Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6 % MWSt.

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 219 4. März 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089 / 280 95 22

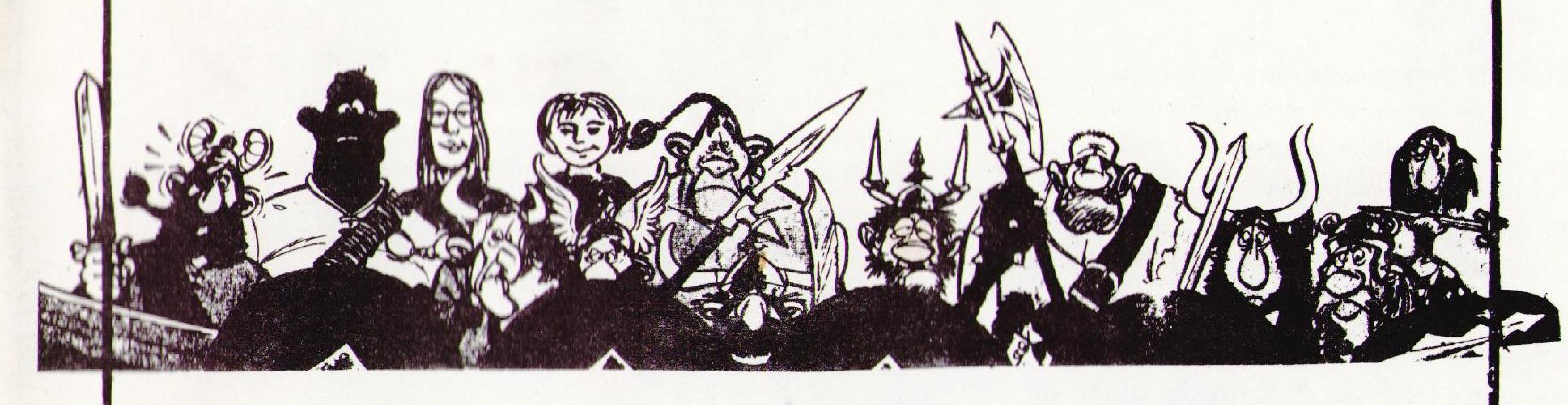
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf

postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

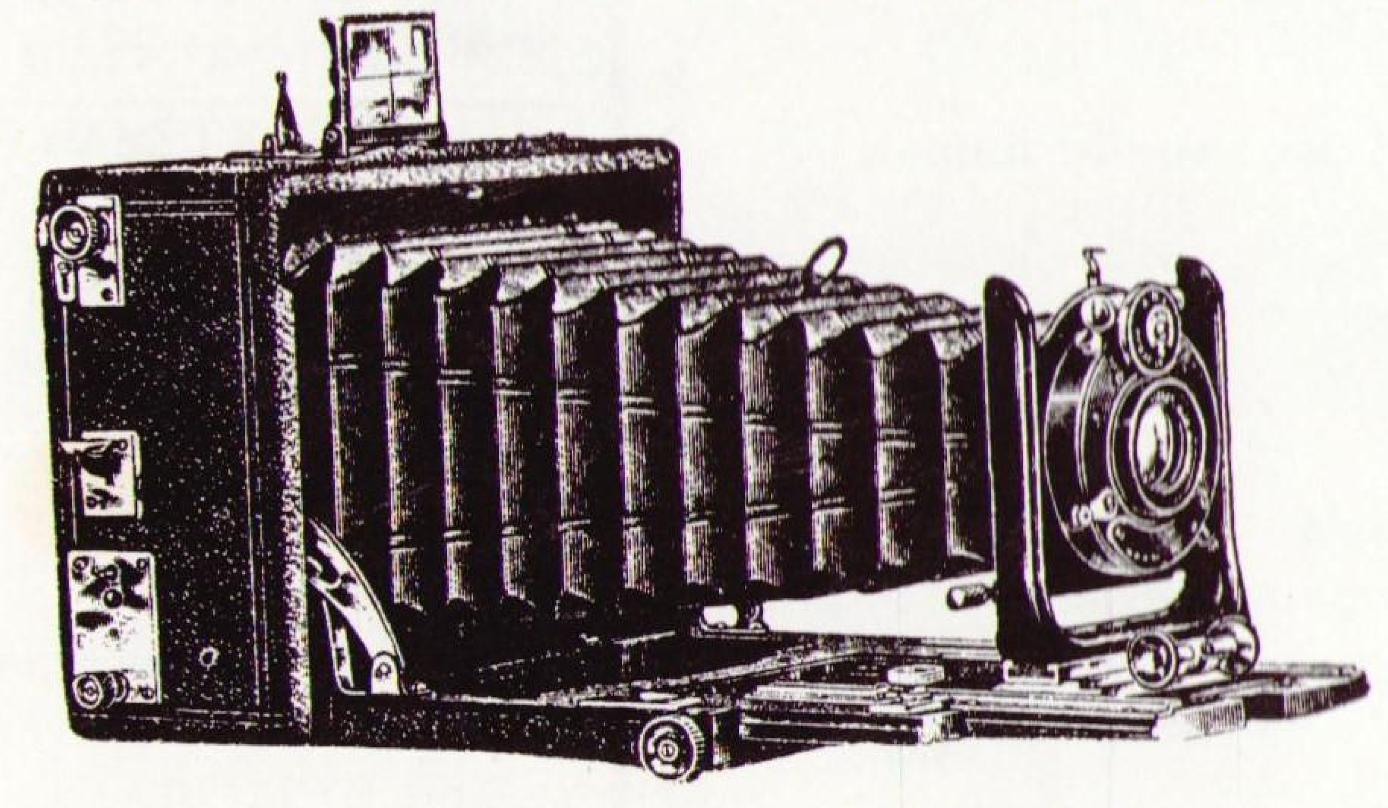
bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adress noch besser: die abonummer



NEUES IM BILDERDIENST-VERTRIEB

a) Bilder von der Demonstration in Hannover vom Samstag: brennendes Polizeimotorrad etc.
b) alle Bilder die im ID abgedruckt sind
c) SONDERSERVICE

ALLE DIE INTERESSE HABEN AN GANZ AKTUELLEN BILDERN VOM RUSSELL-TRIBUNAL, SOLLEN UNS (BILDERDIENST) SCHREIBEN! WIR WERDEN JEDEN TAG BILDER MACHEN UND FOTOGRAFIEREN UND KÖNNTEN SIE AUCH TÄGLICH WEGSCHICKEN!
AUCH WER NICHT JEDEN TAG, SONDERN NUR EINMAL ODER EINIGE MALE BILDER HABEN WILL, SOLL UNS SCHREIBEN, WIE OFT UND WIEVIEL BILDER ER BRAUCHT.
Preise siehe Versandbedingungen Bilderdienst
Anfragen und Wünsche bitte bis zum 28. März stellen.



"ARBEITSKREIS LEBEN" IN BREMEN

BREMEN
30. Januar 78

Auch in Bremen gibt es jetzt einen "Arbeitskreis Leben" (Der Aufruf steht im ID 208). Er will gegen den "Aktionskreis Energie", in dem sich vornehmlich Betriebsratsfürsten der an den Atomkraftwerken beteiligten Firmen zusammengefunden haben, vor allem in den Gewerkschaften die Gefahren des Atomprogramms darstellen. Vor allem will er die Lüge, Atomenergie sichere die Vollbeschäftigung, als eine Parole der Konzerne, widerlegen.

Kontakt: Ulrich Traub, Rutenstr. 24, 2800 Bremen, Tel.: 0421/ 7 48 46



A WENG TUNIX IN FRANKEN

NÜRNBERG
28. Februar 78

In Franken soll ein Provinz-Tunix stattfinden. Termin ist der 11./12. März 78. In einem Brief der Vorbereitungsgruppe stehen unter anderen Sätzen auch diese:

Das ganze ist gedacht für die Spontis etc. aus dem ganzen Bereich Mittelfranken. Autoritäten und so sind nicht vorgesehen, denn: die Stars sind wir selber. Was im Flugblatt nicht steht: ne ganze Menge Musikleute haben sich angesagt, von Free–Jazzern bis zu Solo–Blues–Leuten etc. Dauern solls 2 Tage. Übernachtungsmöglichkeiten werden besorgt. Wenn jemand sich aktiv dran beteiligten möchte, soll er schreiben. Und zwar an:

Sponti–Info, c/o Bücherkiste Usch Dieckmann, Jakobstr. 26 8500 Nürnberg

GROSSE INFORMATIONSVERANSTALTUNG ÜBER GEFÄNGNISSE IN HAMBURG GEPLANT !

Hamburg, 28. Februar

Die Gefangenenselbsthilfe (GSI) und das Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH), Hamburg planen eine Informationsveranstaltung über die Lage in den Gefängnissen.

Drei Themenbereiche liegen vorläufig fest:
1) die allgemeine Lage:
   Reformpläne und Wirklichkeit
2) Die konkrete Situation der Gefangenen:
   Zellengröße, Ausstattung, Arbeitsbedingungen, medizinische Versorgung, Sanktionen, "Resozialisierung"
3) Kriminalisierung der Knastgruppen und Widerstand

Ein Vorbereitungstreffen findet am 12. März, 17.00 Uhr im Kinderhaus, Heinrichstr. 14a, statt.
Kontakte: GSI 040/43 32 96 oder IKAH 040/ 491 28 49



TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE WIEDER VERSCHOBEN

ESSEN
3.März

Wegen organisatorischer Schwierigkeiten müssen die regionalen Alternativzeitungen des Ruhrgebiets das für den 11.März geplante Treffen der Alternativpresse verschieben. Über einen neuen Termin, bzw. über andere Lösungen wird in ca. einer Woche entschieden werden.
Weiter Auskünfte über: **'Klartext' Essen; Tel. 0201 / 25 01 68**

BERICHTIGUNG

FRANKFURT
28. Februar 78

Am letzten Donnerstag wurde in aller Eile ein Veranstaltungsort vertauscht. Auf der Seite 11 des ID 218, in der Meldung "Gewalt und politische Repression gegen Frauen", wird eine Veranstaltung in Bochum angekündigt. Das ist falsch. Richtig muß es heißen: die Veranstaltung findet am 8. März in der alten Pädagogischen Hochschule in der Henry-Dunant-Str. in Essen statt. Also: Essen und nicht Bochum. Der Beginn bleibt nach wie vor: 19.00 Uhr. Auch der Kontakt:

Frauenzentrum Bochum, Schmidtstr. 12, 4630 Bochum

VERANSTALTUNG ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

MANNHEIM
3. März

Die Mannheim/Ludwigshafener Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals wird am 13.3. um 19.30 Uhr im Eichbaum-Stammhaus (Mannheim), P 5, 9, eine Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik durchführen. Als Referenten werden Thomas Dieckmann (Sekretariat des Russell-Tribunals) Alexander Schubart (SPD) und Bernt Armbruster (FDP) anwesend sein. Außerdem singt und spielt das Kabarett „Die Dusche".

AUFRUF ZUR MITARBEIT AN EINEM TAGES-ID ZUR RUSSELL-ZEIT

FRANKFURT
3. März

In den zwei Wochen nach Ostern findet in Frankfurt-Harheim die erste Sitzung des Russell-Tribunals statt. Während dieser Zeit wollen wir täglich einen ID und ein Informationsplakat machen und bundesweit verbreiten.

Bei den Überlegungen, die zu diesem Projekt geführt haben, sind wir davon ausgegangen, daß von der bundesdeutschen Presse zum Russell-Tribunal nicht viel und nichts Gutes zu erwarten ist. Das zeigt sich auch daran, wie die Medien die Vorbereitungen zum Tribunal behandeln: mit Ignoranz bei Großveranstaltungen und Distanz bei offiziellen Erklärungen des Sekretariats. Während der Sitzungen des Tribunals wird das Sekretariat genug damit zu tun haben, Erklärungen in eben dieser Bürgerpresse unterzubringen. Allein dieser betrübliche Zustand würde schon das Projekt „Ein Tages-ID zur Russellzeit" rechtfertigen. Wir wollen aber mehr!

Wir wollen, daß während des Russell-Tribunals in vielfältiger Weise öffentlich wird, was in Frankfurt-Harheim verhandelt wird, was in der Bundesrepublik geschieht. Dazu soll dieser Sonder-ID mit beitragen, er soll anregen zu mannigfachen Aktivitäten wie Info stände, Wandzeitungen, Dokumentationen, Streitschriften, Flugblätter, Veranstaltungen, Diskussionen, Gesprächen, Spruchbänder — deshalb auch wollen wir zum 16seitigen ID noch ein Informationsplakat mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Tagesereignisse machen.

Daß wir darauf aus sind, daß die Informationen von Russell-Tribunal, von den Rahmenveranstaltungen und von anderen Ereignissen in der BRD vervielfältigt, nachgedruckt, verklebt, kurz: weitergegeben werden, hängt auch damit zusammen, daß wir am Tag nicht mehr als 5.000 Exemplare drucken und verschicken können. Zur Masseninformation wird der Russell-ID nur werden, wenn er am Bestimmungsort dazu gemacht wird.

Uns erschien es — auch aus Gründen des Versandes — erforderlich, daß es eine oder wenige Stellen nur gibt, von der aus die Verteilung der IDs und der Plakate örtlich organisiert wird, eine Kontaktstelle also, bei der die Russell-Informationen für die ganze Stadt im Schnellpaket ankommen. Für viele Städte haben wir diese Kontaktstelle schon ausfindig gemacht. Wir veröffentlichen sie hier, um sie um weitere Interessenten bereichern zu können (schreibt uns, ruft uns an) und damit sich um die Kontaktstellen herum schon jetzt Leute und Gruppen finden, die zur Russellzeit aktiv werden.

Unsere Hoffnungen ruhen da vor allem auf Mitgliedern örtlicher Russell-Initiativen, ohne diese zu favorisieren. Ein jeder Mensch soll und kann mitmachen! Nur sollte dies einigermaßen verbindlich sein, denn die Vorstellung, daß man bei Reisen durch die BRD fortan auf Pakete ungenutzter Russell-IDs trifft, ist der helle Wahnsinn!

Da in dem täglichen ID auch berichtet werden soll, was in Frankfurt und anderswo zum Tribunal veranstaltet und gemacht wird, fordern wir euch schon heute auf, darüber zu schreiben, uns anzurufen. Das heißt:

1. Die Kontaktstellen sind Anlaufstellen für alle Interessenten, die mit den Tages-IDs und Plakaten weiterarbeiten wollen. Von dort erwarten wir bis zum 19. März die Bestellungen.
2. In vielen Städten gibt es noch keine Kontaktstelle. Um die Organisation für uns übersichtlich zu halten, sollen sich die Interessenten auf eine Adresse pro Stadt einigen (z. B. schon bestehende Russell-Initiativen) und uns diese mitteilen.
3. Wir benötigen alle Angaben eine Woche vor Beginn des Tribunals, um einen Versandplan austüfteln zu können.
4. Das Informationsplakat soll es ermöglichen, auch optisch auffälliger zu arbeiten. Wir werden vor Beginn des Tribunals ein großes, auffälliges Plakat verschicken, in dessen Mitte dann das kleinere, aktuelle Plakat angebracht werden kann.
5. Bestellt nur soviele Plakate, wie ihr sicher!?! benötigt. Die Plakate sind im Preis des Tages-ID inbegriffen.

Zur Finanzierung

Der ID wird dieses Projekt vorfinanzieren müssen. Kosten wird es etwa 30.000,-- DM. Wir sind davon ausgegangen, den Preis für den Tages-ID und das Plakat, eben weil es keine Massenauflage sein kann, niedrig zu halten und damit zur rechnen, daß nicht alle Kos ten gedeckt werden.

Drei Finanzierungsweisen

1. Jedem ID-Abonnenten, der ein Guthaben bei uns hat, der also noch IDs zu erhalten hat, ziehen wir für die Finanzierung des täglichen Russell-ID mehr ab als gewohnt. Am Ende der beiden Wochen wird jeder ID-Abonnent die einzelnen Tagesausgaben zusammengeheftet erhalten — mit einem Umfang von 80 oder 64 Seiten, also umfangreicher als sonst. Diese beiden Hefte kosten den dreifachen Preis, also 4,50 DM.
2. Die täglich gelieferten IDs (inclusive Plakate) sollen -,30 DM je Stück kosten, die über Spenden oder Verkauf finanziert werden können. Eine Woche nach Ende des ersten Tribunalabschnitts werden wir mit allen Kontaktstellen über die von ihnen bestellten Tages-IDs abrechnen.
3. Für diese Zahlungen und für Spenden geben wir noch eine spezielle Kontonummer an.

VERTEILT DEN RUSSELL-ID ÜBERALL UND AUCH SONSTWO:

Kontaktstellen

Aachen	Buchladen Babula Pontstr. 133 Tel.: 0241/ 27 555
Bielefeld	Buchladen Eulenspiegel Niederwall 46 0521/175049
Bochum	Politisches Buch Im Westenfeld 22 Tel. 0234/702336
Bonn	Buchladen 46 Kaiserstr. 46 Tel. 02221/637408
Dortmund	Buchladen Große Heimstr. 62 Tel. 0231/103306
Duisburg	Buchladen Oststr. 194 Tel. 0203/372123
Frankfurt	Informationsdienst Hamburger Allee 45 Tel. 0611/70 43 52
Freiburg	Buchladen Jos Fritz Wilhelmstr. 15 Tel. 0761/26877
Gießen	Buchladen Kleine Freiheit Bismarckstr. 9 Tel. 0641/791510
Göttingen	Buchladen Rote Str. Rote Str. 10 Tel. 0551/421228
Hamburg	Buchladen Hälfte des Himmels Schlüterstr. 79 Tel. 040/4104262
Hannover	Internationaler Buchladen Königswortherstr. 19 Tel. 0511/17173
Heidelberg	Buchladen J. Burkhard Marstallstr. 11a Tel. 06221/29153
Kassel	ABC-Buchladen Goethestr. 77 Tel. 0561/77704
Kiel	Buchladen Hundert Blumen Schaffstr. 25 Tel. 0431/61182
Köln	Neuer Kurs Buchladen Zülpicherstr. 37 Tel. 02221/238087
Konstanz	Buchladen zur schwarzen Geis Inselgasse 20 Tel. 07531/26569
Mainz	Buchladen Roter Stern Augustiner Str. 19/21 Tel. 06131/26400
Mannheim	Anderer Buchladen M2, 6 Tel. 0621/21755
Marburg	Buchladen Roter Stern Am Grün 28 Tel. 06421/24787
München	Basis-Buchladen Adalbertstr. 41 Tel. 089/2809522
Münster	Rosta Buchladen Spiekerhofstr. 34 Tel. 0251/44926
Nürnberg	Bücherkiste Jakobstr. 26 Tel. 0911/222423
Oldenburg	Buchladen C. v. Ossietzky Bergstr. 1 Tel. 0441/13949
Saarbrücken	Politisches Buch Indweiler Str. 69 Tel. 0681/31171
Siegen	Bücherkiste Weidenauerstr. 224 Tel. 0271/45135
Schweinfurt	Buchladen „Am Fischerrain" Am Fischerrain 32 Tel. 09721/22763
Stuttgart	Buchladen W. Niedlich Schmale Str. 14 Tel. 0711/223287
Tübingen	Politischer Buchladen Nauklerstr. 20 Tel. 07071/212929
Wuppertal	Buchladen Neue Nordstr. 6 Tel. 0202/456360
Würzburg	Ali Schuster Leutfresserweg 11 Tel. 0931/77223

Flugzettel auf Autos in Frankfurt, die den Anti-KKW-Aufkleber haben.

STROMPREISBOYKOTT AUCH IN BERLIN

BERLIN 23. Feb. 78 *Die Berliner "Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz" ruft – wie viele andere Initiativen (siehe ID 217) – zum Stromrechnungsboykott auf. Wir drucken hier ihre Begründung für einen Boykott, der Passagen über die gegenwärtige Energiepolitik (ökologische Probleme, Energieverschwendung) enthält, aber auch Alternativen dazu darstellt (Energieeinsparmöglichkeiten, andere Energieverwendung, wie Ausnutzung der Abwärme u.a.):*

Warum wir zum Stromrechungsboykott aufrufen

Nach den Auseinandersetzungen um das geplante Kraftwerk am Oberjägerweg hat es in Berlin eine breite Diskussion um die Energiepolitik gegeben.

Das Wissenschaftszentrum der Freien Universität Berlin legte zwei Papiere vor, in denen die Möglichkeit aufgezeigt wurde, wie durch rationellen Einsatz von Primärenergie (also Kohle, Gas und Öl) Energie eingespart werden kann. Ihr Fazit: Berlin braucht bis 1985 kein weiteres Kraftwerk mehr. Auch die Stromzuwachsprognosen, die für die Kraftwerksplanung herhalten müssen, gerieten ins Zwielicht. Rennomierte Kreise wie z. B. der niedersächsische Bildungsminister Pestel und auch Fachtagungen des Vereins Deutscher Ingenieure zweifelten an der Richtigkeit der derzeitigen Prognosenpraxis. Der jüngste Bericht der Energieversorger macht deutlich, daß die Erwartungen von 7 % Zuwachs pro Jahr überzogen waren. Die Kraftwerksmehrleistungen betrugen im Jahr 1977 in der BRD gerade 0,4 %. Wie hoch die Spitzenauslastung der Kraftwerke war, wurde sogar in Fachzeitschriften bislang nicht veröffentlicht.

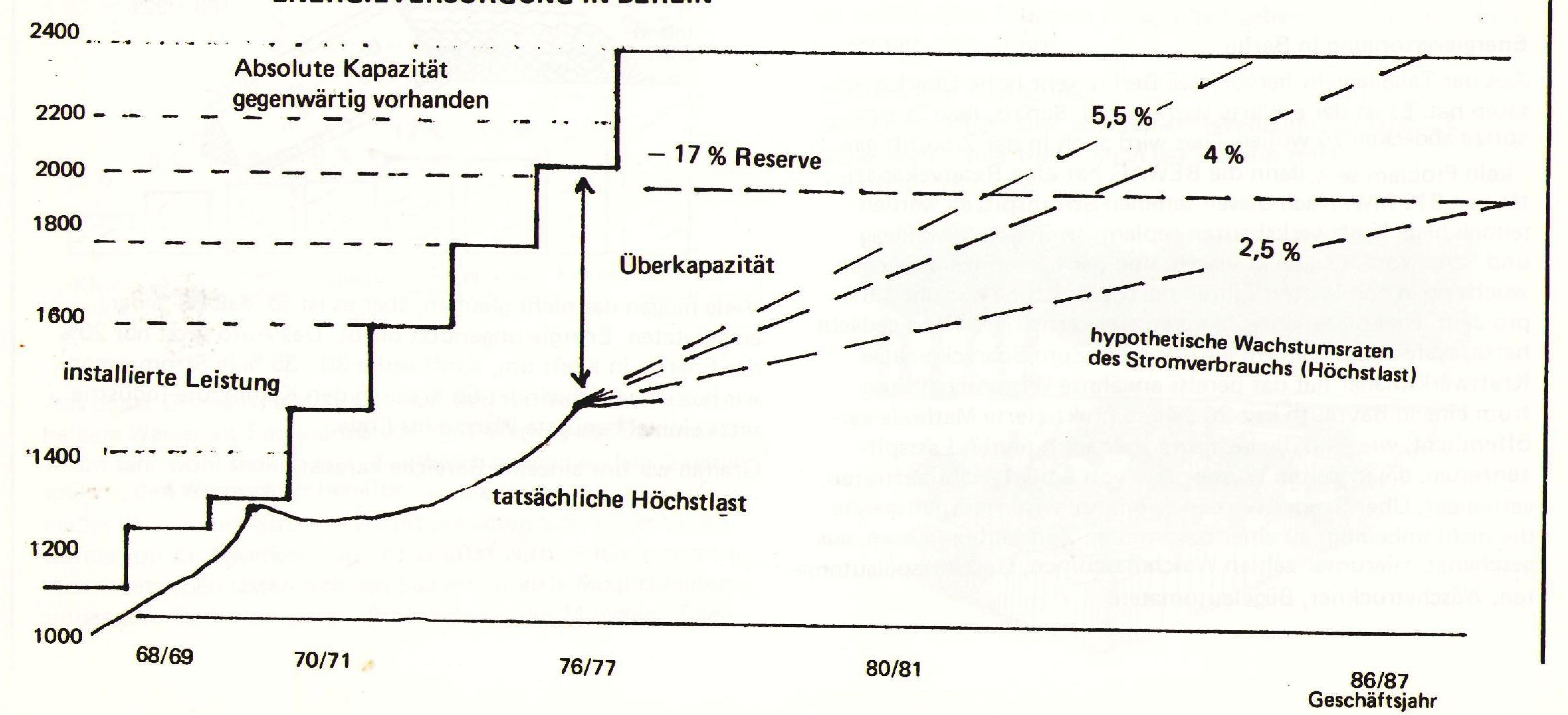
200 MW als Spitzenlastkraftwerk in Neukölln und 600 MW als Grundlastkraftwerk in den Ruhlebener Wiesen. Darüberhinaus fordert die CDU laut Tagesspiegel vom 9.2.78 den Bau eines weiteren Grundlastkraftwerkes an der Oberhavel. Daß sie damit ein Atomkraftwerk meint, verschweigt sie vorläufig. Aber ihre Alternative zur Senatspolitik hieß in ihrem letzten Energiekolloquium vom Dez. 77 eindeutig Atomkraftwerke!

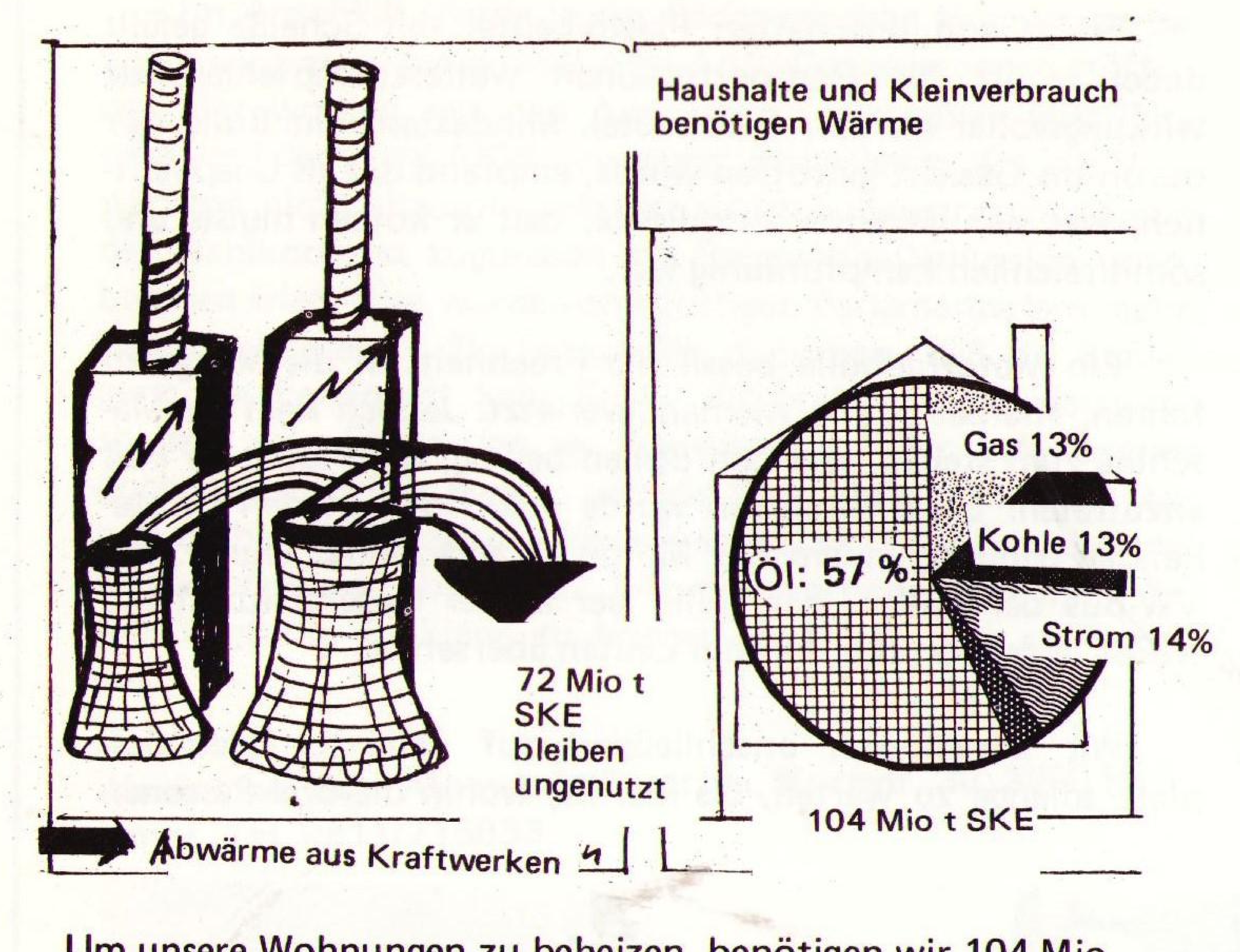
Den Beamten wird nicht gerade übertriebene Arbeitswut nachgesagt. Da sich Verwaltungen meist aus Menschen dieser Gattung zusammensetzen, sind sie auch entsprechend schwerfällig und oft 10 bis 20 Jahre hinter der tatsächlichen Entwicklung zurück. Wen wundert es da, daß der Senat trotz riesiger Überkapazitäten und kaum noch wachsenden Stromverbrauchs weitere 800 MW plant.

Ökologische Aspekte

Nach unseren Informationen will der Senat nach der nicht gerade publikumswirksamen Niederlage beim geplanten Kraftwerk am Oberjägerweg, alle Verwaltungsvorschriften nach dem Bundesbaugesetz einhalten. Wäre ein Kraftwerk so unproblematisch wie ein Hausbau, so könnte man sich mit den geltenden Bauvorschriften zufriedengeben. Da aber Kraftwerke erhebliche Umweltprobleme mit sich bringen, versuchte man mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz Großverschmutzer aus Belastungsgebieten fernzuhalten. Nun, Berlin ist ein solches Belastungsgebiet und die neuen Kraftwerke sind Großverschmutzer. Der Senat hat bisher nichts unversucht gelassen, die Umweltfreundlichlichkeit dieses Kohlekraftwerkes anzupreisen. Das neue Kraftwerk würde eine Mehrbelastung an Schadstoffen von 1 - 2 % verursachen. Tatsächlich ist aber damit zu rechnen, daß ein 600 Megawatt-Kohlekraftwerk schon alleine ausreicht, um die gesetzlichen Grenzwerte zu überschreiten (nach H. Bassfeld, Gutachter bei den Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk in Vörde). Wir wissen, daß der Technische Überwachungsverein eine 100 %ige Entschwefelungsanlage zugrunde gelegt hat und mit ein paar Rechentricks auf die Werte von 1 bis 2 %

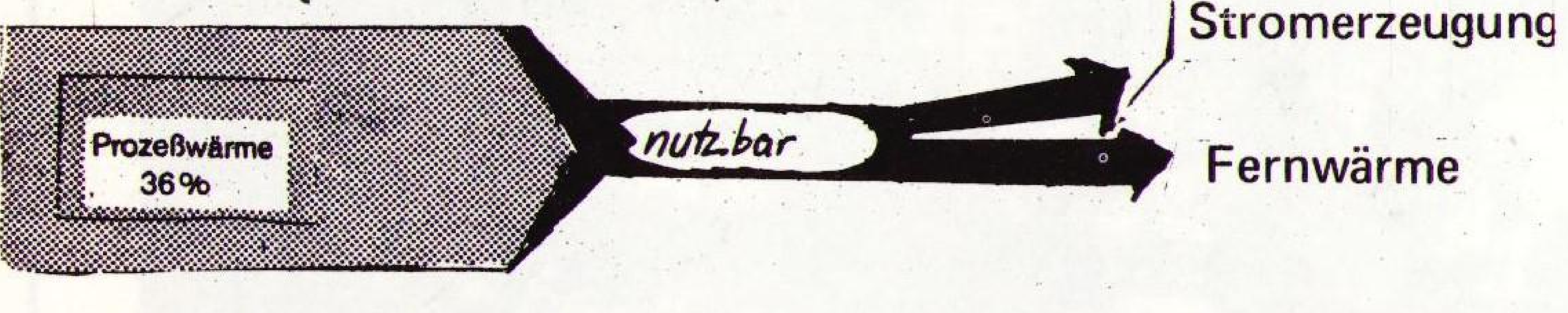




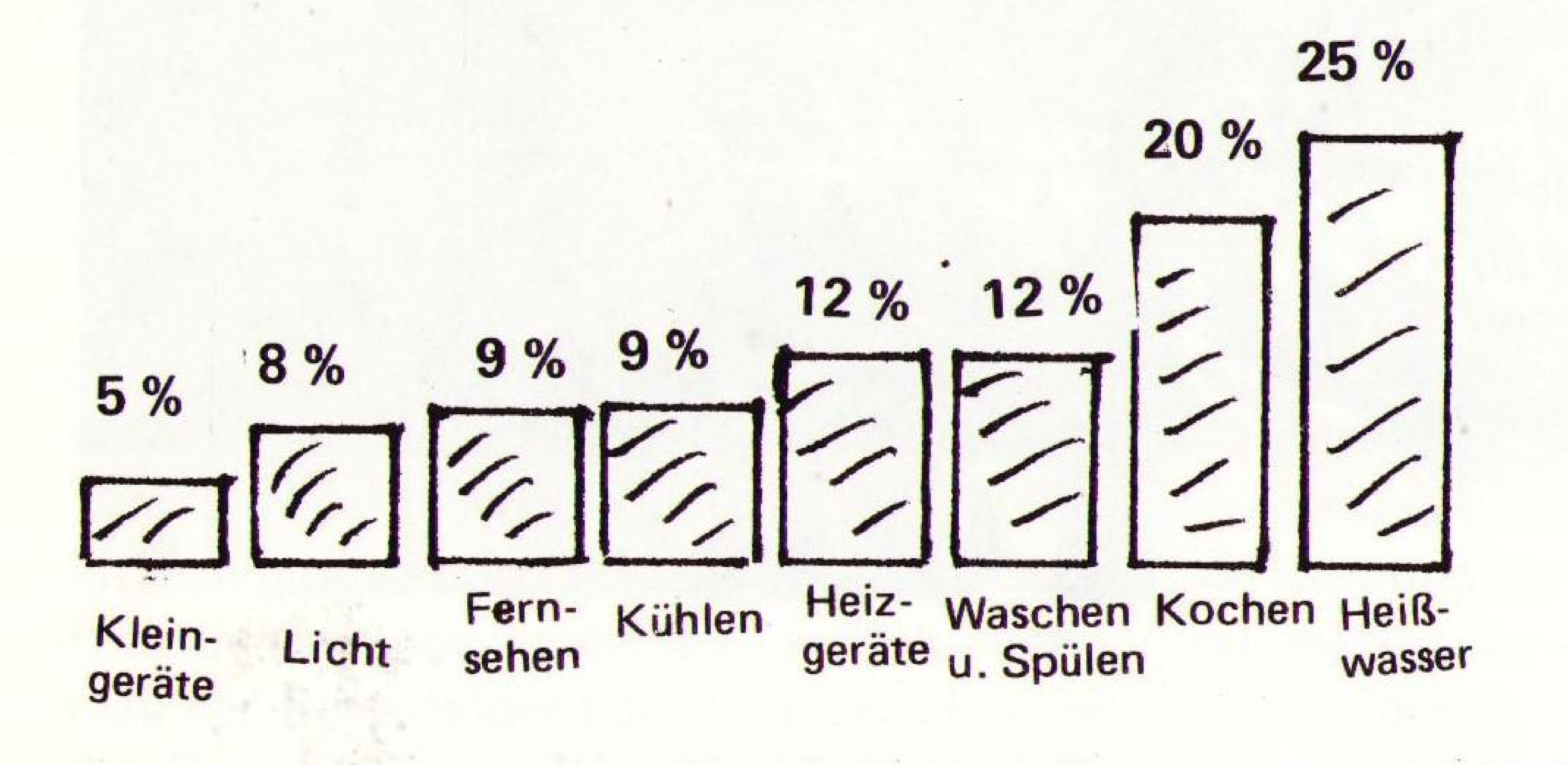


Um unsere Wohnungen zu beheizen, benötigen wir 104 Mio Tonnen SKE (=Steinkohleeinheit = 7000 Kilokalorie). Die Abwärme, die bei der Stromerzeugung unweigerlich entsteht, beträgt 72 Mio t SKE. Wenn wir jetzt noch 50 % Verlust durch die Kamine bei unseren Öfen oder Brennern abziehen, dann lassen sich alle Wohnungen bequem mit Fernwärme beheizen. Die Fernwärme kommt nämlich nahezu verlustfrei an. Würden die 104 Mio t SKE nicht mehr für den Hausbrand verheizt werden, würde dies eine erhebliche Verbesserung der Luft, besonders in den Städten, sein.

36 % der Energie wird für industrielle Zwecke verbraucht



Diese Zeichnung drückt den Energieverbrauch der Grundstoffindustrie aus. Es sind 36 % des Gesamtverbrauchs. Prozeßwärme wird z.B. benötigt, um das Eisen aus den Steinen zu schmelzen. Papierfabriken, Raffinerien, Waschmittelhersteller usw. benötigen ebenfalls viel Energie, um ihre Produkte herstellen zu können. Hat die Energie ihre Arbeit getan, wird sie meist über den Schornstein abgegeben, obwohl in ihr noch unheimlich viel Verwendungsmöglichkeiten stecken. Erinnern wir uns an die Angabe des SPIEGELS 46/77, der feststellte, daß die Industrie fast gut 20 000 Megawatt Wasserdampf einfach verpuffen ließ.



Aus dieser Grafik ist ersichtlich, daß sich bei Bereitstellung von heißem Wasser als Fernwärme von Kraftwerken der Stromzuwachs sehr wohl senken läßt. Der Waschmaschine, dem Geschirrspüler , dem Warmwasserbehälter wird es wohl egal sein, ob sie heißes Wasser vom Strom erwärmt bekamen oder ob es als Abwärme von Kraftwerken von uns genutzt wird. Auch in den Industriebetrieben lassen sich mit Sicherheit viele Möglichkeiten finden, um Strom zu sparen. Prof. Schäfer aus München, Energieexperte u.a. der Bewag, führte einmal aus, daß nur in ganz wenigen Industriezweigen spezielle Fachleute extra angestellt seien, deren Job es wäre, dafür zu sorgen, daß so wenig wie möglich Energie verbraucht würde.

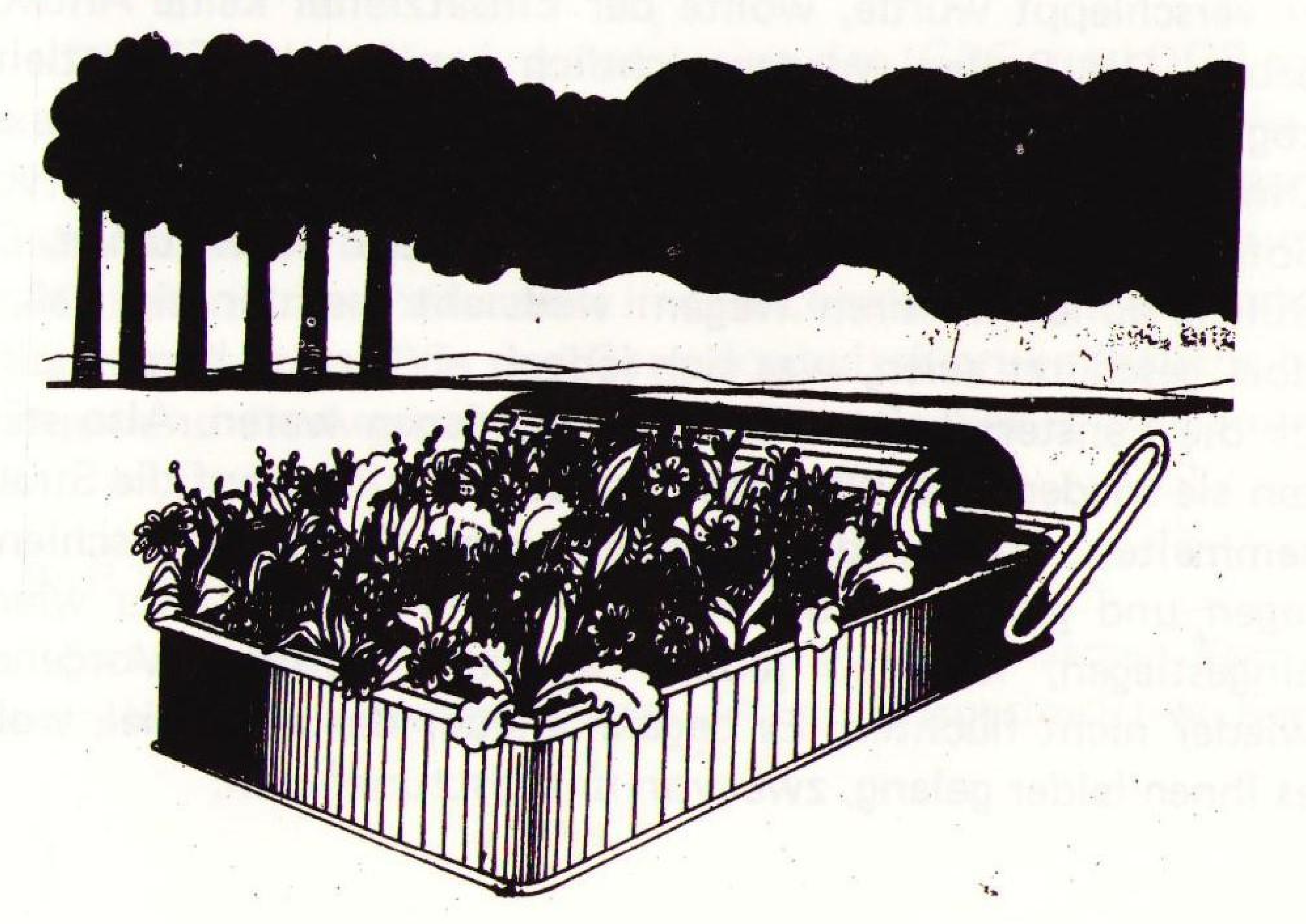
Stromrechnungsboykott – eine von vielen Möglichkeiten des Widerstandes gegen umweltfreundliche Energiepolitik

Über das, was ein Stromzahlungsboykott ist, wurde schon häufig berichtet, so daß hier nur ganz kurz darauf eingegangen wird. Vom Rechnungsbetrag der BEWAG wird 20 % einbehalten und auf ein Sonderkonto bei einem Rechtsanwalt eingezahlt. Der Rest wird an die BEWAG bezahlt. Der Boykott beginnt, wenn eine Vollversammlung aller Boykottindianer (oder Bürger) es beschließt. Mindestteilnahme etwa 1000. Das Geld wird der BEWAG zurückerstattet, wenn sie auf unsere Forderungen eingegangen ist. Daß sich in unserem Lande und auch anderswo vernünftige Dinge nicht so einfach durchsetzen – denn die Vorstellungen, was vernünftig ist, sind oft gekoppelt mit egoistischen Interessen – sind wir als Umweltinitiative ständig gezwungen, uns mit Verwaltungen, Industrie und auch Gewerkschaften anzulegen. Das Gut ‚unzerstörte Umwelt' ist rechtlich gesehen ein rechtloses Ding, das sich jeder nehmen, beschmutzen oder zerstören kann. Die fortschreitende Umweltzerstörung ist nur dann aufzuhalten, wenn noch mehr Menschen als bisher sich gegen Verwaltungen und Industrie auflehnen. Es ist notwendig geworden, auch neue Aktionsformen auszuprobieren, die ein breiteres Spektrum von Menschen erfaßt. Auf Demonstrationen gehen eben traditionell meist nur Linke mit. Aber nicht nur Linke sind bedroht vom Irrenhaus STADT und ihrem Asphalt, Beton, Lärm und Schmutz. Der Kreis derer, die erkannt haben, daß der weltweite Wachstumsfetischismus unseren Planeten ins Verderben stürzt, ohne daß es einen Weg zurückgibt, ist groß.

Wenn wir jetzt den Versuch machen, einen Stromzahlungsboykott zu organisieren, dann heißt das nicht, daß wir damit allein alle Gefahren abwenden können. Es bleibt abzuwarten, wer sich an dieser Aktionsform beteiligt – und vor allem wie sie bei uns aufgenommen und auch aktiv unterstützt wird. Da dies ohnehin eine sehr langwierige Sache mit dem Strompreisboykott ist, wollen wir auch nichts überstürzen. Wir peilen jedoch schon einmal den 3. April an, wo wir den Strompreisboykott vorstellen wollen. Der 3. April ist der "Vorabend" des Erörterungstermins der Gasturbine Neukölln. Gerüchte besagen, daß zu diesem Termin ein Infofest geplant sei.

Über die inhaltlichen Vorstellungen, unter welchen Forderungen man diesen SPB laufen läßt, gibt es zwar Gedanken – aber wir wollen allen Gruppen Gelegenheit geben, ihre Sachen gleichberechtigt einzubringen.

Einstweiliger Treffpunkt:
Mittwochs 19.30 Uhr, ev. Gemeindezentrum, Götzstr. 24, 1000 Berlin (hier findet auch das Plenum statt), Tel. 030/ 752 19 41



gekommen ist. Mit Modellen kann man alles und gar nichts beweisen. Die einzige Methode,um herauszubekommen, was ein Kraftwerk wirklich ausstößt, ist – vorher messen, wenn es noch nicht gebaut ist – und danach, wenn es in Betrieb geht. Dann ist es aber zu spät.

Der TÜV hat sich bisher auch keine Mühe gemacht, die Schadstoffe zu messen, die von einer Entschwefelungsanlage nicht zurückgehalten werden. Hier haben wir in der Hauptsache: Stickoxide (NO_x), Fluorverbindungen, radioaktives Radium and andere Verbindungen, die Bestandteile der Kohle sind. Es geht heute einfach nicht an, daß man wie vor 20 Jahren das Schwefeldioxid als Leitwert für den Verschmutzungsgrad eines Gebietes nimmt. Die neuen Motoren in den Kfz's haben durch höhere Verbrennungstemperaturen eine bessere Leistung und einen geringeren Ausstoß an Kohlenmonoxid, dafür mußte man in Kauf nehmen, daß die Stickoxydbelastung drastisch zunahm.

Ein Wort noch zu den Entschwefelungsanlagen: Eine Bürgerinitiative in Steglitz bemüht sich seit Jahren darum. daß in dem Kraftwerk am Barnackerufer eine Entschwefelungsanlage eingebaut werden soll. Die Bewag klagte gegen den Senat vor dem Verwaltungsgericht, weil ihr die Entschwefelungsanlage zu teuer war. Sie verlor zwar, aber das hinderte sie nicht, vor das Oberverwaltungsgericht zu gehen. Wenn sie dann auch noch vor das Bundesverwaltungsgericht geht, dann werden die Menschen in dieser Stadt gut 7 Jahre das Schwefeldioxid einatmen, bevor die Entschwefelungsanlage eingebaut werden muß.

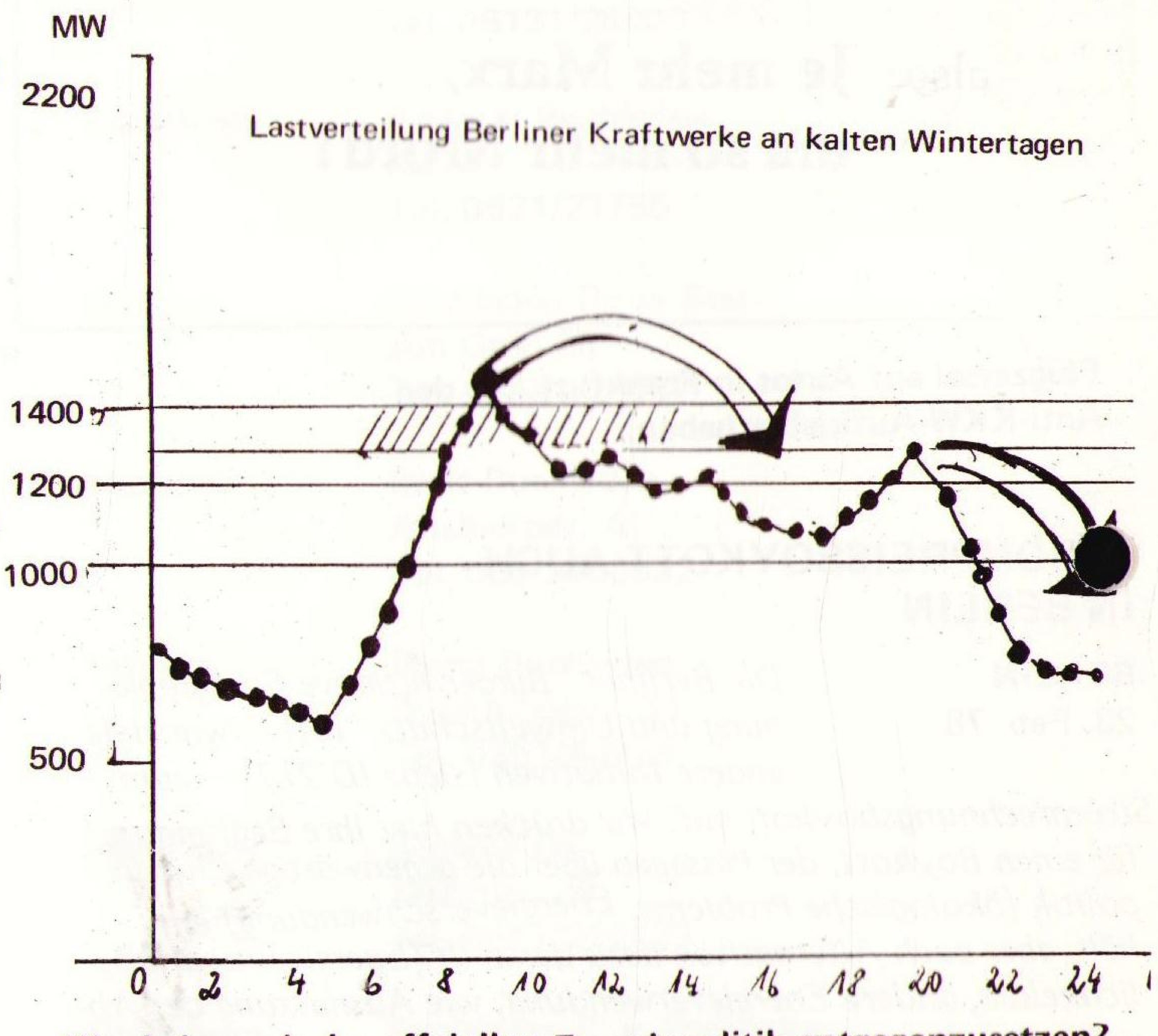
Aus diesem Grunde sind wir auch skeptisch, was den Einbau von Entschwefelungsanalgen angeht. Was nützt es denn, wenn ein paar umweltbewußte Leute in den Genehmigungsbehörden sagen, "es ist davon auszugehen, daß eine Entschwefelungsanlage eingebaut werden muß" und die Bewag sich quer stellt.

Ungeklärt ist weiterhin, in welchem Ausmaße die Spree belastet wird. Auch die Kühltürme leiten chemische Substanzen in den Fluß, die zwar dem Kühlturm ein langes Leben versprechen, das aber ohnehin schon stark beeinträchtigte Wasser zusätzlich gefährdet.Wir haben den Eindruck, daß der Senat bei seinem Beschluß, ein 600 MW-Kraftwerk in den Ruhelebener Wiesen zu bauen, die umweltpolitischen Gesichtspunkte weit nach hinten abgedrängt hat und uns heute schon vor vollendete Tatsachen stellt, bevor die nach dem Bundesimmisionsschutz erforderlichen Messungen der verschiedenen Schadstoffe begonnen haben. Stellt sich dann heraus, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist,dann wird er uns,den Gerichten und der Bevölkerung mit einem neuen Modell von Lichterausgehpanik, mit einem übergesetzlichen Notstand drohen, nur um seine vertrackte Energiepolitik durchzusetzen.

Energieversorgung in Berlin

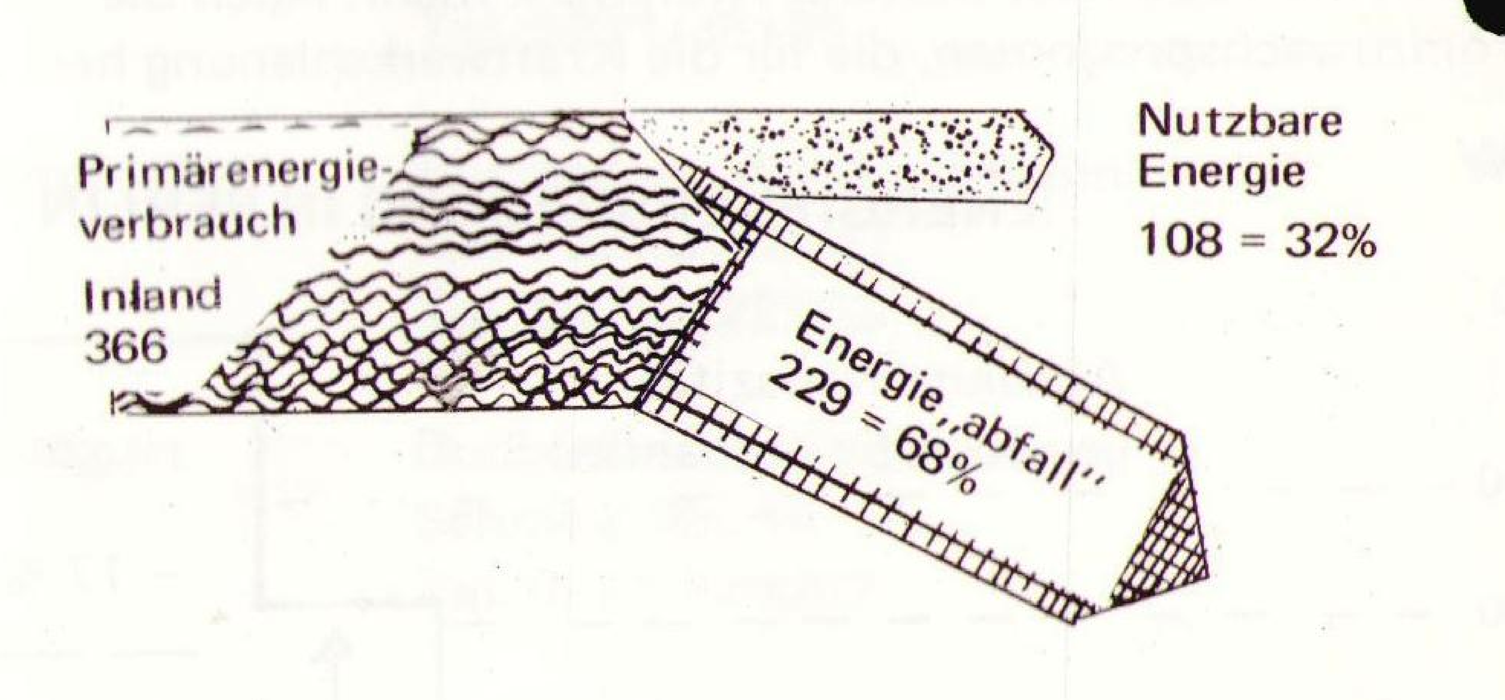
Aus der Tabelle geht hervor, daß Berlin sehr hohe Überkapazitäten hat. Es ist der erklärte Wunsch des Senats, jede Stromspitze abdecken zu wollen. Dies wird auch in der Zukunft gar kein Problem sein,denn die BEWAG hat eine Reservekapazität von 819 MW. Nach diesen seltenen Stromspitzen werden jedoch neue Kraftwerksbauten geplant. In Zeiten, als Bewag und Senat von 7 %igen Zuwachsraten der Lastspitze ausgingen, wuchs sie in den letzten Jahren durchschnittlich nur um 1,6% pro Jahr. Und diese, obwohl kaum einer ernsthaft daran gedacht hatte, systematisch Storm einzusparen. Zum Schrecken aller Kraftwerksplaner hat das bereits erwähnte Wissenschaftszentrum eine in Bayreuth seit 20 Jahren praktizierte Methode veröffentlicht, wie man die lästigen, aber auch teuren Lastspitzenzeiten, die in kalten Wintertagen von 9 bis 12 Uhr auftreten, vermeidet. Über Sender werden stromintensive Haushaltsgeräte, die nicht unbedingt zu einer bestimmten Zeit laufen müssen, ausgeschaltet. Hierunter zählen Waschmaschinen, Geschirrspülautomaten, Wäschetrockner, Bügelautomaten.

Wirtschaftsenator Lüders Kommentar: Der Vorschlag komme zu spät, aber man werde ihn ernsthaft prüfen. Dabei betragen die Kosten dieser Spitzenlaststeuergeräte gerade das, was die Gasturbine in Neukölln auch kosten würde, nämlich etwa 200 Mio DM. Überdies erübrigt sich dann bis auf weiteres der Bau eines zusätzlichen Grundlastkraftwerkes. Daß das vorsintflutliche Kraftwerk Reuter, bekannt auch unter dem Namen Dreckschleuder, abgerissen wird und dafür ein neues und modernes Kraftwerk hingestellt wird, wäre für uns kein Grund, einen Aufstand zu machen.



Was haben wir der offziellen Energiepolitik entgegenzusetzen?

Energiepolitik heißt für uns , mit der Mangelware Energie so zu verfahren, daß sie möglichst rationell genutzt wird. Daß unsere fossilen Brennstoffe begrenzt sind, wird sich mittlerweile herumgesprochen haben. Wir sind auch nicht die letzte Generation, die auf diesem Planeten lebt. Einen wesentlichen Ansatzpunkt für eine sinnvolle Energiepolitik bekommt man, wenn man sich das Energieflußbild der BRD anschaut.



Viele mögen das nicht glauben, aber es ist so, daß 68 % der eingesetzten Energie ungenutzt bleibt. Das Auto setzt nur 20% der Energie in Kraft um, Kraftwerke 30 - 35 % in Strom, wenn wir heizen, verschwindet 55 % durch den Kamin, die Industrie setzt einmal benutzte Wärme ins Freie.

Greifen wir uns einzelne Bereiche heraus:

DEMONSTRATION 'FÜR EINEN ATOMFREIEN SOMMER'

HANNOVER
1. MÄRZ

Von einer Anti-AKW-Gruppe kam der folgende Bericht:

„Die Vorbereitungszeit für die Demonstration am 25. Februar war zu kurz und zumindest am Anfang von Streitereien begleitet. Wir fanden es nicht richtig, einen Termin festzusetzen und erst dann mit den inhaltlichen Auseinandersetzungen zu beginnen — was dann nicht einmal gelaufen ist. Für viele von uns ist unklar, ob große Demonstrationen überhaupt noch sinnvoll sind. Trotzdem haben wir auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration mitgemacht. Wenn die Demonstration, wie wir befürchtet hatten, ein Schlag ins Wasser geworden wäre, hätten wir noch so sehr auf die Initiatoren schimpfen können, letztlich wäre das auf die Angeklagten zurückgefallen. (Prozeßberichte sind in den ID's 215 - 217.) Wir waren dann angenehm überrascht, daß sich trotz miserabler und chaotischer Mobilisierung und der totalen Demobilisierung des Kommunistischen Bundes etwa 7000 Atomkraftwerksgegner aus dem gesamten Bundesgebiet eingefunden haben.

Der Verkehr ist während der Demonstration teilweise zum Erliegen gekommen, was wir ausgenutzt haben, indem die stehenden Straßenbahnen und Busse mit Parolen verschönert wurden. Am Lautsprecherwagen war ein Transparent angebracht: 'Gegen imperialistische Verschwörung von Herbst und Winter — für einen atomfreien Sommer!'

Die Demonstration führte an zwei Sex-Shops vorbei. Diese menschenfeindlichen Dinger hatten bald keine Schaufensterscheiben mehr. Vor dem dritten Sex-Shop, am Steintor, hatten sich gleich Bullen postiert. Am Klagesmarkt endete die Demonstration mit einer Abschlußkundgebung. Es sprachen zwei Angeklagte — Linda und Jerry — sowie der Rechtsanwalt Müller und einer von der Demonstrationsleitung. Linda stellte dar, daß sie verurteilt worden ist, weil sie — laut Gerichtsurteil — trotz 12-tägiger Untersuchungshaft nicht gebrochen werden konnte. Jerry war fast 7 Monate in U-Haft. Auch er ist nach wie vor nicht davon abzubringen, daß der Kampf gegen Atomanlagen gerechtfertigt ist.

Kurz vor Schluß der Kundgebung initiierten die Bullen einen für sie unschönen Zwischenfall. Ein Demonstrant wurde auf einem gegenüberliegenden Park (vor Jahrzehnten ein Friedhof gewesen) festgenommen, da er dort Anti-AKW-Parolen gesprüht haben soll. Diese Information gelangte sehr schnell zum Kundgebungsplatz. Mehrere hundert von uns stürmten sofort in den Park. Der Festgenommene war allerdings schon abtransportiert. Wir umlagerten den Einsatzleiter und seine Gefolgschaft (Besatzung von drei Mannschaftswagen). Auf die Frage, warum dieser Typ festgenommen wurde und wohin er verschleppt wurde, wollte der Einsatzleiter keine Antwort geben. Die Bullen wurden sichtlich nervös: der Einsatzleiter zog seine Knarre, lud durch und entsicherte sie. Er steckte das Ding gleich wieder weg, jedoch war für uns das Maß voll. Sofort flogen Flaschen, Steine und andere Gegenstände. Die Bullen flohen in ihren Wagen: vielleicht meinten sie, daß sie dort geschützt seien, was sich jedoch als Irrtum herausstellte, da die Fensterscheiben im Nu zerschlagen waren. Also stürzten sie wieder raus. Wir zogen uns sofort zurück auf die Straße, sammelten Steine, die zwischen den Straßenbahnschienen lagen, und gingen wieder vor. Die Bullen waren zwar wieder eingestiegen, konnten jedoch aufgrund unseres Vorgehens wieder nicht flüchten. Es begann wieder das alte Spiel, wobei es ihnen leider gelang, zwei von uns festzunehmen.

Einige von uns hatten Plastikbeutel mit Scheiße gefüllt dabei — ist für Demonstrationen weiterzuempfehlen, da wirkungsvoller als z.B. Farbbeutel. Mindestens ein Bulle, der davon ins Gesicht getroffen wurde, empfand das als unappetitlich, was sich dadurch ausdrückte, daß er kotzen mußte und somit reichlich kampfunfähig war.

Ein Motorradbulle besaß die Frechheit, in die Menge zu fahren. Hierbei wurde niemand verletzt. Jedoch kam die Maschine zum stehen, was den Bullen bewog, die Flucht zu Fuß anzutreten. Diese Situation wurde natürlich von den Umstehenden genutzt, indem das Motorrad angezündet wurde. Ein VW-Bus der Bullen, der völlig leer in der Gegend rumstand, wurde leider von bestimmten Leuten übersehen.

Wir beschlossen anschließend auf dem Kundgebungsplatz solange zu warten, bis klar ist, wohin die drei Personen



7.000 in Hannover. Kriminelle? — Nee !!!

von den Bullen verschleppt wurden. Anschließend wollten wir im Demonstrationszug zum zuständigen Revier ziehen. Das hat sich dann aber erübrigt, da die drei nach einer halben Stunde wieder frei waren.

Im Anschluß wurde in der Pädagogischen Hochschule der Wahlkongress verschiedener Anti-AKW-Gruppierungen eröffnet. Wir wollten mit den Auswärtigen zusammen über Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung diskutieren. Da die Auswärtigen nicht allzuspät abfahren wollten, beantragten sie, daß der Wahlkongress zugunsten der Perspektiv-Diskussion unterbrochen wird. Dies wurde von künftigen Parlamentariern mehrheitlich abgelehnt. Sie beteuerten mehrmals, daß die Beteiligung am Parlament kein Ersatz für praktischen Widerstand, sondern eine Ergänzung sei. Als schließlich der Wahlkongress doch unterbrochen wurde und die Perspektiv-Diskussion über praktischen Widerstand beginnen sollte, sind die Besucher des Wahl-Kongresses abgezogen. Wie dies Verhalten mit ihren Beteuerungen in Einklang zu bringen ist, wirft mehr als Fragen auf."

Kontaktadresse: Atom-Info-Zentrum, Kornstr. 30, 3000 Hannover, Tel. 0511/715033

BAUERN MIT 50 TRAKTOREN GEGEN VEW-ATOMENERGIEZENTRUM !

DORTMUND [illegible]. Februar — *Von einem Mitglied der regionalen Bürgerinitiativen Dortmunder Rieselfelder kommt dieser Bericht:*

Am 15. Februar demonstrierten die Dortmunder Rieselfeld-Bauern mit einem Treckerkorso gegen die Pläne der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), die in den Dortmunder Rieselfeldern zwischen den beiden Städten, Datteln und Waltrop, ein riesiges Atomenergiezentrum bauen wollen.

Die VEW wollen auf den Rieselfeldern langfristig ein kombiniertes Kohle-Atomzentrum errichten, indem Kohle mittels der aus Hochtemperatur-Reaktoren erzeugten Hitze vergast werden soll. Die erste Baustufe, zwei 700 MW Kohlekraftwerke, die später für das Vergasungsverfahren umgebaut werden, befindet sich schon im Genehmigungsverfahren. Auf Antrag der VEW hat die nordrhein-westfälische Landesregierung die Rieselfelder als Standort für Kohle- und Atomkraftwerke in den Landesentwicklungsplan VI (LEPVI) aufgenommen. Zusätzlich wurde um diesen Standort herum eine Fläche von 17 Quadratkilometern Fläche für die Ansiedlung von Großindustrie wie z.B. Chemie-, Erdöl-, Eisen- und Stahlindustrie ausgewiesen. Diese Fläche liegt 15 km nördlich der Dortmunder Innenstadt. *[illegible] ist eine der größten zusammenhängenden Gemüseanbaugebiete in der BRD und bildet als „Tor zum Münsterland" eine wichtige Frischluftschneise für Dortmund..*

LANDWIRTSCHAFT WÜRDE VERNICHTET !

Die Dortmunder Rieselfelder sind rund 840 ha groß. Das ganze Gelände ist im Besitz der Stadt Dortmund, die selbst Aktionär der VEW ist, und deren Oberbürgermeister Samtlebe und Oberstadtdirektor Imhoff Aufsichtsräte der VEW sind. Auf dem ganzen Gebiet liegen etwa 40 Höfe und Kotten, die ebenfalls im Besitz der Stadt Dortmund sind. Diese werden durch 1-jährige Pachtverträge den Bauern zur Nutzung überlassen. Zusätzlich gibt es noch 60 Randpächter, die auf die Nutzung der Rieselfelder angewiesen sind, jedoch auch Grundbesitz außerhlab der Rieselfelder haben. In der Haupterntezeit finden in den Rieselfeldern bis zu 500 Menschen (Familienangehörige und auch Landarbeiter) Arbeit, wobei sie eine Menge von 30000 Tonnen Frischgemüse (Blumenkohl, Salat, Weiß- und Rotkohl, Wirsing, Möhren usw.) produzieren. Das sind rund 10% des in NRW produzierten Frischgemüses.

„WENN EINES TAGES NEBEL IST UND SMOG, DANN IST DIE KATASTROPHE DA ..."
(Aussage eines Bauern)

Wenn die Rieselfelder industrialisiert würden, ginge nicht nur eine wichtige Gemüseanbaufläche und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze verloren, sondern auch die schon jetzt im Raum Dortmund bestehende Umweltbelastung würde sich noch in unerträglicher Weise erhöhen. Die Rieselfelder gehören zu den Smog-gefährdeten Gebieten in NRW. Allein die ersten beiden Kohlekraftwerksblöcke blasen pro Tag 250 Tonnen Dreck und Giftstoffe in die Luft. Dazu kommen später noch die Kohlevergasungsanlagen und die lebensbedrohenden Atomkraftwerke !!! Weiterhin sind in unmittelbarer Umgebung neue Kraftwerksstandorte geplant, so z.B. in Dorsten, Marl, Castrop-Rauxel, Lünen, Dortmund-Ellinghausen und Dortmund-Mengede. Die Stadt Waltrop würde völlig von umweltverschmutzender Industrie eingekreist, der Dortmunder Norden noch mehr als jetzt verpestet. Die Entwicklung eines „neuen Ruhrgebiets" zeichnet sich ab.

Dabei sind die derzeitigen Umweltgefahren in diesem Gebiet schon lange nicht mehr zu verantworten. Schon heute ist es nicht mehr möglich, Fichten und Kiefern aufzuforsten, weil sie wieder eingehen würden. Erst vor vier Jahren verursachten giftige Abgase der Zinkhütte in Datteln ein Absterben der Vegetation, tote Kälber wurden geboren, Kühe gingen ein, Gemüse wurde unbrauchbar. In Lünen führte ein Giftgasausbruch der Vereinigten Aluminiumwerke (VAW) sogar dazu, daß Menschen auf der Straße ohnmächtig wurden. Das alles zeigt, wie notwendig der Widerstand der Bevölkerung geworden ist.

„DARUM BÜRGER WEHRT EUCH – EHE ES ZU SPÄT IST!"

Schon seit Bekanntwerden der VEW-Pläne 1973/74 gab es vor allem in Waltrop breiten Widerstand. 8000 Unterschriften wurden gesammelt, eine erste Traktor-Demonstration durchgeführt und eine Bürgerinitiative gegründet. Die VEW und die Landesregierung reagierten erschreckt und begannen nach einer Phase aktiver Propaganda mit einer Stillschweigepolitik, um dem Widerstand den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Technik ver

Taktik verfing aber nicht mehr, als die damalige Bürgerinitiative wissenschaftliche Unterstützung durch eine fortschrittliche studentische Projektgruppe erhielt, und neue Argumente und Informationen über die VEW-Pläne in die Öffentlichkeit getragen wurden. Als dann im Januar 1977 die Landesregierung die Rieselfelder im Landesentwicklungsplan VI als Standort für Kohle-, Atom- und Großindustrie festlegte, begannen sich die örtlichen Bürgerinitiativkräfte neu zu formieren und den Kampf entschlossener zu führen. Vor allem wurde die Zusammenarbeit mit den unmittelbar betroffenen Bauern und die Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern der Waltroper Zeche verstärkt in den Vordergrund gerückt. Dadurch konnte den Spaltungsmanövern und Hetztiraden von örtlichen DGB-, IGBE- und SPD-Bonzen, allen voran Dattelns Bürgermeister Horst Niggemeier (SPD–Landesvorstand, Chefredakteur der„Einheit", Zeitung der IGBE, und VEW-Verwaltungsbeirat) begegnet werden, der immer versuchte, die Arbeiter im Bergbau mit dem „Argument" Arbeitsplätze zu ködern, um sie gegen Bürgerinitiative und Bauern aufzuhetzen.

Die demagogische Argumentation der IGBE- und DGB-Führung (Kraftwerke = sichere Arbeitsplätze) einerseits und die offensive Gegenpropaganda der Bürgerinitiative hat dazu geführt, daß einzelne Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und einfache SPD-Funktionäre öffentlich in den Lokalzeitungen gegen den Standpunkt von SPD- und Gewerkschaftsführung Stellung bezogen und die Argumentation der Bürgerinitiative unterstützten.

„WIR MÜSSEN ZUSAMMENHALTEN"

Das war die Stimmung auf der ersten gemeinsamen Versammlung der Rieselfeldbauern und der Bürgerinitiative, nach-



1978 — ran, ran, ran!

Bauern in Dortmund

dem die VEW den Genehmigungsantrag für die erste Baustufe des Atomenergiezentrums gestellt hatte. Fast alle Anwesenden waren sich der Notwendigkeit bewußt, daß man sich gegen die Existenzbedrohung der Bauern und gegen die weitere Umweltgefährdung zur Wehr setzen muß, und daß man sich dabei keine Hilfe von den drei großen Parteien erhoffen kann. Ein Rieselfeldbauer: „Ich habe das Gefühl, daß wir immer nur mit dem Kopf nicken können."

Am Ende der Versammlung stand dann der Entschluß, etwas aus eigener Kraft zu unternehmen, und die Eröffnung einer Propagandaschau der VEW in Waltrop dazu zu nutzen, mit einer großen Traktor-Demonstration gegen die Pläne der Landesregierung und der VEW zu protestieren. Die Demonstration wurde ein großer Erfolg. 50 Traktoren, bestückt mit Transparenten und Schildern fuhren durch die Stadt zur VEW-Ausstellung. Die Parolen „VEW raus aus den Rieselfeldern", „Waltroper wehrt Euch" oder „Kämpft für das Rieselfeld" und „Rettet die Rieselfelder" wurden von den Passanten begrüßt oder zumindest mit Interesse aufgenommen. Bauern und Bürgerinitiative haben nun eine Aktionsgemeinschaft gegründet, in der sie beraten wie der gemeinsame Kampf weiter zu führen ist.

Kontaktadressen: Bürgerinitiative Umweltschutz Dortmund, c/o Bücherstube, Große Heimstraße 62, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/ 10 33 06; Bürgerinitiative Umweltschutz Waltrop, c/o Ingrid Träger, Steinstraße 52, 4355 Waltrop, Tel. 02309/ 4176.

ATOMMÜLLAGER SOLL OHNE WISSEN DER BEVÖLKERUNG GEBAUT WERDEN

MOERS
24. Februar

Von der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Moers:

„Nach dem im Bau befindlichen Schnellen Brüter und dem geplanten Atommeiler in Bislich-Vahnum bei Wesel, schließt sich jetzt ein weiteres Glied in der Kette der Atomenergieprogramme der Bundesregierung am Niederrhien an. In Neukirchen-Vluyn, auf dem Gelände der Zeche Niederberg (Steinkohle-Elektrizitäts-AG, STEAG) soll eine Lagerstätte für 1900 t Uranhexafluorid entstehen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der STEAG und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Prof. Dr. Farthmann,ist der Atommüll, der vor unsere Haustür geschüttet werden soll, sehr wohl radioaktiv. Er besteht zu 99,9% aus Uran 238, welches in einem langen Zeitraum, unter verschiedenen Zwischenstufen, radioaktiv zerfällt, also strahlt. Nicht das Uran 235, welches zu 0,1% im Atommüll vorhanden ist, wird für den Schnellen Brüter gebraucht, sondern das in großen Mengen vorhandene gelagerte Uran 238, welches dort zu Plutonium umgewandelt werden soll. Uranhexafluorid wird bei 56° C gasförmig und wandelt sich, unter Einwirkung von Wasser, zu dem tödlichen Gift Fluorwasserstoff um.

Dies ist nun nach Weißweiler bei Aachen der zweite Fall, wo die Öffentlichkeit nicht über die Errichtung eines Atommüllagers und seine Gefahren informiert worden ist. Die Aussagen der Kommunalpolitiker zu diesem Thema in den verschiedenen Tageszeitungen sind widersprüchlich. So erklärte Gemeindedirektor Listemann: "Mir ist von so einer Lagerstätte nichts bekannt." Dagegen Bürgermeister Oskar Böhm: "... daß vor etwa einem halben Jahr die Gemeinde von der Genehmigung dieser Lagerstätte informiert worden sei, es sei auch Widerspruch eingelegt worden, jedoch sei praktisch unbekannt geblieben, was da überhaupt gelagert werden soll." Einen Tag später erklärte er: "...daß er offiziell nichts von einer Genehmigung dieser Lagerstätte erfahren habe, sondern irgendwann auf der Zeche gehört habe, daß da irgend etwas im Gespräch gewesen sei."

Otfried Erdmann vom Bergamt Moers bemerkte: "Alles ging offiziell, alle Behörden, auch die Gemeinde, haben Kopien der Genehmigung bekommen." Am 10.11.77 sei der Bauausschuß durch Beigeordneten Flach über das Vorhaben der STEAG informiert worden. "

Kontakt:
Dieter Hüttel, Eichenstr. 97, 4130 Moers 1
Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Moers

KERNKRAFTWERKSGEGNER IN 2. INSTANZ FREIGESPROCHEN

HAMBURG 28. Februar *Bericht über die Verhandlung gegen den Kernkraftwerksgegner Hajo Schmidt am 8.2. 1978 vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Itzehoe:*

Es war eine schöne Berufungsverhandlung. Hajo Schmidt war in erster Instanz vom Schöffengericht Itzehoe wegen verbotenen Waffenbesitzes zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung von 9 Monaten und einer Geldbuße von 1.500 DM verurteilt worden.

Hajo hatte am 13. November 1976 an einer Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf teilgenommen und war in eine Polizeikontrolle geraten. In einer Plastiktüte hatte man bei ihm eine Flasche Benzin gefunden. Hajo hatte diese Plastiktüte allerdings erst wenige Meter vorher von einem Mitdemonstranten übernommen und war ahnungslos in die Kontrolle geraten.

In der ersten Verhandlung hatten sich die Polizisten in dicke Widersprüche verwickelt. Sie wollten bei Hajo keine Plastiktüte, sondern einen Brotbeutel aus Segeltuch gesehen haben. Der Brotbeutel war allerdings nicht auffindbar. Er tauchte auch in keiner der Listen auf, die die Polizei über alle die Gegenstände angefertigt hatte, die sie Hajo abgenommen hatten. Das Gericht (1. Instanz) hatte sich an diesem Widerspruch nicht gestört. Obwohl Hajo die ganze Zeit unter Polizeischutz stand, meinte das Gericht, er könne den Brotbeutel eben unterwegs weggeworfen haben.

Das Berufungsgericht machte sich die Sache nicht so leicht. Es befragte die Polizeizeugen ausführlich zu dem verschwundenen Brotbeutel und ließ schon während der Verhandlung durchblicken, daß der eine wohl die Aussage vom anderen übernommen hätte. So mußte ein Polizeibeamter dann auch zugeben, daß er eigentlich garnicht mehr wisse, wie der Begriff Brotbeutel in seinem Bericht gekommen sei. Als die Polizeizeugen jedoch merkten, worauf die Sache hinauslief, versuchten sie sich schnell noch dafür stark zu machen, daß Hajo den besagten Brotbeutel wahrscheinlich aus dem Polizeifahrzeug geworfen habe. Allerdings waren die Fenster, wie sie gleich darauf zugeben mußten, garnicht zu öffnen und Hajo stand natürlich auch im Polizeiwagen unter Polizeischutz.

Nachdem so die Polizeizeugen schmählich versagt hatten, versuchte Staatsanwalt Triskatis durch ein mit Verfassungsschutzinformationen gespicktes Plädoyer noch zu retten, was zu retten war. Es half ihm jedoch nichts. Das Gericht entschied "in dubio pro reo". Hajo wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, wenn man die Aussagen der Polizisten gegen die von Hajo abwäge, "neige sich die Waage zugunsten des Angeklagten".

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision eingelegt. Der Freispruch scheint ihr nicht zu schmecken.

Kontaktadresse: Ermittlungsausschuß der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe, Lutterothsstr. 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/ 40 27 82.



STRAHLENSCHUTZ MIT TESAFILM

DARMSTADT 24. Februar *Aus "Umwelt Akut" Nummer 18:*

Auch von den größten Befürwortern der Atomtechnologie wird mittlerweile zugegeben, daß Atomanlagen mit einem gewissen "Restrisiko" betrieben werden, d.h. eine atomare Katastrophe kann jederzeit eintreten. Was wird aber in solch einem Fall für die Menschen getan, die im Gefahrenbereich der Anlage, z.B. also in der Umgebung um das Atomkraftwerk Biblis wohnen?
Aufschluß darüber würden die allgemeinen Katastrophenpläne geben. Diese jedoch werden von den wenigen Verantwortlichen in den Kreisverwaltungen von Heppenheim und Groß-Gerau ängstlich vor den betroffenen Bürgern geheimgehalten. Schon mehr Personen, wie z.B. in Ortsverwaltungen oder im Rettungswesen, sind über Teilpläne unterrichtet. Darin kann man z.B. erfahren, daß in Hessen die zuständigen Personen bei Atomunfällen (besser Strahlenunfällen) die beamteten Röntgenologen der Krankenhäuser sind. Was diese allerdings zu tun haben, bleibt unklar. Es gibt derzeit in Hessen keine Behandlungseinheit für strahlenverseuchte Patienten - in den Plänen spricht man etwas vornehmer von strahlenkontaminierten Patienten -, so daß schon bei kleinen Unfällen mit zwei bis drei Verstrahlten die Mediziner ratlos vor der Frage stehen, wohin man diese überweisen könnte. In Hessen gibt es lediglich an der Uni Giessen einen sogenannten Ganzkörperzähler, der den Grad der Strahlenaufnahme des Körpers messen kann. In Allgemeinkrankenhäusern stehen weder Strahlenmeßgeräte noch Schutzkleidung oder -räume zur Verfügung.

Auch der Krankentransport ist für derartige Fälle völlig unvorbereitet. Einige Krankenwagenfahrer werden wohl in einem Lehrgang des hessischen Sozialministeriums auf Strahlenverseuchte vorbereitet und lernen dort den Umgang mit Meßgeräten wie Dosisleistungsmesser und Dosimeter. Neben einem Trainingsprogramm mit Strahlenschutzmasken und -anzügen wird auch theoretisches Wissen über die verschiedenen Strahlenarten, deren Gefährlichkeit und Erkennbarkeit, sowie der Umgang mit Verseuchten vermittelt.

Im krassen Gegensatz dazu steht jedoch die Tatsache, daß in normalen Krankenwagen keine Geräte für einen Strahlenunfall vorhanden sind. Ein Krankenwagenfahrer begibt sich also selbst in Lebensgefahr, wenn er einen Verseuchten befördert. Denn er hat weder Schutzkleidung, noch kann er feststellen, wie stark die vom Verseuchten ausgehende Strahlung ist.

Die Mediziner lassen jedoch den Krankenwagenfahrer nicht allein in solch einer Situation. Als praktische Empfehlung bekommt er den Rat, die radioaktiven Stoffe auf der Haut des Verseuchten mit mehreren Tesafilmstreifen zu entfernen, indem er diese nacheinander auf die Haut klebt und wieder abzieht.

Fazit: Hast du einen Tesafilm, ist die Strahlung halb so schlimm!

Die Frage, wohin die Verseuchten denn zu bringen sind, können die Mediziner dagegen nur mit einem Achselzucken beantworten. Es ist klar, daß die obigen Maßnahmen vor allem für Unfälle mit wenigen Verletzten gedacht sind.
Bei einer atomaren Katastrophe, bei der radioaktive Stoffe in großen Mengen aus einem Atomkraftwerk nach außen dringen und die Umgebung verseuchen, sollen sogenannte Strahlenschutzzüge in Aktion treten. Aus bisher bekanntgewordenen Katastrophenplänen für das Atomkraftwerk Fessenheim und die Versuchsanlage in Karlsruhe kann man davon ausgehen, daß in diesem Fall zunächst die Gegend um das Atomkraftwerk in einem Umkreis von 5 bis 20 km von Bundesgrenzschutz und Polizei (Bundeswehr?) hermetisch abgeriegelt wird. Damit soll verhindert werden, daß Menschen das betroffene Gebiet verlassen, ohne zuvor entseucht worden zu sein.

Die Aufgabe der Strahlenschutzzüge ist es dann, Sammelstellen einzurichten und Entseuchungsmaßnahmen einzuleiten. In Hessen gibt es davon drei Züge, wobei zwei in Heppenheim und Groß-Gerau stationiert sind.

Ein solcher Zug besteht aus 2-3 Lastkraftwagen und ca. 15 Freiwilligen der Feuerwehr oder anderen Hilfsorganisationen. Die Fahrzeuge und Geräte kosten pro Zug etwa 2 Millionen DM und werden vom Land Hessen gestellt.
Die Ausrüstung besteht unter anderem aus Meßgeräten, Schutzkleidung, Warmwasserbereitern, Zelten und mobilen Duscheinheiten. Es stehen daneben noch Geräte zur Entseuchung von Straßen und Plätzen zur Verfügung.

Die Entseuchung der Menschen erstreckt sich auf das Entfernen von Kleidern und die Reinigung der Haut von radioaktiven Stoffen. Hierzu werden warmes Wasser und spezielle Waschmittel verwendet. Allerdings muß man wissen, daß durch Atmung in den Körper aufgenommene radioaktive Stoffe nicht entfernt werden können.

Die Aufbauzeit der Gerätschaften dauert bei gutem Training einige Stunden. Bei flottem Arbeiten können höchstens 100 Patienten pro Stunde versorgt werden.

Wenn man weiß, daß in einem Umkreis von 5, 10 bzw. 20 km um das Atomkraftwerk Biblis 20 000, 120 000, bzw. 460 000 Menschen wohnen, kann man sich selbst ausrechnen, wie lange man noch der Strahlung innerhalb der gesperrten Zone ausgesetzt ist, wenn man zu den letzten gehört, die sie noch lebend verlassen können.

**Kontakt: Umwelt Akut, Frankfurterstr. 66,
6100 Darmstadt.**

SOMMERZEIT – KOLLEKTORZEIT. BAUANLEITUNG ANFORDERN!

MÜNCHEN
1. MÄRZ

Mit sonnigen Grüßen hat uns der Ammansberger Rudi darauf aufmerksam gemacht, daß wir einen Hinweis auf die Bauanleitung unterlassen haben. Hier steht jetzt, was der Rudi geschrieben hat.

Bauanleitung für einen selbstgebauten Sonnenkollektor. Wir haben uns selber einen Sonnenkollektor gebaut und jetzt auch eine Broschüre darüber gemacht. Neben der konkreten Baubeschreibung findet ihr ein paar allgemeine Erläuterungen zu Solaranlagen, Fotos und Konstruktionszeichnungen, Materialliste und Bezugsquellenverzeichnis (24 Seiten). Unser Sonnenfänger dient der Erwärmung von Brauchwasser. Er hat eine Kollektorfläche von 4 1/2 qm und ein Speichervolumen von 360 Liter, was während des Sommerhalbjahres für die Warmwasser–Versorgung unseres 7-Personen-Haushalts ausreichen soll. Das Wasser wird in einem Schlauchsystem erwärmt, das in einen Rahmen eingelegt ist. Die Anlage funktioniert ohne Umwälzpumpe und nach unserem System ist auch kein Wärmeaustauscher notwendig. Sie kann von ‚Laien' mit etwas handwerklicher Sorgfalt gebaut werden. Wer sich dafür interessiert und die Broschüre zugeschickt bekommen will, schickt 2 DM in Briefmarken an:

**Rudi Ammansberger, Leonhardiweg 50, 8 München 82,
Tel. 089/ 42 70 92**

ERSTE URTEILE GEGEN STADTAUTOBAHN–GEGNER

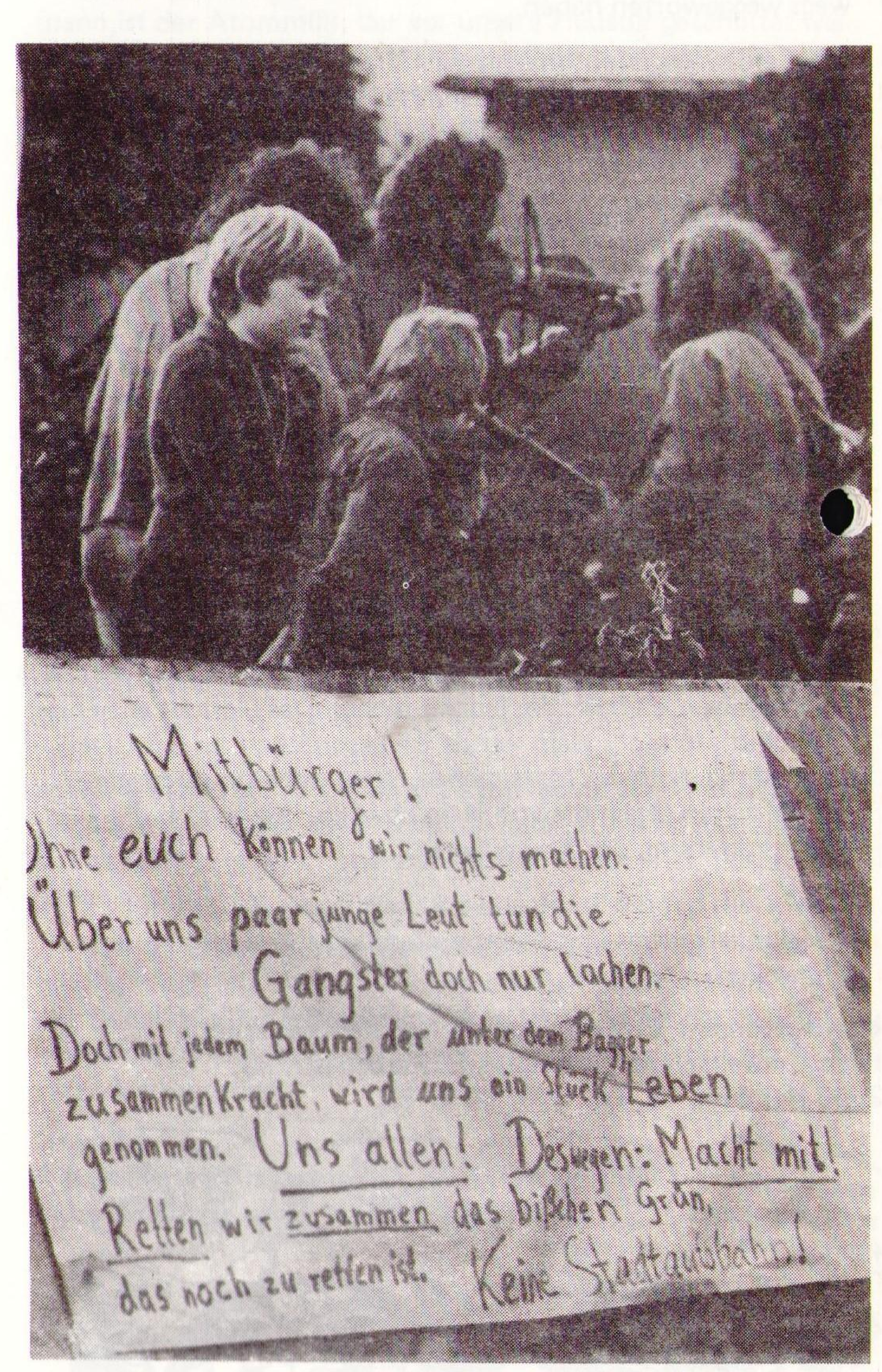
KÖLN,
28. 2.78

Ein Mitglied der "Kölner Volksblatt"-Redaktion hat eine Pressemitteilung verfaßt:

Am Donnerstag, den 23.2.1978 wurde der Prozeß gegen die Stadtautobahngegner, die am 9.5.1977 ein Baugelände im Kölner Norden besetzt hatten, fortgeführt. Es war der 3. Prozeßtag. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch. Ihr wurde am 3.1.1978 wie auch am 19.1.78 vom Gericht stattgegeben und die ersten acht Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt (2oo.-- bis 400.-- DM). *(s. ID 177, 211/212)*

Wie schon am 19.1. versuchte Jürgen Heer als Berichterstatter des Kölner Volksblattes am Prozeß teilzunehmen. An beiden Terminen wurde er jedoch vom Vorsitzenden Richter nicht zugelassen. In seiner Begründung bezieht sich Welsch auf den Artikel der November Ausgabe des Kölner Volksblatts, "Ein Tag im Leben des Richter W. – Im Namen des Staatsanwaltes" der seine eigene Person zum Gegenstand hatte. Dieser Artikel sei "beleidigend", "verleumderisch", "diffamierend" und als eine Straftat zu werten, die es nicht zulasse, das Kölner Volksblatt als freien Berichterstatter anzusehen!! Weiter heißt es in dem vom Richter Welsch verlesenen Beschluß, daß das Kölner Volksblatt aus den genannten Gründen nicht zugelassen werden könne und Jürgen Heer umgehend den Saal zu verlassen hätte. Gegen diesen eklatanten Rechtsbruch ist inzwischen Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt.

**Kontakt: Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln 1
Tel. 0221/ 21 36 85**





Kölner Stadtautobahn: Bauplatzbesetzung im Mai 1977

DEMOKRATISCHER ZWISCHENFALL WÄHREND DER BUNDESTAGSDEBATTE

BONN, 22.2.78 Im stark bewachten Bundestag hatte die 2. Lesung der sogenannten Anti–Terror–Gesetze am 16.2.78 gerade begonnen. Da lief auf der Zuschauertribüne eine junge Frau zur Balustrade. Trotz des nur wenige Schritte entfernt stehenden Wachpersonals schaffte sie es, blitzschnell ein Transparent zu entrollen und in den Plenarsaal hinabhängen zu lassen. Zu lesen war darauf: "Verteidigt die Demokratie! Gegen die Sondergesetze!" Noch während sie von beiden Seiten von Wachbeamten gepackt und abgeführt wurde, rief sie den Abgeordneten zu: "Verteidigt die Demokratie, stimmt gegen die Sondergesetze!" Wir drucken im folgenden ihre der Deutschen Presseagentur übergebene Presseerklärung ab und fordern auf, diese beherzte junge Frau zu unterstützen, falls gegen sie ein Strafverfahren durchgeführt wird wegen ihres Versuchs, im Bundestag selbst den Wunsch vieler Demokraten n[illegible] Ablehnung dieser Gesetze zum Ausdruck zu bringen.

PRESSEERKLÄRUNG DER BARBARA F.

"Ich wollte bei der Schlußberatung der sogenannten Anti-Terror-Gesetze mit meinem Transparent im Deutschen Bundestag auf den Widerstand demokratischer Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung gegen diese Gesetze aufmerksam machen.

Diese Gesetze werden in keiner Weise dem Kampf gegen Terroristen dienen, sondern stellen einen untragbaren Angriff auf die demokratischen Rechte der Bevölkerung dar.

Wo bleibt das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, wenn auf bloßen Verdacht ganze Gebäudekomplexe durchsucht werden können?

Wo bleibt das Recht auf Unverletzlichkeit der Person, wenn man zur Feststellung der Identität 12 Stunden festgehalten werden kann? Wo bleibt der Schutz gegen den Staat bei derartiger Erschwerung der Verteidigung?

Wenn zu diesen Gesetzen ja gesagt wird, ist kein weiterer Weg mehr bis zum gezielten Todesschuß, der schon im Polizeigesetzentwurf geplant ist.

Den letzten Anstoß dafür, heute hier aufzutreten, erhielt ich, als ich am letzten Wochenende am eigenen Leibe erlebte, wie und wozu diese Gesetze mißbraucht werden können. Ich wurde bei Ulm von bewaffneten Polizisten aus dem Zug geholt, weil ich von einem Mitreisenden als Terroristin denunziert worden war. Der Reisende hatte behauptet, in mir die gesuchte Friederike Krabbe erkannt zu haben. Ich wurde unter entwürdigenden Umständen abgeführt und festgehalten.

Ich hoffe dazu beizutragen, den Widerstand der Demokraten gegen diese Gesetze zu stärken. Ich rufe insbesondere die Gewerkschaften auf, die Kraft der organisierten Arbeiterschaft gegen die Verabschiedung und die Anwendung solcher undemokratischer Gesetze ins Feld zu führen.

Bonn, 16.2.78 *Barbara F.*

Näheres: Verlag Freies Volk, Tulbeckstr. 4 (Rückgebäude), 8000 München 2

RASSISMUS IN DER BURSCHENSCHAFT

SAARBRÜCKEN 27. Februar *Von dem Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Saarbrücken:*
Daß der Grundgedanke der Fernsehserie ROOTS – die völlige Entrechtung, Ausbeutung einer Menschengruppe durch eine andere wegen ihrer Rasse bzw. Hautfarbe – nicht der Vergangenheit angehört, beweist erneut ein Schreiben der Burschenschaft Corps Thuringia Leipzig zu Saarbrücken, das dem AStA der Universität Saarbrücken in die Hände gefallen ist:

An alle Alten Herren!

Unterfertigter CC erlaubt sich, Euch in der Frage des eventuellen Aktivwerdens von Herrn Modou Diouf aus Senegal, wegen der er Euch im vergangenen Jahr befragte, folgende Information zukommen zu lassen:

Es sind zahlreiche Stellungnahmen eingetroffen, für die sich unterfertigter CC herzlich bedankt.

Das Meinungsspektrum reichte von strikter Ablehnung bis zu uneingeschränkter Befürwortung zur Aktivität farbiger Ausländer in unserem Corps. Die vielfältigen Meinungen können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden.

Mehr als drei Viertel aller eingetroffenen Zuschriften lehnt jede Aktivität Farbiger bei Thuringia ab.

Unterfertigter CC bedauert es in diesem Zusammenhang sehr, daß mehrere Alte Herren im Zusammenhang mit dieser Frage mit einer Bandniederlegung gedroht haben.

Da Herr Diouf uns bereits vor der Auswertung der Stellungnahmen der Alten Herren erklärt hat, daß er von einem Antrag auf Aufnahme ins Corps auf jeden Fall absehe, sollte sich auch nur eine Gegenstimme erheben, hat sich die Frage seiner eventuellen Aktivität erledigt.

Gegenstimmen haben sich übrigens auch in der Aktivenschaft erhoben.

Herr Diouf wurde vom CC über die Gründe, die gegen seine Aktivität sprechen, informiert und er hat diese Argumente voll akzeptiert.

Im Auftrag des CC
(Unterschrift)

Kontaktadresse: Studentenschaft der Universität des Saarlandes, Bau 14, Im Stadtwald, 6600 Saarbrücken 11, Tel. 0681/302-2900.

DIE NEUE ZAITUNG: LEERKÖRPER-ZENSUR GEGEN SCHÜLER

OSNABRÜCK
23. Februar

Osnabrück hat eine Stadtzeitung mit dem Namen "Zaitung". Die Nummer 1 ist im Februar erschienen und kostet zwanzich Pfennich. Der ersten Ausgabe entnehmen wir eine Passage, in der über Zensur gegen Schülerzeitungen berichtet wird.

In letzter Zeit häufen sich in Osnabrück die Fälle von Schülerzeitungszensur. Neben der "AGOS" (Arbeitsgemeinschaft Osnabrücker Schülerzeitungen – siehe ID 211/212) wurde in letzter Zeit ein Leserbrief in der "EMMA", Schülerzeitung des E.M.A., zensiert, in dem sich ein Schüler kritisch über die Maßnahmen der Polizei in Brokdorf äußerte.

Im "Guckloch", der Schülerzeitung des GSG, verbot Direktor Dr. Scholz (CDU-Ratsmitglied und 3. Bürgermeister der Stadt) ein Glaubensbekenntnis, das sich auf das Bildungssystem bezog ; das Glaubensbekenntnis in der "AGOS" entging seiner Zensur.

Die "ROSTRA", Schülerzeitung des Ratsgymnasiums, war gleich zweimal von Zensurmaßnahmen betroffen. Direktor Dr. Brüggemann (SPD-Ratsmitglied) verbot die Veröffentlichung eines Artikels in dem ein Studienrat mit Leerkörper (anstatt Lehrkörper) bezeichnet wurde, weil er glaubte durch diese Maßnahme die Störung von Friedensbemühungen in einem schulinternen Fall verhindern zu können.
Auch der Vertrieb der letzten "ROSTRA" wurde verboten.

Aber auch von anderer Seite kann eine Zensur erfolgen: Der "Wüstling", Schülerzeitung des Gymnasiums in der Wüste, erhält keine Anzeigen der Stadtsparkasse mehr, da dem dort für Anzeigen zuständigen Herrn ein Artikel im "Wüstling" nicht zusagte, in dem durch Zensur durch Anziegenkunden - die Rede war. Mit dem Hinweis, daß es soetwas nicht gäbe, strich er dem Wüstling die für die Finanzierung dringend notwendigen Anzeigen.

Auch Herr Bössmann gibt keine Anzeigen mehr an den Wüstling dessen Inhalte ihm nicht gefallen. Außerdem weigert er sich, seine Anzeige in der "EMMA" zu bezahlen; auch hier war der Inhalt ausschlaggebend.

Kontakt: Zaitung - für Osnabrück, c/o Roger Witte, Buersche-Str. 28, 45oo Osnabrück

BETTSPIELE AM SONNTAGMORGEN – SEXUELLER MISSBRAUCH VON KINDERN?

MARBURG
2. März

Von einer Marburger Frauengruppe:

„Arbeiterehepaar in zweiter Instanz zu etwa 10.000,-- DM wegen ‚sexuellem Mißbrauch' der fünfjährigen Tochter verurteilt. Die Revision wurde verworfen.

Anlaß: Am 12. 5. 1977 wurde in Aalen (Baden-Württemberg) ein Ehepaar wegen fortgesetztem sexuellen Mißbrauchs ihrer Tochter zu je 8 Monaten Freiheitsstrafe zur Bewährung und einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt. Am 8. 9. 1977 wandelte das Landgericht Ellwangen das Urteil in zweiter Instanz in eine Geldstrafe von 5400 DM um. In der Sache folgten die Richter dem Urteil des Amtsgerichts Aalen. Was war geschehen?

Das Mädchen Silvia (5) schlüpfte an Sonn- und Feiertagen morgens zu ihrer Mutter Erika Venzl (26, gelernte Friseuse, z. Z. Hausfrau) und ihrem Stiefvater Otto Venzl (32, Arbeiter) ins Bett. Die Eltern, „die unbekleidet zu schlafen pflegten" (Urteilsbegründung) und Silvia spielten dann bis zum Aufstehen wie viele andere Familien am Sonntagmorgen „Bettspiele" (Kissenschlachten, Raufen usw.). Dabei soll Silvia auch manchmal am Penis ihres Stiefvaters „Gangschaltung" gespielt haben. Als der leibliche Vater davon erfuhr, zeigte er das Ehepaar Venzl sofort an.

Silvia, die schon infolge der Scheidung ihrer Eltern eine Odyssee zwischen Vater, Mutter und den Großeltern hinter sich hatte, wurde in einer „Nacht- und Nebelaktion" (Zitat der Pflegemutter) vom Jugendamt abgeholt und in eine Pflegefamilie gebracht. Hier zeigt sie starke Zerstörungswut und Selbstverletzungstendenzen. Wiederholt wird das Kind zu den inkriminierten Tatbeständen verhört. Dabei drehen sich die Verhöre, wie auch die beiden Prozesse, lediglich um die Frage, ob das „Gangschaltungsspiel" stattgefunden hat, in welchem Zustand sich dabei der Penis von Otto Venzl befand und ob Vater oder Mutter Silvia zu dem Spiel „ermuntert", „bestimmt" oder es „abgewehrt" haben. Die Frage, wie das Spiel überhaupt zu bewerten sei, wird trotz zweier ausführlicher Gutachten der Verteidigung zu diesem Problem nur in einem Nebensatz der Urteilsbegründung abgetan:

„Daß die festgestellten Manipulationen Silvia's am Geschlechtsteil ihres Stiefvaters sowohl normativ als auch quantitativ sexuelle Handlungen von strafrechtlich relevanter Erheblichkeit darstellten, bedarf keiner weiteren Begründung." Daß das Urteil in zweiter Instanz geringfügig abgeschwächt wurde, begründet das Gericht unter anderem damit, daß „keine auf- und abwärtsgerichteten, onanieähnlichen Manipulationen festgestellt werden konnten."

Der Rechtsanwalt kritisierte das Urteil in seinem Revisionsantrag auf mehreren Ebenen (einseitige Beweiswürdigung, Außerachtlassen der in den Gutachten dargelegten wissenschaftlichen Erkenntnissen, ungeprüfte Unterstellung einer sexuellen Absicht). Trotzdem lehnte das Oberlandesgericht Stuttgart die Revision ohne mündliche Verhandlung ab, weil die Nachprüfung des Urteils aufgrund der Revisionsrechtfertigung seiner Einschätzung nach keinen Rechtsfehler ergeben hat.

Damit ist das Urteil rechtskräftig. Auf die Familie Venzl kommen jetzt Strafe und Prozeßkosten in Höhe von mindestens 10 000 DM zu. Für eine dreiköpfige Familie mit einem Nettoeinkommen von 1300 bis 1400 DM monatlich eine Katastrophe.

Die Entscheidung des Jugendamtes, Silvia aus der Familie Venzl in eine Pflegefamilie zu bringen, wurde inzwischen erfolgreich gerichtlich angefochten. Silvia wurde in einem abgetrennten Verfahren endgültig ihrer Mutter Erika Venzl zugesprochen.

Die hehren Ziele der Rechtssprechung, der Schutz der Familie, der Schutz des Kindes und der Schutz der Privatsphäre der Familie wurde durch diese Eingriffe zerstört, das Kind durch die Verhöre traumatisiert, die ursprünglich sicher harmlosen Beziehungen in der Familie durch die Hintergedanken der Richter sexualisiert.

Eine genauere Analyse des Vorgangs und seiner sozialen und politischen Hintergründe, sowie eine Dokumentation sind in Vorbereitung.

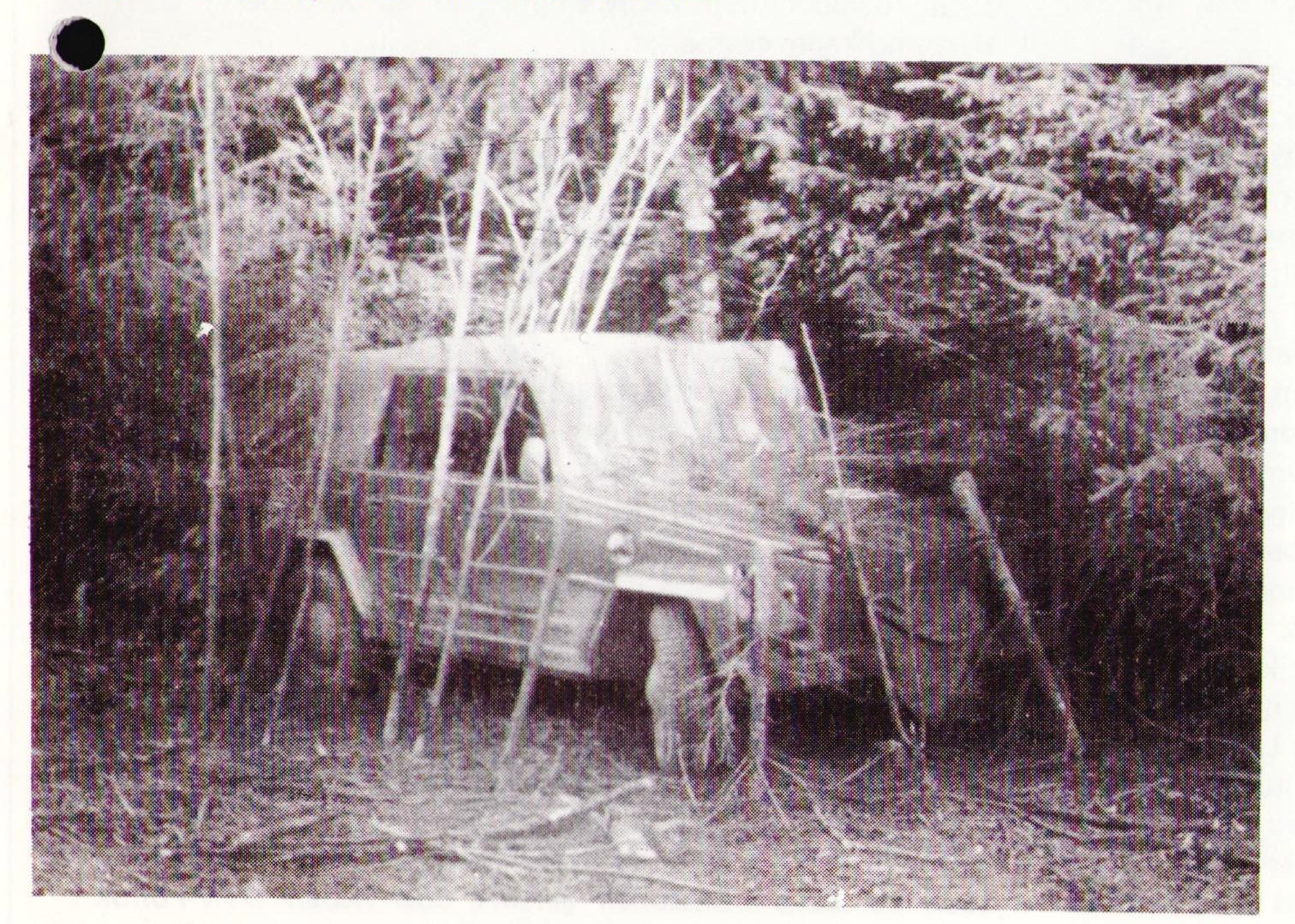
Zunächst geht es jedoch darum, der Familie Venzl über die finanzielle Folgen hinwegzuhelfen. Spenden werden erbeten auf das Konto 58 058 55 bei der Dresdner Bank, Aalen, unter dem Stichwort *'Spendenkonto Venzl'*

Kontaktadresse: Prozeß-AG in der Frau-und-Kind-Gruppe, Kommunikations- und Freizeit-Zentrum, Schulstraße, 3550 Marburg

BUNDESWEHRSOLDAT STARB WEGEN SCHROTTAUSRÜSTUNG

KOBLENZ, 31. Januar 78 *Aus Koblenz erreichte uns dieses Flugblatt:*

Am Mittwoch, den 25.1.78 starb der in der Koblenzer Falckensteinkaserne stationierte Gefreite Reinhard Payer bei einem Verkehrsunfall. Der im Juli 1977 eingezogene Baufernsprecher der 2. Kompanie des Fernmelde-Bataillons 330 war Beifahrer in einem von seinem Zugführer Feldwebel Mahren gesteuerten VW Kübel . Auf einer dienstlichen Fahrt durch den Hunsrück kam das Fahrzeug ins Schleudern und überschlug sich. Der unter dem Fahrzeug eingeklemmte Payer starb noch am Unfallort.



In so einem Kübelwagen starb der Gefreite Reinhard Payer: Verdeckplane ohne Überrollschutz

Da können auch die schönen Worte des Bataillons-Kommandeurs bei einem Appell zu Ehren des Toten nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Wehrpflichtige, wie viele andere Soldaten auch, noch am Leben sein könnte. Gibt die Bundeswehr einerseits Milliarden für neue Vernichtungssysteme, Flugzeuge und Panzer aus, so scheint das Geld nicht dafür auszureichen, Wagen wie den VW-Kübel, die ja nur eine Verdeckplane als Dach haben, mit einem stabilen Überrollbügel auszurüsten und für gute Sicherheitsgurte zu sorgen. Im Kübel sind entweder überhaupt keine oder nur ungenügende 2-Punkt-Gurte vorhanden. Außerdem zeichnen sich so gut wie alle Bundeswehrfahrzeuge, die ja zum Teil über 20 Jahre alt sind, durch harte kantige Schalter, Bedienungselemente und ungepolsterte Metallteile aus.

In der Frage der Sicherheit der Soldaten kosten Kompromisse und Unterlassungen Menschenleben ! Wir als tagtäglich selbst gefährdete Soldaten fordern deshalb eine umfassende Prüfung aller Fahrzeuge auf Sicherheitsmängel und die umgehende Abstellung derselben!

Das Original dieses Textes wurde von 115 Soldaten des Fernmeldebataillons 330 und von 10 weiteren Soldaten unterschrieben. Kopien gingen an den Wehrbeauftragten des Bundestages, an das Verteidigungsministerium, an 16 Zeitungen/Organisationen inklusive 2 Rundfunkanstalten.

Kontaktadresse: Daniel Klein, Praunheimer Landstr. 212c 6000 Frankfurt/Main 90, Tel: 0611/765472

DAS COLLEGIUM ACADEMICUM BLEIBT BESETZT

HEIDELBERG 2. März

Das Heidelberger Collegium Academicum (CA), ein Wohnheim in Selbstverwaltung (s. ID 149), das nach Beschluß der Behörden am 28. Februar geräumt werden sollte, ist noch immer besetzt (Stand von 12 Uhr). Am 28. Februar fand abends ein großes Fest statt. Außerdem zog eine Demonstration durch die Hauptstraße Heidelbergs und drang, unter Nichtachtung des bürgerlichen Bedürfnisses nach kultureller Unterhaltung, in das Staatstheater ein. Dort wurde „Don Giovanni" aufgeführt. Don Giovanni mußte zehn Minuten pausieren. Sprechchöre der Demonstranten haben in dieser Zeit für den Ton gesorgt.

Nach einem Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung ging eine Tür des Redaktionsgebäudes der Rhein-Neckar-Zeitung zu Bruch. Dorthin hatte sich die Demonstration nach dem Theaterbesuch begeben. Das Stadtbild wurde durch eine Vielzahl von Sprühaktionen verändert: „Das CA bleibt da!"

Der sogenannte Oberbürgermeister Bundel spricht in einer eilends verfaßten Strafanzeige von einer sogenannten Spontandemonstration. Die Staatsanwaltschaft soll nach Bundels Willen wegen Verunglimpfung der BRD und ihrer Symbole ermitteln. Angeblich wäre eine Fahne der BRD vor dem CA als Fußabtreter ausgelegt worden. Zwei besonders aktive CA-Bewohner werden von Bundel namentlich erwähnt und als „besonders bekannte Vertreter der militanten linken Gruppierungen" bezeichnet.

Anschrift: Collegium Academicum, Seminarstraße 2, 6900 Heidelberg. Das CA-Telefon ist abgestellt, Kontakt über Telefon 06221 / 2 64 23 (Mario)

DER HAMBURGER HAFEN UND DIE 'ALTERNATIVE'

HAMBURG 28. FEBRUAR

Dieser Beitrag war für eine italienische Zeitschrift bestimmt, ist aber für uns genauso interessant (s. auch ID 216).

Mehr als vier Wochen sind vergangen seit dem großen Streik der deutschen Hafenarbeiter. Was war wichtig an diesem Streik? Was hat sich verändert? Was ist geblieben von jenem Selbstbewußtsein, mit dem die deutschen Hafenarbeiter Unternehmer und Gewerkschaften überrascht haben? Dazu ein Gespräch mit drei Hamburger Hafenarbeitern. Alle drei gehören zur Gruppe ‚Alternative', die bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft) arbeitet. Bei der ‚Alternative' machen Unorganisierte ebenso mit, wie Leute vom Kommunistischen Bund und vom Sozialistischen Büro. Bei der HHLA stellt sie 4 von 27 Betriebsräten. In ihrer Zeitung ‚Alternative' wird nicht nur auf betriebliche Fragen eingegangen, sondern auch auf Atomkraftwerke und anderes.

Frage: Wer den Hafenarbeiterstreik vor allem durch die offiziellen Medien mitgekriegt hat, bekam den Eindruck einer Auseinandersetzung, die zunächst völlig in den Bahnen gewerkschaftlicher Politik verlaufen ist. Wie war das wirklich?

Gerd: Zunächst hat niemand damit gerechnet, daß überhaupt gestreikt wird. Aber als dann klar war: am Mittwoch geht es los, war eine unheimlich große Bereitschaft, etwas zu machen. Für mich hat sich das so dargestellt, daß der ÖTV der Streik relativ schnell aus den Händen geglitten ist. Die Gewerkschaft hat am Hafen Busse aufgestellt, da saßen ein paar Leute drin, die ein bißchen kucken und melden sollten, wo gearbeitet wird und wo nicht. Aus dem Hafen heraus aber gabs eine sehr starke Bewegung. Die Kollegen haben gesagt: Wir machen den Hafen dicht, wir kontrollieren die Autos, die da rein kommen, wir drehen die LKW's um. Viele Leute, die vorher im Betriebsrat kaum den Mund aufgemacht haben, sind ins Gewerkschaftshaus gegangen und haben gesagt: „Wir brauchen mehr Streikposten!" Die Streikleitung hat dann geantwortet: „Ja, ja, dafür sorgen wir schon." Andererseits sind aber Kollegen, die raus wollten, die Streikposten stehen wollten, abgewimmelt worden: „Kommt doch morgen wieder, wir haben genug Leute." Da war ein deutlicher Widerspruch zwischen der Leitung, die einen Verwaltungsstreik führen wollte, mit Stempeln, geht wieder nach Hause, finanziell ist alles geregelt, und der Basis, die nun endlich mal zeigen wollte: wir sind auch da! Das hat sich durch den ganzen Streik gezogen: „Jetzt können sie mit uns nicht mehr machen, was sie wollen." Das hat eine große Rolle gespielt: „Jetzt sind wir mal am Ball, jetzt werden die Autos kontrolliert!"

Jörg: Am 1. Tag haben wir mit 1o Leuten Streikposten gestanden, es hat geschneit und geregnet; wir wußten überhaupt nicht, was ein paar Kilometer weiter läuft. So entstand das Bedürfnis, selber rumzufahren. Wir haben gemerkt, wo noch gearbeitet wird und haben gesehen: das schafft man gar nicht, die Autos, die da in den Hafen fuhren, aufzuhalten. Wir sind dann ins Gewerkschaftshaus gegangen, und haben gesagt: „Leute, rauskommen, mitmachen!" An einigen Stellen, wo vielleicht am ersten Tag nur 6 Leute waren, kamen am dritten Tag schon 100 Leute und am letzten Tag standen da dann an die 150 Leute rum. Wir haben also gesehen: die Gewerkschaft kümmert sich nur um den bürokratischen Kram und haben gesagt: wenn wir was machen, dann machen wir das alleine.

Frage: Wieviel Leute sind da insgesamt aktiv gewesen?

Gerd: Ich würde schätzen, daß sich 6–700 Leute bestimmt aktiv am Streik beteiligt haben. Das hört sich ziemlich wenig an, aber du mußt bedenken, daß in den Jahren vorher überhaupt nie was gelaufen ist und daß die Gewerkschaft nur sehr wenig dazu getan hat.

Voll aufgebrochen ist der Widerspruch zur Führung erst, als Gewerkschaften und Unternehmer sich auf 7% mehr ab Februar geeinigt hatten und die Arbeiter sich übers Ohr gehauen fühlten, weil das übers ganze Jahr gerechnet nur 6,4% waren.

Jörg: Die Kollegen waren schon am Samstag abend und am Sonntag unheimlich sauer. Viele sind rausgekommen, um Streikposten zu stehen, und dann war überhaupt kein Bus mehr da. Außerdem mußt du bedenken, daß der letzte Streik 1951 war, und daß es seit 1960 keine Urabstimmung gegeben hat. Die Kollegen haben gesagt, wenn gestreikt wird, dann muß während des Streiks eine Urabstimmung stattfinden, und wenn ‚nein' gestimmt wird, dann geht der Streik eben weiter. Die fühlten sich schon verarscht, daß sie eine Urabstimmung machen sollten, während schon wieder gearbeitet wurde. Wenn du das vergleichst mit der IG Druck oder IG Metall: da ist das gang und gäbe, daß du erst mal ein paar Tage arbeitest, damit die Wut weg ist, bevor urabgestimmt wird. Im Hafen waren die Leute darüber unheimlich empört, es wurde dauernd diskutiert und kaum gearbeitet.

Eine große Rolle hat auch die Streikunterstützung gespielt. In den anderen Betrieben kriegen die Arbeiter oft nur 80 % des Lohns als Streikgeld. Bei uns hat die Streikunterstützung über dem normalen Lohn gelegen. Als die hörten, was für ein Streikgeld wir kriegen, da haben die gesagt: „Mensch, Klasse, da streiken wir ein halbes Jahr!"

Gerd: Ja, da wurde gesagt „Bei dem Streikgeld, da haben wir doch nichts zu verlieren!" So ein Streikgeld kriegen wir auch nicht noch mal, wenn überhaupt noch mal auf einen Streik zugesteuert wird. Die offizielle Seite sieht nämlich sehr wohl, daß der Streik das Selbstbewußtsein der Kollegen gesteigert hat, daß die gesehen haben, was machbar ist, daß man was tun kann. Da kommen dann Äußerungen: „Ja, wir werden den Streik wohl bald wieder vergessen haben," wie unser zweiter Betriebsratsvorsitzender Karl Soltau gesagt hat. Die wollen vor allem, daß jetzt erst mal alles wieder ruhiger wird.

Frage: Hat der Gegensatz zwischen Basis und Führung auch zu Zusammenstößen geführt, oder haben ÖTV-Politik und Basis-Aktivität praktisch nebeneinanderherexistiert?

Gerd: Ein Beispiel. Wir haben während des Streiks zusammen mit dem MPZ+ einen Videofilm gemacht, und sind damit am Sonnabend ins Gewerkschaftshaus gegangen, haben das Gerät da angeschlossen und die Filme gezeigt. Das fanden die Kollegen unheimlich gut. Es dauerte keine zehn Minuten, dann waren drei Offizielle da und forderten uns auf, das einzustellen, der Platz sei ungeeignet. Dann wurde plötzlich der Strom abgestellt. Da waren die Kollegen alle furchtbar sauer und dann sind 40 Leute rauf zur Streikleitung. Das ging sofort los: „Wer ist euer Sprecher, das wird abgestellt, das ist nicht erlaubt!" Schließlich haben die dann aber in der Streikleitung gesagt: „Wir wollen keine Konfrontation", und dann haben wir den Strom wieder angestellt.

(+ Medienpädagogisches Zentrum)

Jörg: Ein wesentlicher Konfrontationspunkt war die Frage der ‚Notdienste'. Teilweise wurden die Sachen, die schon seit mitte Dezember im Hafen lagen, ausgeliefert, weil die Unternehmer gesagt haben, das sei leicht verderbliche Ware. Da hat die Streikleitung fast überall nachgegeben. Die Kollegen haben gesagt, entweder wir streiken, dann machen wir hier alles dicht, oder nicht.

Gerd: Starke Auseinandersetzungen gabs, was die Streikposten machen dürfen. Die ÖTV hat ein Merkblatt für Streikposten herausgegeben. Da steht drauf, was du nicht darfst als Streikposten, aber nichts darüber, was du eigentlich tun sollst — ein richtiger Verbotskatalog. In allen Streikbussen waren auch Leute, die die offizielle ÖTV-Linie vertreten haben. Es hat uns immer starke Arbeit gekostet, da was Konsequentes durchzusetzen und die Straße für Streikbrecher dichtzumachen.

Frage: In einem Fall sollen ÖTV-Leute und Polizei die Leute gemeinsam aufgefordert haben, die Straße zu räumen?

Jörg: Das war bei uns draußen am Euro-Kai. Da hatten wir am 3. Streiktag mit 100 Leuten dichtgemacht. 4 bis 5 Polizeifahrzeuge kamen an, und dann hieß es sehr bestimmt: „Komm hier, räumt die Straße!" Da hat ein ÖTV-Sekretär dabeigestanden: „Kommt, Kollegen, das müßt ihr räumen. Ihr könnt hier nicht dichtmachen!"

Frage: Es gibt im Hafen ja die Spaltung zwischen den Arbeitern, die fest bei einzelnen Betrieben angestellt sind und den anderen, die immer wieder neu auf die einzelnen Betriebe verteilt werden, und schließlich den unsteten Gelegenheitsarbeitern. Hat sich das im Streik ausgewirkt?

Jörg: Es gibt da natürlich Konkurrenz und die wirkt sich auch aus. Und zwar nicht nur zwischen den festen Arbeitern sondern auch zwischen den einzelnen Hafenbetrieben. Erst hat man sich im Streik natürlich son bißchen fremd beäugt, man kaate die nicht und ist ein bißchen distanziert gewesen. Aber wir haben eigentlich ziemlich bald den gemeinsamen Gegner gesehen. Die unsteten Arbeiter, die wir im Hafen die ‚Wilden' nennen, haben im Streik eigentlich keine Rolle gespielt.

Gabriel: Es gibt da auch noch viele alte Vorurteile, gerade uns gegenüber bei der HHLA. Die HHLA als staatliches Unternehmen stand ja früher praktisch außerhalb der Konkurrenz. Das hat sich erst seit 1970 mit der neuen Hafenordnung gegeben.

Jörg: Früher waren die Leute bei der HHLA praktisch Beamte, die hatten auch Pensionsansprüche ähnlich wie im öffentlichen Dienst. Seit 1970 wird das immer mehr privatkapitalistischen Gesichtspunkten untergeordnet. Da hat sich bei uns, bei der HHLA, das Arbeitsklima auch immer mehr geändert und immer mehr den privaten Betrieben angeglichen.



Diskussion mit einem Streikbrecher

Frage: Die Leute bei der HHLA haben sich also früher mehr als was besseres gefühlt?

Jörg: Ja, das waren die ja auch.

Gerd: Es gab da den Spruch: ,HHLA – Halt hier langsam arbeiten!' und der kommt auch nicht von ungefähr (Gelächter). Das war das Bewußtsein: Wir sind die Staatsdiener, wir brauchen nicht, uns kann sowieso nichts passieren. Und damit haben die eben ab 1970, als die HHLA Aktiengesellschaft wurde, aufgeräumt.

Gabriel: Die HHLA-Arbeiter sind auch beim wilden Streik 1951 die Streikbrecher gewesen. Das zeigt auch die Sonderstellung, die die gehabt haben, und dadurch kam auch das Mißtrauen, daß die anderen Kollegen zur HHLA hatten. Das ist auch nicht unberechtigt gewesen.

Frage: Zuletzt noch was zu eurer Gruppe, der ,Alternative'. Welche Rolle habt ihr, welche Rolle haben die Linken überhaupt im Streik gespielt?

Gerd: Es hat sich gezeigt, daß man mit einer Gruppe wie der ,Alternative' das Informationsmonopol, das die höheren Gewerkschaftsgremien haben, durchbrechen kann. Denn die nutzen das so, daß sie überhaupt nicht informieren. Du stellst dann fest, wenn du eine Zeitung machst, wo du informierst und betriebliche Sachen zur Diskussion stellst, daß du ein unheimliches Echo findest. Daß ein großes Interesse da ist, nicht mehr alles hinzunehmen und mehr zu erfahren, was läuft. Von der ÖTV wird immer betont: der Streik war in gar keiner Weise ein Erfolg der Linken, das ist ein Streik der ÖTV gewesen. Die haben, wenn sie auf die Linken schimpfen, gar nicht auf dem Zettel, daß die Linken nur das vorwärts bringen konnten, was drin war. Die wichtige Funktion hatten wir natürlich. Du kannst das voranbringen, was da ist, wo aber Schwierigkeiten sind, es zu artikulieren oder zu organisieren. Das haben in der Tat die Linken gemacht. Daß dafür aber ein Potential da sein muß, das will die ÖTV nicht zur Kenntnis nehmen.

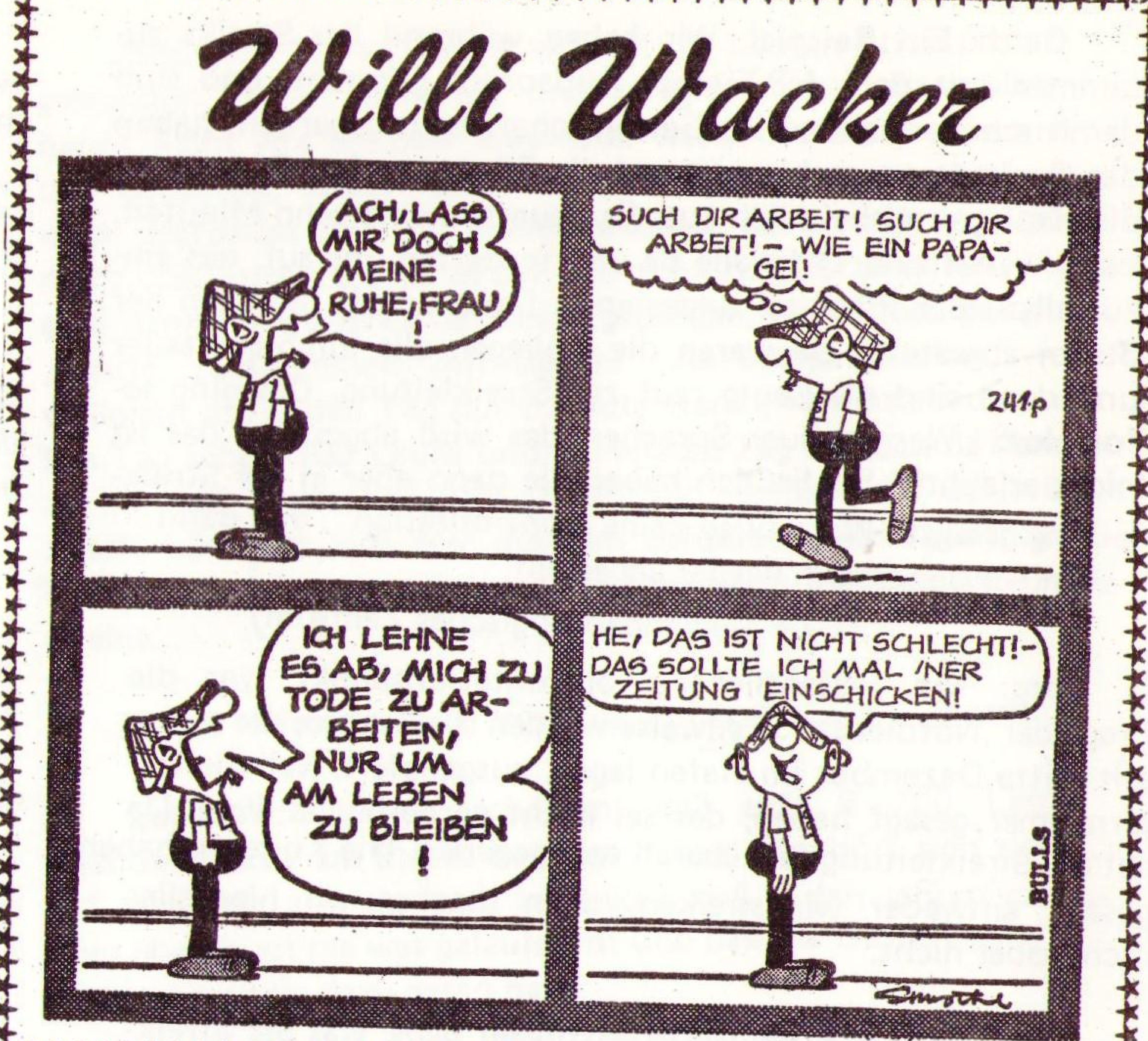
Kurz nach dem Streik hat sich die ,Alternative' erst mal spontan auf den ganzen Hafen ausgeweitet. Da kamen Leute aus anderen Betrieben, und wir haben dann einen Hafenstammtisch gemacht. Das ist eine Möglichkeit, eine betriebsübergreifende Gruppe zusammenzubringen, die sich erst mal locker trifft, um Erfahrungen auszutauschen und Probleme zu diskutieren.

Jörg: Bezeichnend ist da vielleicht die Haltung von einem Jungsozialisten, der früher gesagt hat: „Gebt doch nichts auf die ,Alternative', die haben doch eh keinen Rückhalt!" Der ist heute ein aktives Mitglied in unserer Gruppe. Wir beäugeln uns schon manchmal ein bißchen untereinander...

Gerd: ...und manchmal gibt es auch Krach...

Jörg: ...aber sonst kommen wir eigentlich ganz gut miteinander klar. Das ist durch den Streik ganz besonders gefestigt worden.

Gerd: Das gilt nicht nur für die ,Alternative' sondern generell für die Linke. Die haben im Streik sehr gute Sachen getan, da ist die Organisationsborniertheit wirklich zurückgestellt worden. Da war plötzlich klar, daß solche Sachen nicht mehr so wichtig sind, daß die breite Bewegung viel wichtiger ist. Die DKP ist eigentlich die einzige Organisation gewesen, die auf die ,Alternative' und auf andere Linke losgeschlagen hat. Die hatten die Maxime „erst kommt die Gewerkschaft und dann die politische Arbeit". Die haben das, was sie selbst wollen, hintenangestellt und sich praktisch zum Büttel des Gewerkschaftsapparates gemacht.



Frage: Mittlerweile wird seit einem Monat wieder gearbeitet. Was ist von der Streikbewegung eigendlich übriggeblieben? Das Selbstbewußtsein, das da entwickelt wurde, äußert sich das heute noch?

Gerd: Das äußert sich sicherlich auch heute noch teilweise in der Auseinandersetzung mit Vorgesetzten. Ich stelle bei einigen Kollegen fest, daß sie sich durchaus verändert haben durch die konkrete Aktivität im Streik. Ich könnte nicht sagen, daß das eine breite Bewußtseinsveränderung gewesen ist - da haben sich einzelne stark verändert. Es spielt natürlich eine große Rolle, daß nach der Erfahrung des Streiks, wo du plötzlich klönen konntest, alle da waren, du über dich selber verfügen konntest, jetzt plötzlich der Arbeitsalltag wieder da ist, wo wieder andere Leute am Zug sind, die jetzt wieder sagen, was gemacht wird. Wenn man das, was im Streik gelaufen ist, nicht immer wieder anknüpft, dann verschwindet das eben auch sehr schnell.

Gabriel: Daß da jetzt Veränderungen sind, die man jeden Tag sehen könnte, das wäre unlogisch, das ist halt normaler Arbeitsalltag. Ich sehe die Chance, daß die Schwelle für die Kollegen, wenn ihnen was stinkt, auch etwas dagegen machen, geringer geworden ist. Das Argument ist ja immer gewesen: „Wir können ja doch nichts machen" und der Streik hat jetzt gezeigt, daß es möglich ist, etwas zu tun und das vergessen die Kollegen auch nicht. Ein kleines Beispiel vom Buchardt-Kai: da ist den Leuten angeboten worden, am Wochenende ein Schiff fertig zu machen. Aber die Kollegen haben alle kein Interesse daran gehabt, und das Schiff ist liegengeblieben. Die waren auch nicht mehr zu belabern...

Jörg: Eins will ich noch erwähnen, die Unsicherheit gegenüber den ausländischen Häfen. Wenn die in London oder Antwerpen gestreikt haben, dann sind deren Schiffe ja immer hier entladen worden und die ÖTV hat sich fast immer geweigert, was zu machen. Und jetzt war es genau umgekehrt. Jetzt mußten die Kollegen hier plötzlich bangen, daß die Londoner und die Antwerpener und die Rotterdamer mitziehen. Die hatten denen gegenüber auch ein richtig schlechtes Gewissen. Das ist klar, son Streik, den kann man ins Leere laufen lassen, wenn die Solidarität von anderen Häfen nicht da ist. Das hat die Kollegen unheimlich beschäftigt, und wenn die das nächste Mal auf uns angewiesen sind, dann werden wir auch zu denen stehen.

Gerd: Bisher ist ein Streik in London oder Italien ja für die Kollegen immer eine relativ fremde Sache gewesen. „Die streiken sich ja kaputt", wurde z.B. gesagt. Durch unseren eigenen Streik ist das jetzt viel näher gerückt. Wenn die in London streiken, dann sieht man, das ist genau dasselbe, was wir auch gemacht haben, die brauchen genau die selbe Solidarität, um die wir auch gezittert haben. Das ist jetzt viel handfester geworden.

Frage: Gibt es innerhalb der ‚Alternative' Probleme zwischen Organisierten und Unorganisierten?

Jörg: Das ist ziemlich unproblematisch. Wenns Schwierigkeiten gibt, dann eigentlich nur zwischen den Organisierten. Wenn wir in der ‚Alternative' nur Organisierte wären, würden wir uns wahrscheinlich viel mehr in die Haare kriegen.

Gerd: Für die Kollegen ist das eigentlich auch ein anderes Problem. Die wissen, wenn sie bei uns mitarbeiten, und sie verteilen unsere Zeitung mit, dann heißt das: der ist rot, das isn Kommunist. Damit muß der sich erstmal auseinandersetzen. Das ist eigentlich jetzt besser geworden. Daß Leute, wie der Uwe, sagen: gut, das nehm ich in Kauf.

Kontakt: über ID, Stichwort: BETRIEB

GEWERKSCHAFTER UND AUSGESCHLOSSENE FÜR DIE BEHANDLUNG DER UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE AUF DEM RUSSELL-TRIBUNAL

KÖLN 3. März *Am Wochenende vom 25./26. Februar fand in Köln auf Einladung der Kölner Russell-Initiative eine Arbeitskonferenz über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft statt (s. ID 217). Über 120 Leute aus der gesamten Bundesrepublik, überwiegend aktive Gewerkschafter und Betriebsräte bzw. aus der Gewerkschaft Ausgeschlossene trugen Materialien über Zusammenhänge zwischen Berufsverbot und Unvereinbarkeitsbeschlüssen zusammen und diskutierten die Vorbereitung auf das Russell-Tribunal.*

Die Arbeitskonferenz beschloss die umfangreichen Unterlagen in einer Dokumentation zu veröffentlichen und an die Jury des Tribunals weiterzuleiten (Bestellungen an die u.a. Adresse). Ebenso wurde beschlossen, anläßlich des Tribunals am 28. März in Frankfurt eine Veranstaltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu organisieren.

Kurz vor Beginn des Tribunals soll auf die Initiative der Arbeitskonferenz eine Großanzeige in einer Tageszeitung veröffentlicht werden für die zuvor Unterschriften von Gewerkschaftern bzw. von ausgeschlossenen Gewerkschaftern gesammelt werden sollen. Diese Anzeige hat folgenden Text:

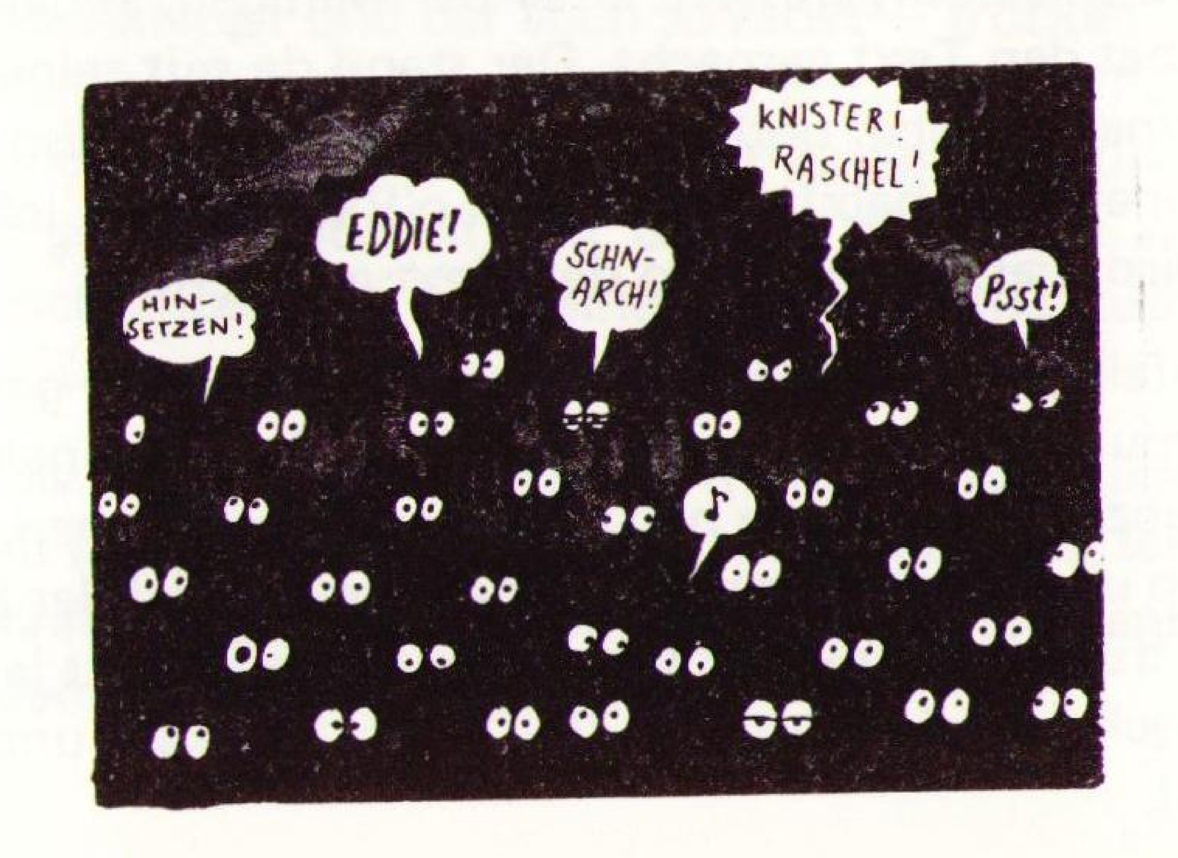
„Auf der Veranstaltung der GEW-Westberlin am 25.2.78 zur Unterstützung des Russell–Tribunals mit dem Thema: ‚Schränken die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB die Grundrechte ein? " wurde folgende Resolution von ca. 1000 Anwesenden einstimmig beschlossen: „In der ersten Woche nach Ostern findet die erste Sitzungsperiode des III. Russell-Tribunals über Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik und Westberlin statt. Mitglieder der Bundesregierung sowie Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien diffamieren die Jury und den deutschen Beirat des Russell-Tribunals, indem sie die Unterstützerbewegung in den Dunstkreis des Terrorismus rücken. Am 18.1.78 schaltete sich der DGB-Vorstand mit einem Brief an alle Landesbezirke und DGB-Kreise in die Diffamierungskampagne ein. In diesem Brief versuchte der DGB-Vorsitzende die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften von der aktiven Unterstützung des Russell-Tribunals abzuhalten.

Der Abbau demokratischer Rechte in unserer Gesellschaft geht Hand in Hand mit dem Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie. Während die Bundesregierung und die Landesregierungen Meinungsfreiheit und andere demokratische Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit Disziplinarmaßnahmen bzw. Berufsverboten einschränken, versucht der DGB-Vorstand seine Mitglieder über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu disziplinieren und hat somit Teil an der politischen Unterdrückung in unserem Land. Bisher sind mehrere tausend Gewerkschaftler aufgrund von Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausgeschlossen worden. Damit wird innerhalb der Gewerkschaft durch die Gewerkschaftsführung das Grundrecht der Koalitionsfreiheit infrage gestellt. Als bisheriger Höhepunkt von Beschneidung der Mitgliederrechte ist der Ausschluß des gesamten Landesverbandes der GEW-Westberlin mit mehr als 10000 Mitgliedern zu sehen, der erfolgte, weil die GEW-Westberlin sich weigerte die Bundessatzung vorbehaltlos zu übernehmen, und weil sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnte. Da Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote oftmals in einer Wechselbeziehung stehen, fordern die Anwesenden das Sekretariat, den deutschen Beirat, die Jury des Russell-Tribunals auf, sich dafür einzusetzen, das die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Zusammenhang mit den Berufsverboten behandelt und zum Untersuchungsgegenstand gemacht werden."

Unterschrift ...
(Die unterzeichnenden Gewerkschafter (Mitglieder und Ausgeschlossene) unterstützen die Forderung nach Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse während des Russell-Tribunals.

Diese Resolution soll als Annonce in einer Tageszeitung Ende März veröffentlicht werden. Wir bitten jeden Unterzeichner 10,– DM für diese Veröffentlichung auf das **Konto: 51 11 31 73 Stadtsparkasse Köln, Kurt Holl** zu überweisen. Da der DGB den Unterstützern des Russell-Tribunals Disziplinierungen androht, werden nur die Namen der bereits ausgeschlossenen Mitglieder veröffentlicht. Die Namen der anderen Kollegen werden bei einem Notar hinterlegt, und ihre Zahl wird bekanntgegeben. Ausgeschlossene Mitglieder sollen bei ihrer Unterschrift vermerken, ob sie mit der Veröffentlichung ihrer Unterschrift einverstanden sind. Wir bitten alle, die diese Resolution unterstützen, bis spätestens 20. März möglichst viele Unterschriften bei den Kollegen zu sammeln und an die Kölner Russell-Initiative zu senden. **Kontaktadresse: Kölner Russell-Initiative, c/o Kurt Holl, Werderstr. 21, 5000 Köln 1, Tel. 0221/ 52 38 42.**

Anmerkung:
Die Russell–Initiativgruppe in Köln hatte bereits vor einiger Zeit eine Unterschriftensammlung mit der Forderung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse während des Tribunals zu behandeln, begonnen. Daraufhin waren innerhalb kurzer Zeit ca. 300 Unterschriften gesammelt worden. Diese Unterschriftensammlung wird ebenfalls der Jury des Tribunals geschickt. Mit dem jetzigen, zweiten Aufruf sollen noch mehr angesprochen werden, und die Unterzeichner des ersten „Offenen Briefes" sollten ihre Unterschrift noch einmal geben.



DRUCKERSTREIK: DIE HABEN GESCHRIEBEN, WAS SIE WOLLEN, WARUM KÖNNEN WIR'S NICHT AUCH

HEIDELBERG 28. Februar *Am 21. Februar erschien in der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung eine bundesweite Anzeige der Druckunternehmer. Der Inhalt: ein Appell an die Verantwortlichen der Gewerkschaft Druck und Papier, nicht zu Streiks aufzurufen:*

ANZEIGE: RNZ vom 2.2.1978

Wir appellieren an die Verantwortlichen der Gewerkschaft Druck und Papier:
Rufen Sie nicht zu Punktstreiks auf! Gefährden Sie die Arbeitsplätze unserer technischen Mitarbeiter nicht! Zwingen Sie die Arbeitgeber nicht zum äußersten Mittel der Notwehr!
Zwingen Sie uns nicht zur: AUSSPERRUNG
Die Arbeiter und Angestellten fast aller Verlage und Druckereien wollen arbeiten. Sie wollen gutes Geld verdienen und sichere Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber stehen für beides ein. Das haben sie mit ihrer Zustimmung zum gemeinsam erarbeiteten Tarifvertrag bewiesen.
Zu Ihrer Information, lieber Leser:
Die Elektronik zieht jetzt auch in die Druck- und Verlagshäuser ein. Dies heißt für die Schriftsetzer: umlernen. Arbeitslos wird keiner.
Trotzdem will die IG Druck und Papier den Streik. Aber nur bei den wenigen Verlagen und Druckereien, bei denen sie Gefolgschaft findet. Die Gewerkschaft entscheidet also, welche Zeitungen erscheinen dürfen und welche nicht. Sie will Ihnen vorschreiben, was Sie lesen können.
Wem soll dieser Streik nutzen? Wir meinen, er schadet allen: den bestreikten Firmen, denn Ihre Existenz wird aufs Spiel gesetzt. Den Setzern in den Firmen, denn ihre Arbeitsplätze sind dann ebenfalls bedroht. Den Lesern, denn sie werden bevormundet.
Jetzt Streik – das wäre der überflüssigste Streik der deutschen Tarifgeschichte!
Wir appellieren an die Vernunft der Gewerkschaftsführer: Nehmen Sie doch endlich den gemeinsamen erarbeiteten Tarifvertrag an!
BVD – Bundesverband Druck, BDZV – Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, VDZ – Verband Deutscher Zeitschriftenverleger.

Die Belegschaft der Heidelberger Verlagsanstalt (technisches Personal der RNZ) beschloß, die Verlegeranzeige nicht zu verhindern. Allerdings erhandelte sie am nächsten Tag den kostenlosen Abdruck einer „Gegendarstellung der Betroffenen". Einer der Arbeiter aus dem Heidelberger Verlags- und Druckhaus schilderte uns in einem Gespräch, wie die ‚Gegendarstellung' zustandekam:

„Gut, also, wir sahn das da so stehen, sind also aufgebracht worden durch das Wort ‚Aussperrung' (das in der Unternehmer-Anzeige enthalten ist).
Und da haben wir gesagt, da muß ne Gegenanzeige rein.
Es wurde sofort ne Liste mit allen Namen gemacht. Zwanzig Mark war das mindeste, was jeder zahlen sollte, aber dann stellt sich heraus, es würden mindestens hundert Mark. Die Anzeige hätte 3.900 Mark gekostet. Und dann ging das so weiter, der Betriebsrat (so ein freigestellter), der hat das in die Wege geleitet: Alle besprechen das – kommt alle in den Umbruch. Und dann sind wir um halb vier erst mal im Umbruch erschienen.

Dann war im Umbruch ne Versammlung, alle die da arbeiten, Anzeigenumbruch, Textumbruch, Maschinensetzer, ham sich versammelt. 80 Leute, so rund. Ein Redakteur, der ist bei der IG-Druck organisiert, einer der wenigen; ja der ist gut, der hat den Text gemacht. Der stand da mit seinem Hütchen immer so dabei und mit em dicken Bauch. Also son Bauch. Ich mein, ich hab ja auch schon n'Bauch, weil, ich trink halt gern Bier. Der hat also den Text gemacht.

Jedenfalls, es war eine Versammlung und es war ganz schön Stimmung im Betrieb. Und dann kam der Personalchef und diese ganzen Ärsche, die halt nichts anderes machen, als da rumsitzen und ihren Computer laufenlassen. Und der Scheffel, der war früher bei uns hier Maschinensetzer und ist jetzt für Rhein-Neckar-Bezirk Boss der IG-Druck. Der kam und das war ganz gut.

Anzeige

Gegendarstellung der Betroffenen!

Wir appellieren an die Verantwortlichen der Verlegerverbände:

Die Elektronik bedroht einen ganzen Berufsstand: Setzer, Metteure, Korrektoren, gewerbliche Mitarbeiter, Angestellte in der Zeitungsherstellung.

Wir Arbeitnehmer besitzen weder Druckmaschinen noch Zeitungen – nur unsere Arbeitskraft.

Diese wollen wir weiter einsetzen: qualifiziert und verantwortungsbewußt wie bisher. Nachts, wenn andere schlafen. Sonntags, wenn andere bei Kaffee und Kuchen mit der Familie zusammensitzen.

Es geht nicht um Geld, es geht um Arbeitsplätze!

Wir wollen, daß die Texteingabe im Druckgewerbe da bleibt, wo sie bisher war: Bei den Setzern und qualifizierten Mitarbeitern des gewerblichen Bereichs. Damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Damit Redakteure Hände und Kopf frei haben für ihre bisherigen Aufgaben. Im Dienst der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt.

Nicht Setzer oder Drucker haben in der Vergangenheit Arbeitsplätze hemmungslos wegrationalisiert. Nicht Setzer oder Drucker haben hemmungslos Zeitungen und Redaktionen wegrationalisiert.

Setzer, Drucker und Journalisten wollen Meinungsvielfalt, damit Sie als Leser sich nicht einer von Verlegern diktierten Einheitsmeinung anschließen müssen. Per Elektronik.

Wenn den Arbeitgebern Arbeitsplätze so am Herzen liegen wie sie in ihrer Anzeige behaupten, sollen sie Verträge mit uns abschließen. Aber ohne Soll- und Kannbestimmungen, die nur Juristen verstehen und auslegen. Sondern mit bindenden Bestimmungen wie im IG-Druck-Vertragsentwurf, die uns zur Umschulung verpflichten und die Arbeitgeber zur Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze.

Die Arbeitgeber drohen mit Aussperrung. Sie reden vom „überflüssigsten Streik der deutschen Tarifgeschichte".

Dieser Streik ist der wichtigste

in der Geschichte der Arbeitnehmerschaft – wenn er unvermeidlich wird.

Ein Streik ist dann unvermeidlich, wenn sich die Arbeitgeber weiter weigern, überhaupt mit uns zu reden.

Das technische Personal der Heidelberger Verlagsanstalt

(Herstellerfirma der Rhein-Neckar-Zeitung)

Es gibt also diesen Personalchef bei uns, das ist ein ganz madiger Mensch. Dienen, buckeln, Chef — klar. Ein Maschinensetzer war sein Urgroßvater, irgendwie ist so alles verwandt. Das ist so ein Kleinbetrieb von der Struktur her — der Sohn und der Chef und all das.

Es kam der Juniorchef, der Rupprecht, Rupprecht-Schulze, der hat noch keinen Doktor aber vielleicht kriegt er noch einen.

Also es war dann wirklich ne gute Stimmung, die Leute standen rum und wir haben auf den Arbeitszettel eine Stunde geschrieben, obwohl die Maschinensetzer zwischendrin wieder ne viertel Stunde gearbeitet haben, weil die Geschäftsleitung sollte erst um viertel nach vier eintreffen und um halb vier war die erste Zusammenkunft, aber die anderen, also Metteure und Anzeigensetzer, die sind einfach stehengeblieben und haben zum Fenster rausgeguckt.

Der Rupprecht erschien und sagte: „Herr Scheffel, was machen Sie hier?" und da sagt der Scheffel: „Ja, ich bin hier. Ich bin angefordert worden, wenn Sie wollen, können Sie die Polizei holen und mich raustragen. Das wird dann ne einstweilige Verfügung." Der Rupprecht, das ist son junger, mit nem Bart, immer ganz elegant gekleidet, ein Juniorchef halt, der der sagte dann: „Ich nehme es zur Kenntnis!" und rauschte wieder ab.

Die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft wird gut, als der Scheffel sagte, Polizei, wegbringen und dann einsweilige Verfügung und all so ein Scheiß — sie ham immer zum Fenster rausgeguckt, ja wann kommt die Polizei.

Also, es kam keine Polizei, es kam aber um viertel nach vier die Geschäftsleitung.

Man verlas die Gegendarstellung. Man verlangt diese Anzeige genauso groß. Dieser Britsch, der Redakteur, hat das schon ganz gut formuliert, das wurde allgemein empfunden. Allerdings wurde ein Satz gestrichen, ein Satz, in dem von den Gewinnen der Unternehmer die Rede war. Der, dem der ganze Kram gehört, der Winfried Knorr, hat gesagt, man müßte dann auch sagen: nicht nur Gewinn, sondern auch Verlust der Verleger. Es hat sich ein Geplänkel zwischen den Arbeitern, dem Betriebsratsvorsitzenden Michler und der Geschäftsleitung entspannt; der Britsch war ganz still. Dr.Schulz von der Heidelberger Verlagsanstalt hatte ein paar einleitende Worte gesagt: „Also hier ist der Winfried Knorr." Der sagte das mit diesem Satz, nicht nur Gewinn, sondern auch Verlust, und dann kam sein Bruder, der Chef von der Anzeigenleitung, und fuggelte mit dem Anzeigenpreis.

Es ging erst um die Hälfte, und dann sagt er: gut — Null. Allgemeiner Beifall. Das fand ich sehr beschissen. Man hätte auch bezahlt. Man hätte halt mehr als zwanzig Mark bezahlen müssen, aber man hätts gemacht. Von diesem Drive, daß man die Anzeige selbst bezahlen wollte, ging das Ganze halt los.

Es gibt einen Betriebsrat, der hat darauf bestanden, daß der Satz drinbleibt. Ein guter Mann. Der hat gesagt: die haben geschrieben, was sie wollen, warum können wirs nicht auch. Aber diese Leute, die Kollegen, verlieren halt sehr ungern Geld, und da hat man diesen Satz ganz gestrichen. Und deshalb wird die RNZ vorläufig vom Streik verschont bleiben.

Wenn ne Aussperrung kommt, da ist bei uns schon beschlossen worden, wir lassen uns dann wegschleppen.

Also was soll ich noch sagen: alle waren zufrieden und gingen an ihre Arbeit zurück.

Kontakt über: Heidelberger Rundschau, Postfach 102860, Hauptstraße 65, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/22017



ROOS/SCHULZ — EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT 1. März *Im Preungesheimer Knast zogen sich am 27. Februar und 1. März der 10. und 11. Verhandlungstag gegen Detlef Schulz und Johannes Roos in die Länge. Die beiden sind angeklagt, im Mai 1976 im Sprendlinger Wald einen Polizisten erschossen und einen weiteren verletzt zu haben. Noch einmal zum bisherigen Prozeßgeschehen: keiner der Belastungszeugen hat bisher im Gerichtssaal Johannes Roos als einen der Täter erkennen können; sämtliche Personenbeschreibungen sind ihm ausgesprochen unähnlich. Detlef Schulz gab am 9. Verhandlungstag eine Erklärung ab, daß er in Sprendlingen dabei war, aber nicht geschossen hat. Nachzulesen ist das alles in den IDs 198, 205, 209 bis 218.*

„Dies ist kein Landgerichtsprozeß, sondern ein Gruselkabinett — absurd, total verrückt. Spinn ich? Oder die? Seit Wochen mühe ich mich redlich, halbwegs wenig polemisch über diesen Prozeß zu berichten. Das fällt mir schwer.

Jemand im ID hat kritisiert, daß Prozeßberichte immer so voreingenommen sind. Richter werden regelmäßig — und ebenso platt — als böswillig, schweinisch dargestellt. Dieser Richter hier ist nicht böswillig, sondern unfähig, überfordert, vertrottelt und verbohrt. Er schläft, bringt die Akten durcheinander, ist dann wieder überempfindlich und dem Prozeß einfach nicht gewachsen. Dazu ein Oberstaatsanwalt, von dem ich denke, daß er jeden Morgen statt der Bettdelcke den Sargdeckel hochklappt und der auch so redet — trocken, verstaubt und dümmlich. Ein Staatsanwalt, der aussieht wie Pomade riecht, und Schöffen, die in redlicher Arbeit grau und eingetrocknet gemacht worden sind. Sie sind gefährlich, weil sie sich — auch unbewußt — für einen Staatsschutzprozeß mißbrauchen lassen.

Und sie alle, von denen ich mir immer wieder klarmachen muß, daß sie Menschen aus Fleisch und Blut sind, scheinen ohne Ohren auf die Welt gekommen zu sein. Ich denke, sie wollen Johannes Roos verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft hat heute zwei weitere Belastungszeugen aufmarschieren lassen, die an der Sprendlinger Kiesgrube dabei waren. Die Rentner Wicht und Lichtlein. Zwei Kriegsversehrte, die damals bei Stalingrad oder sonstwo zusammengehauen worden sind, mit Arm-, Augen- und was weiß ich für Prothesen. Die aber — wie auch und was bleibt ihnen sonst übrig in dieser Scheiße — ihre stinkreaktionäre Weltsicht tapfer beibehalten. Ich kann diese beiden Menschen und ihre Vernehmung nur zitieren.

Der Rentner Wicht hat während der Schießerei auf einer Bank gesessen. Dreißig Meter — meint er — entfernt. Er hat dagesessen und zugeguckt, wie bei einem Krimi in der Glotze. Und seine Vernehmungen hat er auch als Krimi empfunden. Ein Kripo-Beamter sagt als Zeuge über ihn, Wicht hatte Verfolgungswahn gehabt, öfter angerufen und gesagt, in dieser oder jener Kneipe sitze der Täter. Der alte Mann beschwert sich auch bitter, man habe ihm nie geglaubt, daß er den Täter gesehen habe. Aber das sei ja nicht seine Schuld. Es geht das Gerücht um, daß Frührentner Wicht in Sprendlingen als ständiger Denunziant bekannt ist. Warum er denn einfach auf der Bank sitzengeblieben sei? Das sei doch gefährlich gewesen? „Mir konnte ja nichts passieren, ich hatte ja ein rotes Hemd an!" — Wie, was, ein rotes Hemd? — „Na ja, die dachten vielleicht, ich wäre einer von ihnen. Auch so ein Terrorist, Kommunist oder Sozialdemokrat, auf die eigenen Leute schießen die doch nicht." Schluck — Richter Spahn, ein Beisitzender Richter und mindestens einer der Schöffen sind in der Darmstädter SPD.

Wicht bei der Befragung durch die Anwälte: „Von Ihnen laß ich mich doch nicht ... Merken Sie sich das ... Dem hohen Gericht sag ich die Wahrheit, aber bei Ihnen ..." Als ihn OStA Waldschmidt dann von der Fragerei erlöst, dreht er sich zackig und erleichtert um, als ob er endlich sein zuhause gefunden hätte: „Sie sind sicher der Oberstaatsanwalt!" Weiter: „Herr Richter, Sie haben wohl die falschen Akten." (zu einem Vorhalt aus den Akten).

Totales Wirrwarr, Wicht ist durcheinander, schafft es nicht, das zuzugeben. Auf welcher Seite vom Polizeiauto hat sich damals die Schießerei abgespielt? Auf der Fahrerseite, sagt er. Richter: „Herr Wicht, auf welcher Seite ist beim Auto das Steuer?" Wicht: „Wofür halten Sie mich?" Ob Rentner Wicht seine Beurteilung durch BKA-Ober-Ermittler Freimuth kennt? Der schrieb, Wicht sei als Zeuge völlig ungeeignet. Wicht fühlt sich dennoch wichtig.

Es folgt der Freund von Wicht, Rentner Lichtlein. Der hat sich gescheiterweise bei Beginn der Schießerei hinter die Bank geschmissen. Gesehen hat er trotzdem alles. Er war eben auch dabei. Seine Beschreibung weicht erheblich von denen aller anderen Zeugen ab. Zum Schluß stellt sich heraus, daß er wegen einer einseitigen Augenprothese nicht räumlich sehen und somit kaum Entfernungen schätzen kann.

Es ist ein Drama, zu beobachten, wie Staatsanwaltschaft und Gericht versuchen, den beiden Männern doch noch etwas zu entlocken, womit die Angeklagten belastet werden könnten. Daß Detlef Schulz geschossen hat, hat keiner von beiden gesehen. Sie vermuten es. „Das ist doch klar, wenn die beiden anderen es nicht waren!" Auf die Idee, daß die Kugel aus der Waffe von Polizist Korol stammen könnte, sind sie nie gekommen. Ein Polizist erschießt keinen Polizisten, auch nicht aus Versehen, das tun nur Terroristen, Kommunisten und SPDler. Na klar.

Rentner Lichtlein hat nach der Schießerei die Patronenhülsen vom Boden aufgesammelt und sie später auf Bitten der Polizei wieder da hingepackt, wo er sie ungefähr weggenommen hatte. Es waren aber nur zwei, meint er, und die habe er ganz vorsichtig angefaßt. Liebe Güte. Hilfsbereit sind sie, die Herren Wicht und Lichtlein.

Mit dem Erkennen von Detlef bei der Gegenüberstellung in Straßburg ist das auch so eine Sache. Wicht hat sich gefreut, mal wieder nach Straßburg zu kommen. Erkannt hat er jemand anders als Detlef. Später, draußen, da hat er Detlef doch noch — „auch" sagt er — erkannt.

Im Zuschauerraum wird gekichert. Irgendwo muß die Wut bleiben. Jemand neben mir sagt: „Gehen wir doch nach Hause. Und den Johannes und Detlef nehmen wir mit." Draußen scheint die Sonne.

Mittagspause.

Wir kommen wieder und kriegen vor dem Gefängnis mit, daß Robert Jarowoy entlassen wird. Gegen Kaution. Aber er ist frei — raus aus dem Gefängnis.

Verdammte Pest. Das Trauerspiel geht weiter. Vernommen wird ein damaliger vernehmender Beamter — Stolbinger. Viel bringt das nicht. Er berichtet, was sich im Gefängnis Limburg abgespielt hat, als Johannes vom Fenster aus heimlich von vier Zeugen beim Hofgang beobachtet wurde. Johannes habe davon nichts gewußt. Er, Stolbinger, finde diese Methode prima und werde sie weiterpraktizieren. Daß diese tolle Methode laut Strafprozeßordnung nicht zulässig ist, stört ihn und das Gericht überhaupt nicht.

Keiner der Zeugen wird vereidigt.

Der Oberstaatsanwalt will immer noch eine Tatortbesichtigung. Niemand außer ihm hält das für wichtig. Ich wünsch', daß es in Strömen gießt, wenn er sie doch noch bekommt.

Vom 10. Verhandlungstag weiß ich nicht viel, weil ich da nicht hin konnte. Vernommen wurde die damals 15jährige Freundin des Hauptbelastungszeugen Spriestersbach. Sie wird mir als verschüchtert, leise und ängstlich beschrieben. Ihr Freund Spriestersbach habe ihr gesagt, meint sie, „die im Gericht seien sehr streng". Sie kann sich an fast nichts erinnern. Den Johannes erkennt sie im Gerichtssaal nicht wieder. Detlef „etwas sicherer". Sie sagt, daß sie damals unter Schock stand, daß sie geheult und gezittert habe; ihre Mutter wollte sich auch noch für ihre Anwesenheit am Tatort verprügeln. Das hat die Polizisten aber nicht gehindert, sie über sieben Stunden zu vernehmen.

Zum ersten Mal in diesem Prozeß wird einem Antrag der Anwälte teilweise stattgegeben: die Zeugin hatte Johannes auf Photos erkannt und auch bei der Gegenüberstellung in Limburg. An die Gegenüberstellung in Heusenstamm erinnert sie sich nicht mehr. Da diese Gegenüberstellung von Richter Schlottmann ohne Anwalt durchgeführt wurde, soll sie nicht verwertet werden.

Weiterverhandelt wird vermutlich am 8. und 10. März."

Informationen über Termine u.a. gibt es beim ID, Tel. 0611/704352

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorff**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

SIE HABEN ANGST VOR IHREN EIGENEN GERICHTSURTEILEN

ESSEN
24. Februar

Am Samstag, dem 18. Februar, sind zwei Leuten vom GEGENDRUCK aus Essen 30 Exemplare des Gerichtsurteils gegen Gerd Schnepel beschlagnahmt worden. Wie's dazu kam, schildern die beiden:

„In der Nähe von Limburg taucht vor uns ein langsam fahrender MEK-Konvoi aus drei Fahrzeugen auf. Dieser hat offensichtlich auf uns gewartet: die Typen sehen aus dem Rückfenster und geben Gas, als wir kommen. Sie dirigieren uns auf den Randstreifen der Autobahn, sechs Mann mit Maschinenpistolen bauen sich um uns auf. Nach der Personenkontrolle durchsuchen sie das Auto, weil „Gefahr im Verzug" sei. Daß Gefahr im Verzug ist, wenn sechs Typen um dich stehen, Finger am Abzug - gut, das finden wir allerdings auch.

Und dann wird beschlagnahmt: 30 Exemplare des Gerichtsurteils gegen Gerd Schnepel (7. Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth, Geschäftsnummer 7 KLS 91 Js 8959/76), worin dieser zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wird, weil er a) verantwortlicher Geschäftsführer der Buchhandlung Politladen Erlangen war, als ein CSU-Spitzel ein „Anarchistisches Kochbuch" kaufte, und weil er b) verantwortlich gewesen sein soll für den Druck des Buches „Der Kampf gegen die Vernichtungshaft", ein Buch, das sich ausführlich dokumentarisch und natürlich bewertend mit den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD befaßt.

Dieses vervielfältigte Gerichtsurteil ist also in sich offensichtlich schon wieder ein Straftatbestand - es werden in diesem Urteil Passagen aus den inkriminierten Büchern als „Beweismittel" zitiert. Wir als Drucker haben zur Kenntnis zu nehmen: Wenn wir was „falsches" drucken, werden wir wie die Agit-Drucker in Berlin in lange U-Haft genommen und/oder kriegen zwei Jahre Knast - damit ist's aber nicht zu Ende: für ein „im Namen des Volkes" deutsches Gerichtsurteil handeln wir uns dasselbe gleich nochmal ein !?

Kontakt: Gegendruck, Wehmenkamp 27, 4300 Essen, Tel.: 0201 / 79 16 56

„KINDER, MACHT NICHT SON THEATER MIT DEM GELD!"

– ZU DEM POHLE-PROZESS –

MÜNCHEN
2.März

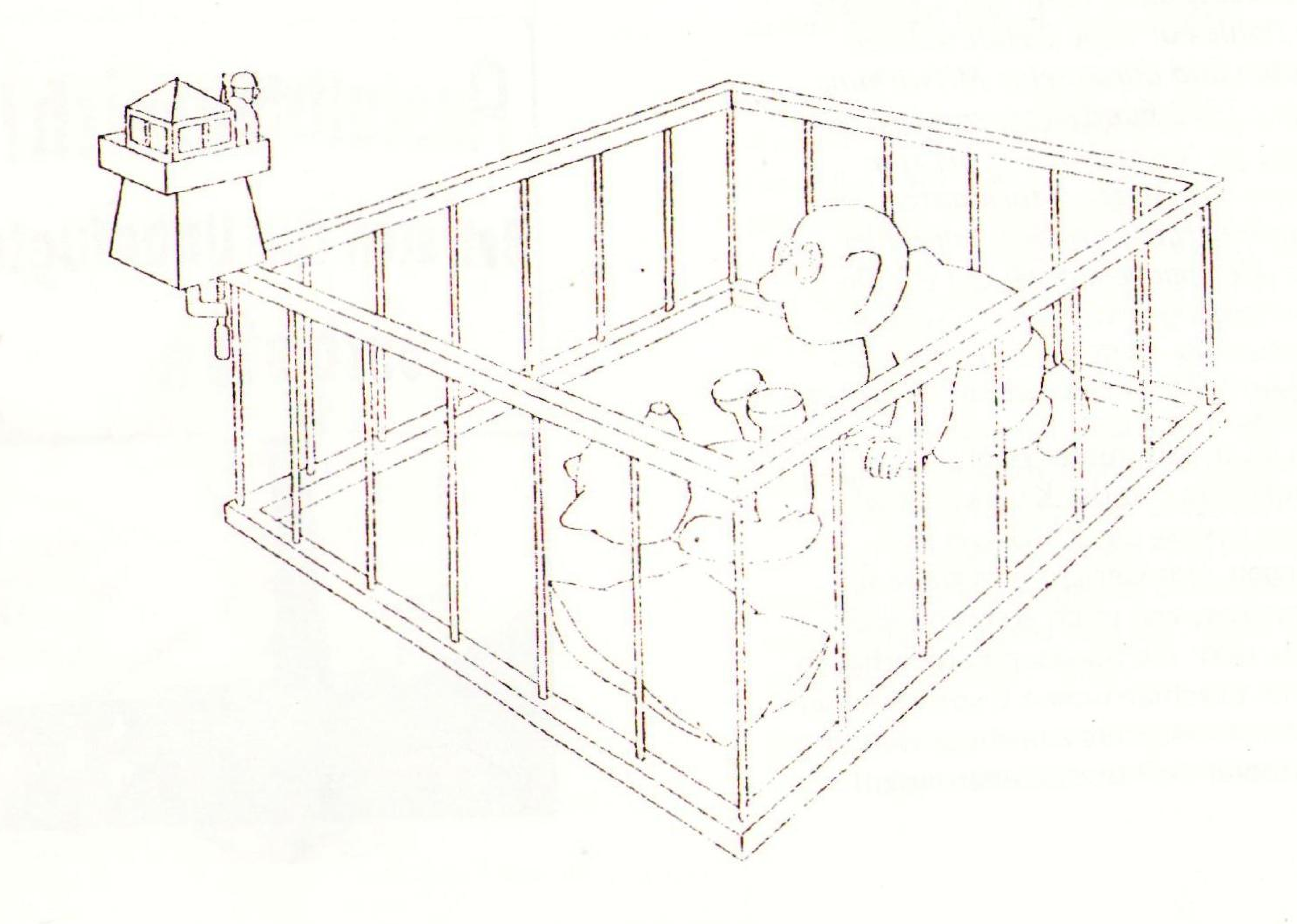
Im hervorragend kontrollierten Sitzungs-Bunker A 101 des von allen Seiten bestens bewachten neuen Justizpalastes hat zur Zeit in München die 20.Strafkammer über eine Anklage zu entscheiden, die an Absurdität, an Frechheit und auch an Lächerlichkeit nur noch durch die Schadensersatzforderungen gegen Anti-AKW-Demonstranten übertroffen wird.

Am 3.März 1975, 1 Stunde vor dem Ausflug der 5 Genossinnen und Genossen in den Jemen, hatten hyperschlaue Kripos versucht, die Forderung der Lorenzentführer nach Überbrückungsgeld in Höhe von 120.000 Mark zu drücken und nur 100.000 auf den Tisch gelegt. Rolf Pohle als „Wortführer der Gruppe" habe dann das Geld nachgezählt und auf den restlichen 20.000 bestanden. Mit der ungeheuren Drohung: „Das ganze Geld her – oder wir bleiben!" – soll er die Bundesrepublik Deutschland ‚räuberisch erpresst'haben.

Immerhin hatte Herr Dr.Steinke vom BKA die letzte Mitteilung der Entführer,die Nr. 5, extra für die im Haftraum des Frankfurter Flughafens versammelten Gefangenen ins Reine getippt, worin ausdrücklich stand: „dem Genossen sind die geforderten Gelder auszuhändigen (120.000 Mark)". In Klammern: 120.000 Mark. Warum also das Geschiss um die läppischen 20.000?

Als der Areopag in Athen noch zögerte, dem bundesdeutschen Druck nachzugeben und den ‚politischen' Pohle auszuliefern – gemäß den deutsch-griechischen Auslieferungsbestimmungen – sollte diese neue Anschuldigung den Druck verstärken und die Auslieferung beschleunigen. Außerdem droht uns allen im Juni 1979 die Freilassung Pohles. Da dieses nationale Unglück nicht mehr in allzu weiter Ferne liegt, mußten die bayrischen Freistaats-Bürokraten schnell noch einen nachlegen, um ganz sicher zu gehen, daß Rolf Pohle nicht vor Einführung der Sicherungsverwahrung legal aus ihren Prachtbauten herauskommen kann.

Damit Rolf Pohle im Juni 79 genauso ‚Frei' ist, wie es Irmgard Möller jetzt schon wäre, wenn man nicht eine neue Anschuldigung nachgeschoben hätte, tanzen also im Prozeß alle die Bullen an, die bezeugen können, wie Pohle die BRD räuberisch erpresst hat.



Zum Beispiel der Herr Ortlauf, von der Frankfurter Kripo, der zuständig war für die Geldübergabe. Seine Befehlszentrale hatte ihm den Koffer mit 120.000 Möpsen übergeben und ihn angewiesen, „das Geld auszuzahlen". Herr Ortlauf hat dann, bevor er sich in den Haftraum begab, schnell noch 20.000 herausgenommen, weil... er sei davon ausgegangen, pro Person 20.000! und so auch die anderen.

Sonny-BoyWertz vom hessischen LKA nennt das Kriminaltaktik, Herr Ortlauf schlicht sparen, nennen wir es dumping oder schachern. Pfarrer Albertz, der sich auch in dem Haftraum befand, fand es lästig und überflüssig. Er war über diese Verzögerung verärgert: „Kinder macht nicht son Theater mit dem Geld", hat er die Beamten ermahnt (oder auch nur gedacht), dem Vorgang dann aber keine weitere Bedeutung beigemessen. „Ich konnte ja nicht ahnen, daß ich deshalb noch vor Gericht müßte." Ein „Wortführer Pohle" ist ihm nicht in Erinnerung, die Gruppe sei geschlossen aufgetreten. Wenn jemand das Wort geführt habe, dann eher Ina Siepmann — im Flugzeug.

Überhaupt dieser Albertz: wohltuend abstechen tut er von diesen subalternen Befehlsempfängern aus der Polizei-Hierarchie, die selbst in diesem weltbewegenden Augenblick noch das Geld quittiert haben wollten. Kommt doch zusätzlich durch ihn heraus, daß die Gefangenen nicht sofort ihren „Anteil' an sich gerissen haben, wie alle Kriminaler bisher aussagten; das Geld habe während des ganzen Fluges in einer dieser wunderschönen Plastik-Tüten auf einem Sitz gelegen.

Zu allem Überfluß bestätigt Herr Folger, leitender Kriminaldirektor beim BKA: es war klar, daß die Forderungen erfüllt werden, im Krisenstab sei über das Geld nicht gesprochen worden.
Also für jeden alles klar? — Nein, sagt Herr Gorius von der Kripo Frankfurt, die letzte Mitteilung der Entführer sei erst nach der Geldübergabe, um 9.31 h, eine halbe Stunde vor Abflug über den Fernschreiber getickert. Deshalb habe man von der ersten (!) Mitteilung ausgehen müssen...

Rolf Pohle wohnt der Verhandlung nicht bei. Am ersten Tag zwangsweise vorgeführt, tritt er mit weißer Maske auf und sagt ruhig und monoton immer wieder:
MENSCHENRECHTE FÜR ALLE GEFANGENEN , HIER UND ANDERSWO — GEGEN KNAST IM KNAST, WEISSE FOLTER UND MORD — bis er vom Prozeß ausgeschlossen wird. Seine Haftbedingungen sind wie die mancher Anderer unter aller Sau. Seit 26.10.77, 7 Tage nach Aufhebung der Kontaktsperre, hat die Anstalt Straubing die Total-Isolation verhängt. Die Begründung dafür folgt fast 3 Monate später: *„Der Strafgefangene Pohle hat seine Gefährlichkeit nicht nur durch seine Straftaten und durch seine Mitwirkung an seiner „Befreiung" im Jahre 1975 kundgetan, sondern auch durch konspirative Betätigung im Normalvollzug bis zum September 1977 bestätigt; zum Schutz der Informanten, die der Anstalt vertrauliche Hinweise gegeben haben, kann hier weder auf die Personen dieser Gefangenen, noch auf die Details der Bestätigung Pohles eingegangen werden. Es wird jedoch versichert, daß die Angaben die Gefährlichkeit des Gefangenen hinlänglich bestätigen."*

Und in dieser Isolation ist er halt immer noch, auch wenn er hier in München-Stadelheim mit der Krankenabteilung Hofgang machen darf. Ein Antrag der Pflichtverteidigung gilt diesen Haftbedingungen. Das Gericht gibt diesem Antrag statt und bestellt Gutachter, was mich erstaunt, weil ich es nicht mehr gewohnt bin, und: die Staatsanwälte erheben keinen Einspruch. Die‚gezielten psychiatrischen Explorationen' des nach Stadelheim entsandten Gutachters allerdings werden von Rolf mit einem „Verschwinden Sie" und „Zellentür zu!" verhindert. Die Folgen von Isolationshaft sind schließlich seit Jahren bekannt und jetzt endlich auch anerkannt. Das Gericht hätte sehr wohl die Möglichkeit gehabt, Pohles Haftbedingungen zur Bedingung für das Stattfinden des Prozesses zu machen. Es hat sich da aber rausgehalten. Jetzt im Prozess ist es bemüht; die Verhandlung wird ruhig und bestimmt geführt.

Währenddessen kommt der Pflichtverteidiger Günther Maull — ebenso wie seine Kollegen in Stammheim und anderswo — in den Genuß einer peinlich genauen Kontrolle, als er Rolf besuchen will. Er darf seine Schuhe ausziehen und muß die Hose runterlassen, damit der Beamte mit dem Metall-Detektor genauestens untersuchen kann, ob nicht metallene Gegenstände unter der Hose verborgen sind. Günther Maull „überläßt es dem Gericht, sich die wohl nur als unwürdig zu bezeichnende Position eines in Strümpfen mit herabgelassener Hose auf dem Fußboden stehenden unabhängigen Organs der Rechtspflege auszumalen und in Beziehung zu setzen zu Artikel 1 Abs. 1+2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, wo normiert ist: die Würde des Menschen ist unantastbar".
Er ist nicht mehr bereit, sich noch einmal einer solchen Prozedur, einem „wohl nur als einem Nötigungsnotstand vergleichbaren Tatbestand" zu unterwerfen, da das nur als völliger Unsinn bezeichnet werden kann, weil Pohle jedesmal vor und nach einem Besuch seine Kleider gewechselt bekommt (wo sich dann auch einmal eine Rasierklinge in der Tasche befand).

„Ein wohl narrensicheres System also, um zu gewährleisten, daß auf dem Weg über Besucher oder Verteidiger bzw. auf dem Gang von und zur Besuchszelle der Gefangene nicht mit unerlaubten Gegenständen versehen werden kann." Er beantragt, den Prozess auszusetzen, bis die Prozedur abgeschafft ist oder die Sache dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen, oder ihn von der Verteidigung zu entbinden.

Der Vorfall sei bedauerlich, aber leider nötig, aufgrund der Vorkommnisse der letzten Zeit, mault die Staatsanwaltschaft dagegen. Die Entscheidung ist vertagt.

Näheres zum Pohle-Prozeß:
Kollektiv Rote Hilfe München, Nietzschestr. 7b
8000 München 90





DAS GERICHT SOLL BEIM BUBACK–NACHRUF–PROZESS FÜR EINEN GROSSEN SAAL SORGEN

GÖTTINGEN
28. Februar 78

Um zu verhindern, daß beim Göttinger Buback–Nachruf–Prozeß die Öffentlichkeit wegen eines zu kleinen Saales nicht an der Veranstaltung teilnehmen kann, ruft die Gewaltfreie Aktion Göttingen zu einer Unterschriftensammlung auf. Die Unterschreibenden geben dem Gericht zu erkennen, daß ein großes öffentliches Interesse am Prozeß besteht. In einem Brief ans Gericht heißt es:

In Sorge um die Zukunft unserer Freiheitsrechte und in Sorge um die Unabhängigkeit von deutschen Gerichten angesichts der öffentlichen Verleumdungs– und Verdrehungskampagnen gegen die Angeklagten und letztlich alle kritischen Intellektuellen und Gewerkschaftler usw. haben wir Unterzeichner uns entschlossen, an der Verhandlung am 6., 8., 10., und 15. März 1978 teilzunehmen. Wir bitten das Gericht, dem von ihm konstatierten öffentlichen Interesse an diesem Prozeß u.a. dadurch Rechnung zu tragen, daß es die Verhandlung in einen Saal verlegt, in dem auch wir als besorgte Bürger Platz haben.

Wer das unterschreibt, der möge es bitte an Hajo Karbach, Speckstr. 8, 3400 Göttingen schicken. Der Artikel eines Göttinger Mescaleros, um den es geht, steht im ID 178!



PROZESS GEGEN DREI TEGELER DACHBESETZER

BERLIN
28.Februar 78

Am 1. Mai 1977 hatten drei Gefangene das Dach des Tegeler Gefängnisses besetzt. (Bericht und Erklärung der Gefangenen s. ID 176) Die Staatsanwaltschaft Berlin hat die drei der gemeinschaftlichen Sachbeschädigung, der Zusammenrottung und des Widerstandes gegen Staatsbedienstete angeklagt. Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Prozeßbericht der Knastgruppe Wedding. Am ersten Prozeßtag wurden die drei Angeklagten gehört.

Zunächst Jürgen Ische:
Der Auslöser für seinen Entschluß, aufs Dach zu steigen, war die Radiosendung über den "Selbst"mord von Horst Rakow. Horst Rakow machte nach über 5 Jahren U-Haft in Moabit (davon 4 1/2 Jahre "strenge Einzelhaft") seinem Leben ein Ende, weil er – mit Aussicht auf weitere Jahre U-Haft – seelisch und körperlich gebrochen war. Sein Strafantrag wegen Mordes (an ihm) gegen die für die Vernichtungshaft Verantwortlichen führte zu der amtlichen Feststellung, daß kein Fremdverschulden vorläge. Kommentar der Justizpressestelle: "Bei diesem Selbstmord handelt es sich um keinen erschreckenden Vorfall. Rakow hat die 5 jährige Untersuchungshaft durch Ausschöpfen des Rechtsweges selbst verursacht." (!)

Dadurch war Jürgen emotional aufgepeitscht; es fand ein Treffen in seiner Zelle statt, wo Gefangene die Mißstände im Knast besprachen und die 56 Forderungen aufstellten. Um diese Forderungen der Öffentlichkeit zu vermitteln, sind die drei aufs Dach geklettert – als Notwehraktion, denn der formale Weg hat sich oft genug als sinnlos herausgestellt. Jürgen, der als einziger der drei in Moabiter Einzelhaft sitzt, ist ziemlich erschöpft und unterbricht seine Aussage.

Als nächster berichtet Gert Brall über die Knastsituation.

Auf Befragen seines Anwalts berichtet er, wie es ihm in Moabit ergangen ist: Nachdem ein Anstaltsleiter in Westdeutschland die Verantwortung für sein Leben abgelehnt hatte, wurde er im Mai 1976 nach Berlin–Moabit eingeflogen. (Gert hatte Messer und Gabel geschluckt und noch im Bauch.) Wen er nicht sah, war ein Arzt. Als er seine Forderung nach einem Arzt durch Zerschmeißen eines Tellers unterstrich, wurde er verprügelt und in den Keller geschleift. Erst nach vier Tagen, als schon akute Lebensgefahr bestand, wurde er operiert. Vier Tage nach der Operation wurde er wegen seiner Forderung nach frischer Wäsche (ohne Rücksicht auf seine Wunde) erneut zusammengeschlagen (im Knastkrankenhaus). Seine Anzeige hatte, wie üblich, keinen Erfolg.

Als Gert nach langem Hin und Her und tausend Versprechungen freiwillig vom Dach runterkam, wurde er dermaßen verprügelt, daß man ihn 14 Tage in eine Spezialzelle stecken mußte, damit keiner sehen konnte, wie er aussah. Sein Blutkreislauf mußte mit Spritzen aufrechterhalten werden, das war die einzige ärztliche Behandlung.

Nach der Dachbesteigung hat Gert 3 Wochen Bunker und 6 Wochen Isolation gekriegt. Gert schlägt dem Richter vor, sozusagen als Praktikum, sich auch mal in den Bunker sperren zu lassen. Auf den Beifall der Zuschauer hin droht der Richter, den Saal räumen zu lassen. Die Richter haben die ganze Zeit versucht, die Vernehmung abzukürzen (so, nun nehmen Sie wieder Platz ...), was sich die Angeklagten und die Verteidigung aber nicht gefallen ließen.

Bernd Brzozowski wird als dritter Angeklagter befragt. Er sagt, daß entgegen dem im Strafvollzugsgesetz enthaltenen Resozia-

lisierungsgedanken die Realität im Knast so aussieht, daß der Gefangene keinerlei Rechte hat und ständig mit Verfügungen und Verordnungen terrorisiert wird. Die Gefangenen werden nicht als Menschen behandelt.

Zwei Beispiele:

Ein fast schon toter Mitgefangener wurde durch die Mund-zu-Mund-Beatmung eines anderen Gefangenen gerettet, dann aber von den Sanitätsbeamten weggestoßen, weil ein Sauerstoffgerät kommen sollte. Als das Sauerstoffgerät 10 Minuten (!) später kam, war der Gefangene tot.

Der Gefangene Peter Beu, dessen Bruder gestorben war, durfte nur in Handschellen und bewaffneter Begleitung zur Beerdigung, obwohl er vom Gesetz her bereits urlaubsfähig war. Nach einem Nervenzusammenbruch und Krankenhausaufenthalt wurde er in eine Einzelzelle gesteckt, obwohl andere Gefangene sich bereit erklärt hatten, ihn in ihre Zelle mit aufzunehmen, was auch er wollte. Als Peter nach 14 Tagen durchdrehte und seine Zelle in Brand steckte, wurde er für 5 1/2 Monate in den Bunker gesperrt.

Zur Dachbesteigung sagt Bernd, daß er nur aufgrund des Ehrenworts des Hausleiters Mayer runtergekommen ist, daß er nach Verhandlung über die Forderungen wieder rauf dürfte. Es wurde aber gar nicht verhandelt, es ging nur darum, die Gefangenen mit allen Mitteln vom Dach zu kriegen.

Im Bunker hat Bernd dann Gallenkoliken gekriegt, aber ein Arzt war mal wieder nicht da, der Sani behandelte ihn als Simulant, obwohl er bereits Blut gekotzt hatte. Erst nach einigen Tagen starker Schmerzen und einigen Fehldiagnosen ("Bliddarmreizung") wurde er behandelt, aber auch nicht richtig.
Auf die Frage, ob bis heute schon Forderungen erfüllt worden seien, sagt Bernd, daß alles nur noch schlimmer geworden ist. Auf die weitere Frage, wann denn seine Gallensteine festgestellt wurden, sagt er, daß die ganze Geschichte 8 Monate gedauert hat, bis dann ein Psychologe darauf gekommen ist, daß seine Symptome auf Galle schließen lassen!

Der Prozeß wird voraussichtlich nicht vor September fortgesetzt werden.

Kontakt: Knastgruppe Wedding, c/o Der andere Laden, Bellermannstr. 1, 1000 Berlin 65

Dokumentation über den "Selbst"mord Horst Rakows: Herausgegeben von AG Spak, Friesengasse 13, 1000 Berlin 61.



NEUE DIMENSION VON ZENSUR

FRANKFURT
28. Februar

Ein Untersuchungsgefangener in Wuppertal hat den Gedicht band "Strafjustiz", herausgegeben von Wolfgang Bittner, bestellt; erhalten hat er ihn nie. Das Landgericht Wuppertal mochte den Band nicht an den Gefangenen aushändigen, da er zwar von "einer Vielzahl von Problemaufsätzen mit zum Teil richtigen Ansätzen" handele, andererseits aber "bedauerlicherweise ... mit Äußerungen angereichert sei, die Verbrechen ganz allgemein verherrlichen und von angeblichen Straftaten staatlicher Organe gegenüber ... Straf– und Untersuchungsgefangenen berichten". So die 5. Strafkammer Wuppertal in ihrem Beschluß.

Als eine solche bedauerliche Äußerung wurde die Seite 116ff. des Gedichtsbandes genannt. Dort findet sich ein Aufsatz mit dem Titel "Auf der Flucht erschossen". In diesem Aufsatz wird von vorgedruckten Formularen für in Konzentrationslagern um's Leben gekommene Gefangene geschrieben. Diese Formulare geben als Todesursache "auf der Flucht erschossen" an. Für das Landgericht Wuppertal sind dies "angebliche Straftaten staatlicher Organe". Zwar gab es diese Formulare tatsächlich, aber man will es nicht wahrhabe

Aber es kommt noch besser:
Verfasser ist Fritz Bauer. Im Biographischen Verzeichnis des Buches findet sich: Bauer Fritz. 1903 – 1968 Dr. jur, 1933 Verhaftung KZ, 1936 Emigration, später Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main.

Zur Information für diejenigen, die Fritz Bauer nicht kennen: Er war einer der führenden Reformjuristen in der BRD und wohl einer der Engagiertesten bei der Aufklärung von NS–Verfahren.

In § 3 des Vollzugsgesetzes heißt es:

"Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden".

"Der Vollzug ist darauf auszurichten, daß er dem Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern."

In der Kommentierung zu diesem Gesetz liest man, es handelt sich um Mindestgrundsätze, "minima moralia". Nicht nur für politische Gefangene, sondern auch für "normale" Gefangene sieht die tagtägliche Realität freilich ganz anders aus, als auf dem Gesetzespapier.

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt hat in einem Anhang zur Hausordnung vom 18.1.78 seiner Phantasie von allgemeinen Lebensverhältnissen, von Leben in der Freiheit Ausdruck verliehen:

1. Zu umfangreiche Bücher lesen, kann nur schädlich sein: Deshalb Nr. 2 der Hausordnung: "Der Umfang der Bücher wird auf maximal 50 cm Breite begrenzt."

2. Du sollst Dich nicht an die Geschehnisse Deines Lebens erinnern dürfen, Du sollst nicht nachdenken:
Deshalb Nr. 3 der Hausordnung: "Die Korrespondenz darf im Umfang von höchstens 3 normalen Leitzordnern in dem Haftraum vorhanden sein."

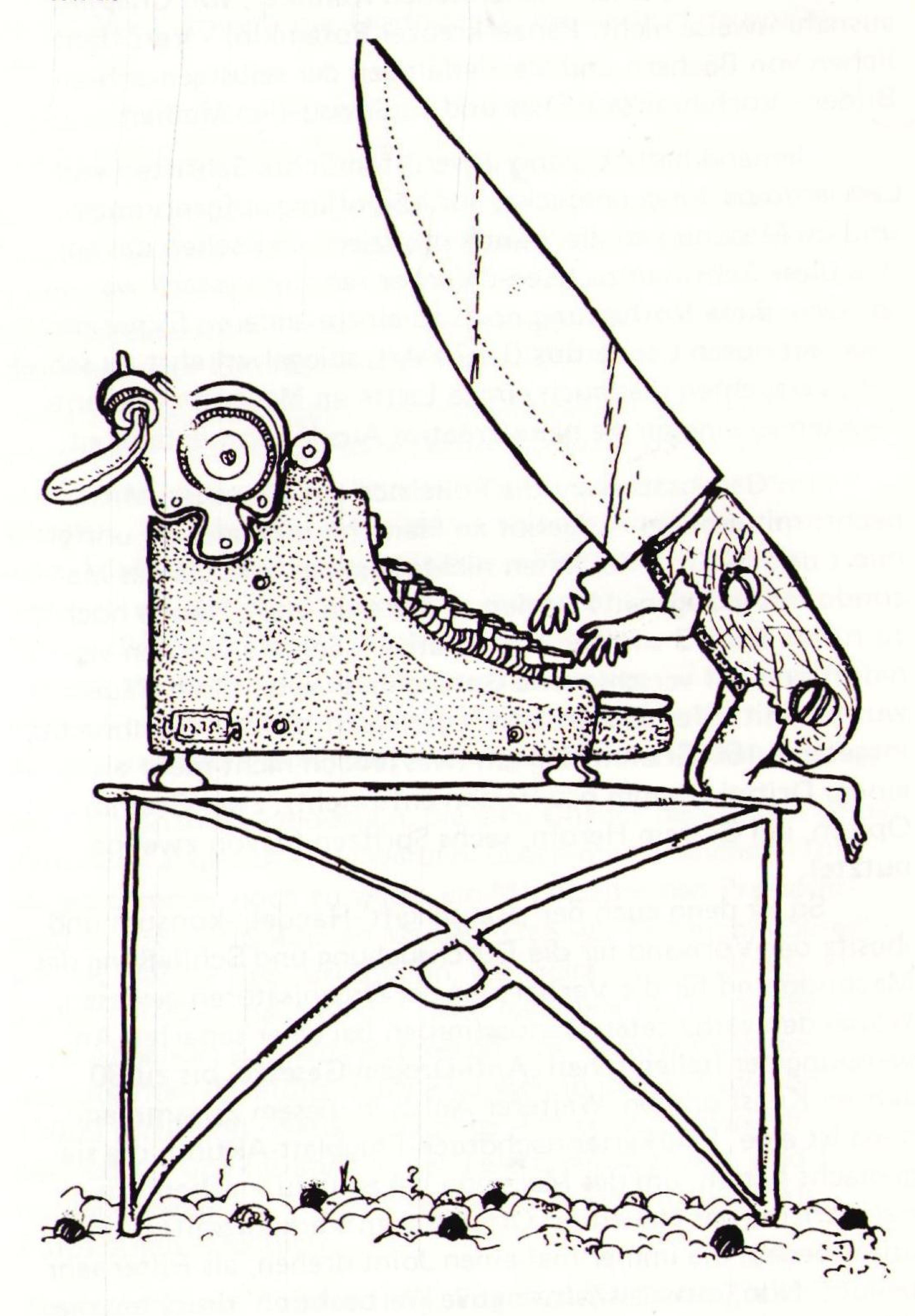
3. Du sollst Zeitungsmeldungen nicht s a mmeln, damit Du kein Verhältnis zur Geschichte Deines Volkes bekommst.
Deshalb Nr. 4 der Hausordnung:" Zeitschriften dürfen einen Monat, Tageszeitungen dürfen eine Woche in der Zelle aufbewahrt werden."



4. Du sollst triste leben, Deine Augen sollen nur grau in grau sehen.
Deshalb Nr. 5 der Hausordnung: "Das Halten von Blumen in Töpfen ist un zulässig".

5. Du sollst nur sterile Wände ansehen, alles andere lenkt nur ab.
Deshalb Nr. 6 der Hausordnung: "Bilder sind nur an der Bilderleiste aufzuhängen".

6. Du sollst vor allem nicht zuviel essen, oder nur soviel, wie es bei einer vernünftigen Betrachtungsweise zulässig erscheint.
Deshalb Nr. 7 der Hausordnung: "Die Aufbewahrung von Lebensmitteln ist einzuschränken. Zulässig ist der Bedarf (welch herrliche Sprache), der bei vernünftiger Betrachtungsweise bis zum jeweils kommenden Einkauf benötigt wird."



MUSS DENN IMMER ERST DIE POLIZEI ZUSCHLAGEN, BEVOR ÜBER INITIATIVEN GEREDET WIRD?

MAILAND/FRANKFURT
2. März

Anlaß dieses Berichts über eine großes, alternatives Kultur(revolutions)-Zentrum in Mailand — MACONDO genannt — ist: seine Schließung durch die Polizei am Abend des 22.Februar 1978.

Macondo (das ist ursprünglich der Name des Schauplatzes der von Gabriel Garcia Marquez beschriebenen „hundert Jahre Einsamkeit") in Mailand existierte nur 38 Tage und war von einer Kooperative von 13 Genoss(inn)en gegründet worden: als Treffpunkt für die am Rande der Gesellschaft Lebenden, als Kommunikationszentrum, als Ort und Ausgangspunkt für zahlreiche Aktivitäten und vieles andere mehr; in sechs großen Räumen, einem Restaurant, einem Kino, einem Laden = Markt, dem „Saal der fünf Säulen" und der Eingangshalle. Jeden Abend kamen so um die fünfhundert Personen dort hin; Leute aus verschiedenen Schichten, aus dem Zentrum von Mailand selbst, aber vor allem auch die aus dem sogenannten ‚Hinterland'.

Und die Leute, die ins Macondo kamen und ‚machen konnten, was sie wollten', hingen offenbar nicht nur rum: sie machten viel miteinander, teils organisiert oder angeregt von den Organisatoren, teils selbstorganisiert: Tanz - Musik - Kunst (d.h. Grafik,Zeichnen,Hinterglasmalen) - Judo - Filmkunde (Vorführen und Diskussion über historische Filme von Toto, einem italienischen Komiker, von Chaplin, ausnahmsweise nicht: Panzerkreuzer Potemkin) - Veröffentlichen von Büchern und Vervielfältigen der selbstgemachten Bilder - Vorführen von Dias und audiovisuellen Medien .

Jemand hatte bislang unveröffentlichte Schriften von Leonardo da Vinci entdeckt, auf Microfilme aufgenommen und im Macondo an die Wände projiziert; abgesehen davon, daß diese Schriften zu lesen offenbar sehr interessant war, inspirierte diese Vorführung noch zu einem anderen Experiment: angeregt durch Leonardos (Un?)-Art, spiegelverkehrt zu schreiben, versuchten dies auch einige Leute im Macondo und entdeckten so eine für sie neue kreative Ausdrucksmöglichkeit.

Im Gegensatz dazu die Polizisten am 22. gegen Mitternacht: mit großem Aufgebot an Mensch und Material, uniformiert und in Zivil, fiel ihnen nichts besseres ein, als das Macondo mit gezogenen Pistolen zu stürmen und „Hände hoch!" zu rufen. Die 13 von der Kooperative Macondo wurden verhaftet und auf verschiedene Gefängnisse verteilt; die Räume wurden mit Eifer aber (relativ!) geringem Erfolg durchsucht: insgesamt 150 Gramm Hasisch (was jedoch nicht mehr als einem Drittel Gramm pro Person entspricht), zwei Gramm Opium, ein Gramm Heroin, sechs Spritzen (davon zwei benutzte).

. So ist denn auch der ‚Rauschgift'-Handel, -konsum und -besitz der Vorwand für die Durchsuchung und Schließung des Macondo und für die Verhaftung der Organisatoren gewesen. Wobei den verhafteten Genoss(inn)en bei einer scharfen Anwendung der italienischen ‚Anti-Drogen-Gesetze' bis zu 30 Jahren Knast drohen. Weiterer Anlaß in diesem Zusammenhang ist eine Fahrkartennachdruck-Flugblatt-Aktion, die sie gemacht hatten, um das Macondo bekannt zu machen: die Fahrscheine der Mailänder Öffentlichen Verkehrsmittel sind unter denen, die immer mal einen Joint drehen, als Filter sehr beliebt. Nun, quasi als ‚alternative Werbeaktion' druckten die ‚Macondisti' fünfhunderttausend Filterpapiere nach, die den Fahrscheinen der Metropolitana mehr oder weniger entfernt ähnelten: statt *gültig für 1 Stunde* stand auf dem Filterschein *gilt für 1 Joint* und, um Mißverständnissen vorzubeugen, war gleich noch ein Joint draufgemalt; desweiteren hieß es auf der Rückseite unmißverständlich: *Dieser Fahrschein ist auf jede Person übertragbar, die gerade am Drehen ist. Es ist unehrenhaft, diesen Schein mehr als einmal zu benutzen. Oder ihn für die Metro zu nehmen. Im übrigen besteht kein Anlaß zur Beunruhigung. Bambule.*

Dennoch lautet ein Teil der Anschuldigungen auf „Fälschen von Fahrscheinen". Noch absurder aber ist, daß Justiz und Bollizei diese Filterscheine ernsthaft (!) als Gutscheine für jeweils einen Joint ansehen und sich offenbar wirklich vorstellen, daß jede/r, der/die im Macondo diesen Filterschein präsentiert, einen Joint geschenkt bekommen hätte. Um der Polizei und Justiz, die sowieso keinen Spaß versteht, den Charakter der Filterscheine zu erklären, haben die Macondisti eine kühle Rechnung aufgestellt: 500.000 dieser Scheine wurden gedruckt! Wenn tatsächlich für jeden davon eine Joint hätte ausgegeben werden müssen, dann müßten die Macondisti über eine Million DM in Hasch angelegt haben...

Aber da sie eh wissen, daß im Macondo weder im grossen Stil gedealt wurde und die Rauschgiftsache nur Vorwand war, um den Treffpunkt zu schließen, ist es fraglich, ob diese Argumentation die Richter überzeugen wird. — Zumal es seitens der Genoss-inn-en Vermutungen gibt, daß diese Aktion mit von den großen Heroinschiebern angeregt worden sein könnte; denn im Macondo war „Rauchen" zwar erlaubt, aber gleichzeitig wurde das Fixen (nicht die Fixer) bekämpft. In den 38 Tagen gab es nur drei mal Putz - nämlich jeweils, als einige Heroindealer rausgeschmissen wurden.

FRANZÖSISCHE SOLDATEN KANDIDIEREN ERSTMALS BEI DEN WAHLEN

STRASSBURG
2. März

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen kandidieren auch Soldaten — sehr gegen den Willen der Regierung. Siebzehn Soldaten kandidierten in verschiedenen Departements. Für fünfzehn endete die Kandidatur vorläufig mit dem Bescheid der Gerichte: Die Kandidatur von Soldaten bei der Wahl ist unzulässig.

Nur im Departement Puy de Dôme und in Nizza wurde nichts gegen die Kandidatur der Soldaten eingewandt. Daraufhin haben alle Kandidaten ihren offiziellen Wahlkreis ins Departement Puy de Dôme verlegt (ein Departement hat mehrere Wahlkreise), haben Urlaub von der Armee und können offiziell kandidieren. Das ist eine Neuheit bei den französischen Wahlen.

Dreizehn der Soldaten kandidieren für die trotzkistische Ligue Communiste Révolutionaire (LCR) zusammen mit der Organisation Communiste Travailleur (OCT) und einer Gruppe der autonomen Bewegung. Zwei der Soldaten kandidieren für die „Information pour les droits des Soldats" (eine Gruppe zur Aufklärung über die Rechte der Soldaten). Obwohl vierzehn der Soldaten in Puy de Dôme kandidieren, machen sie ihren aktiven Wahlkampf in den ursprünglichen Wahlkreisen weiter und haben beim französischen Conseil d'Etat (etwa = Bundesgerichtshof) Berufung eingelegt. Es wäre möglich, daß die Wahl in den Kreisen, in denen den Soldaten die Beteiligung an der Wahl verweigert wurde, nach dem zweiten Wahlgang für ungültig erklärt wird und wiederholt werden muß.

Am 6. März veranstalten die Soldaten eine Pressekonferenz in Straßbourg: Beginn 14 Uhr, 101 Grande Rue, Tel. 003388/ 36 68 88.

DIE TELEFONZIITIG GIBT EINEN ARBEITSBERICHT

ZÜRICH
22. Februar

Seit März 1977 gibt es die Telefonzeitung in Zürich (Telefonziitig). Ein Kollektiv bearbeitet täglich mehrere dreiminütige Nachrichtensendungen, die auf fünf Telefonleitungen abgehört werden können. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Halbjahresbericht "Juli-Dezember 1977":

Am zweiten Anlauf zur Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen - am Wochenende vom 2./3. Juli - nahmen die meisten der Telefonziitigsmitarbeiter als aktive AKW-Gegner teil. Die wenigen Telefonzeitungsmitglieder, die in Zürich zurückblieben, berichteten fortlaufend über die neuesten Geschehnisse in und um Gösgen. So wurde die 5. Ausgabe vom Samstag am Sonntagmorgen um 1.30 Uhr verlesen, am Sonntagnachmittag und Montagmorgen folgten weitere Ausgaben. Mit der Gösgenberichterstattung wurde vom Prinzip der Lokalberichtserstattung abgewichen. Die allgemeine Betroffenheit bei der AKW-Frage schien uns das zu erlauben. Diskussionswürdig scheint hingegen, ob bei solchen Ereignissen die lokalen Veranstaltungshinweise wegfallen sollen. Reaktionen aus dem Hörerkreis könnten wichtige Hinweise liefern.

Wie sehr solche Extradienste von unseren Hörern geschätzt werden, bewies die ständige Überlastung der fünf Telefonlinien. Einige Anrufer bekamen die gleiche Ausgabe der Telefonziitig mehrmals zu hören, denn eine aktuelle Berichterstattung macht es schwierig, die angegebenen Zeiten für die nächstneuere Ausgabe einzuhalten.

TAT—WARNSTREIK: AUCH HIER SCHNELLER ALS ANDERE.......

Streiks sind in der Schweiz eine Rarität. Wir werden uns bemühen, mit der Telefonziitig die interessierten Leute ausführlich und schnell über den Ablauf und die Hintergründe dieser direkten Aktionen der Arbeiter zu informieren.

So fand sich beim TAT-Warnstreik ein Telefonziitigsteam, das über die wichtigsten Ereignisse am Limmatplatz während des ganzen Tages in sieben Telefonziitigsausgaben berichtetet.

Bei den kurzen Dreiminutenbulletins und bei fortlaufender Information — wie etwa beim TAT—Warnstreik, der Cincera-Affäre oder bei Gösgen — ist es für die Hörer, die zum Beispiel beim vierten Dienst erstmals einsteigen, oft schwierig, ein Gesamtbild zu erhalten. Wir werden deshalb immer versuchen, allen Bulletins zuerst eine ganz knappe Zusammenfassung voranzustellen und dann erst mit den neuesten Informationen zu beginnen; was für den eifrigen Hörer wiederum nicht ganz befriedigend ist......

ANDERE SONDEREINSÄTZE DER TELEFONZIITIG

An Wahl- und Abstimmungssonntagen versucht die Telefonziitig gewöhnlich, etwas früher Licht ins kommunalpolitische Dunkel der Abstimmungsergebnisse zu bringen. Daß bei uns weniger allgemeine, zusammengefasste Ergebnisse gebracht werden — dafür eignen sich Radio und Fernsehen ganz gut — sondern mehrheitlich pikante und politisch wichtige Detailergebnisse, Interviews mit exponierten Vertretern und eben Kommentare, ist Absicht und nicht Zufall.

Die permanente Überlastung der fünf Telefonziitigslinien beim Cincera-Skandal und bei den Gösgen-Aktionen ist für uns eine Bestätigung, für den Anrufer mit dem Besetztzeichen ärgerlich. Eine entsprechende Anfrage bei der Post für eine jeweils zeitlich beschränkte Erweiterung auf zehn Anschlüsse wurde negativ beantwortet. Die Kosten für eine dauernde Erweiterung auf zehn Linien lohnen sich aber vorläufig angesichts unserer durchschnittlichen Anruffrequenzen nicht.

TELEFONZIITIG MIT DABEI BEI DER ALTERNATIV—MEDIEN—KOORDINATION

Die Zusammenarbeit der alternativen Medien bei der Gegeninformation zu den Berichten der bürgerlichen Medien über Gösgen hat sich bewährt: die wichtige 'Gösge-Ziitig' konnte in einer Auflage von 7000 verkauft werden. Viele Bestellungen und positive Reaktionen wurden auch an die Telefonziitig geleitet: eine für uns wichtige Bestätigung unserer Arbeit.
Drei der Alternativmedien - die 'Leserzeitung', der 'focus' und die 'Telefonziitig' - haben in der Zwischenzeit einen Verein Alternativ-Medien-Koordination gegründet. Der Verein erhält den Reingewinn aus dem Verkauf der 'Gösge-Ziitig', zum Zweck, bei ähnlichen Ereignissen das Geld für die Gegeninformation im Sinne der 'Gösge-Ziitig' aufzuwenden.

VOR ALLEM: DIE ALLTÄGLICHE TELEFONZIITIGSARBEIT

An sechs Abenden in jeder Woche (320 mal im Jahr) stellen verschiedene Redaktionsgruppen der Telefonziitig je eines der Dreiminutenbulletins her mit Eigenberichten aus Stadt und Region Zürich und Veranstaltungshinweisen. Das Beilagenblatt Telefonziitigsinformationsstatistik schlüsselt alle Berichte des letzten Halbjahres nach verschiedenen Ressorts, nach Herkunft usw. auf.

Die Produktionsbedingungen am Abend, in der Freizeit, und die Beschränkung auf drei Minuten treffen eine Auswahl, die nicht jedermann befriedigen kann, auch uns nicht. Reklamationen, Anregungen, Berichte und Veranstaltungshinweise, Hörerbriefschreiber, Besserwisser und Korrespondenten werden bei uns ernst genommen. Wir sind wie bisher bestrebt, das Beste aus der Telefonziitig zu machen; natürlich fehlt es aber noch an manchem. Übrigens: mit dem Frühlingsbeginn 1978, am 21. März, kommt die Telefonziitig ins vierte Herausgabejahr.

HÖRERZAHLEN JULI BIS DEZEMBER 1977: AUCH HIER FESTTAG UND ALLTAG

Mit 14089 Anrufen im Gösgen-Monat Juli erreichte die Telefonziitig die mit weitem Abstand größte Hörerzahl ihres Bestehens. Das konstante Abfallen der Anrufzahlen bis auf 5537 im Dezember entspricht der gleichen Entwicklung wie derjenigen der Zeit nach dem Cincera-Skandal. Alternative Sensationsgelüste -äxgüsi: Informationsgelüste bei 'speziellen' Ereignissen - lassen die Hörerzahlen wachsen, Berichte vom täglichen Kleinkrieg am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Wohnen, Tramfahren usw. sind weniger gewünscht und beliebt. Vielleicht sind unsere täglichen Meldungen schlecht recherchiert, unwichtig, zu wenig interessant? Auf jeden Fall ist die Tendenz, die in den Hörerzahlen zum Ausdruck kommt, deutlich und bedenkenswert. Für uns TZ-Macher ist die Antwort eindeutig: mehr Werbung und bessere Meldungen und nicht etwa warten auf das nächste Großereignis.

Bei Telefonziitigsmeldungen, die eine Chance haben, in anderen Zeitungen abgedruckt zu werden, übernimmt manchmal und bis jetzt immer noch zu wenig ein Mitarbeiter den Presseversand an die verschiedenen Medien. Daß wir hier nicht überall auf das gleiche Interesse stoßen, was wäre auch anders zu erwarten! Im 'Zürcher Student' wird nach wie vor unter dem Titel "Abgehört und aufgeschrieben" eine Auswahl von hochgedeutschten Telefonziitigsmeldungen in der Auflage von 17000 verbreitet. Werden wichtige Artikel aus schwer erhältlichen Publikationen in der Telefonziitig zitiert, sind sie normalerweise mit einem frankierten Antwortcouvert als Fotokopien erhältlich.

Kontaktadresse: Telefonziitig, Engelstr. 64, 8004 Zürich
neues Tel.: 242 63 27 (Redaktionstelefon)
242 11 12 (Nachrichtentelefon)

IST DER PRÄSIDENT VON FRANKREICH EIN MÖRDER? EIN ANGEKLAGTER KLAGT AN.

EIN GROSSER MORD MIT KLEINEN FOLGEN

PARIS/FRANKFURT 27. Februar *Wir haben versucht, zusammen mit größeren Medien diesen Fall zu recherchieren. Was uns besonders betroffen hat, war die ausgesprochene Trägheit, man könnte fast sagen das Desinteresse, das die folgenden Aussagen hervorriefen. Schließlich, wenn Hinz und Kunz öffentlich von Maihofer angeklagt wären, Schmidt umgelegt zu haben, dann wäre es doch für die Öffentlichkeit interessant zu wissen, was Kunz zu der ganzen Sache sagt.*

Wenn euch die vielen Details an dem Polit-Krimi stören sollten, oder wenn euch die Gangsterstücke zwischen Bankern, Prinzen und Präsidenten sowieso wurst sind, dann erinnert euch bitte, was der Watergate-Skandal für Amerika bedeutet hat.

Es folgt eine Kunz-Version als Antwort auf Anschuldigungen des französischen Innenministers gegen einen Kunz.

Am 24. Dezember 1976 um 9 Uhr 5 wurde der prominente französische Politiker Prinz Jean de Broglie vor dem Haus 2,rue des Dardanelles, im vornehmen 17. Bezirk erschossen. Der Mörder war ein junger Mann, der den Prinzen kurz vorher angesprochen hatte. Danach stieg der Mann in einen Simca und wurde von dem darin wartenden Fahrer weggefahren.

Zur Person des Ermordeten:
Der Prinz de Broglie (55), ehemaliger Minister des Generals de Gaulle, Gründer (zusammen mit Giscard d' Estaing und dem damaligen Innenminister Poniatowski) der regierenden Rechtspartei "Republicains Indépendants", gehörte einer der führenden politischen Familien Frankreichs an. 1962 leitete er für de Gaulle die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Algeriens. Zur Zeit seines Todes war er noch immer Abgeordneter des Departements Eure. Außer seiner offiziellen Rolle betrieb er weniger bekannte, aber weit verzweigte Aktivitäten als Financier. Er hatte angeblich im Aufsichtsrat von 42 Firmen gesessen.

FALL GELÖST

Schon am 29. Dezember 1976 konnte die französische Regierung sehr erleichtert den Fall als "absolut aufgeklärt" der Presse präsentieren. De Broglie sei wegen einer verhältnismäßig kleinen Schuldengeschichte aus "absolut unpolitischen Gründen" von einem bezahlten Minigangster erschossen worden.
Dieser Minigangster, Gerard Freche, sei von einem gewissen Guy Simoné angeheuert und zum Tatort gefahren worden. Dort sei Freche die Waffe in die Hand gedrückt worden und nach vollendeter Tat sei er von Simoné weggefahren worden.

Hier wird aber diese offizielle Version, die vom Innenminister Poniatowski persönlich der Presse vorgeführt wurde, etwas heikel: Guy Simoné war nämlich kein Gangster, sondern ein Inspektor der Pariser Polizei. Laut Poniatowski handelte Simoné für zwei Auftraggeber, die (der Einfachheit halber ? !) in dem Hause wohnten, vor dem man de Broglie ermordete. Sie hießen Monsieur de Varga und Patrick Allenet de Ribemont; dieser war ein Parteifeund des Ermordeten. De Varga und de Ribemont sowie Simoné selbst seien bei de Broglie verschuldet gewesen, Simoné mit 60.000 Mark, die beiden anderen mit 2 Millionen, sagte der Innenminister.

Hier ist ein zweiter wunder Punkt: die Geschäftsmänner de Varga und de Ribemont hätten angeblich geglaubt, daß ihre Schulden durch den Tod des Gläubigers erlöschen werden. Das ist aber kaum normale Geschäftspraxis.

Weiter: Freche seien für seine Tat 25.000 Mark versprochen worden. Freche, zwei kleinere Komparsen und Polizeiinspektor Simoné hätten den Mord gestanden. Sie sowie de Varga und de Ribemont wurden verhaftet. Der Fall, so Innenminister Poniatowski voll Stolz zur Presse, sei geklärt, abgeschlossen, fertig. Die Sache sollte vor Gericht kommen.
Sie kam aber nicht.

Schon am nächsten Tag sagte die Witwe de Broglies, daß sie nicht an die offizielle Version glaube. "Das ist eine Idiotenversion, die man nicht aufrechterhalten kann."
Auch die Presse war kaum von der Poniatowski-Version überzeugt. Aber bis heute ist nirgendwo eine zusammenhängende Alternativversion erschienen.

Freche und Simone haben im Gefängnis nichts Neues gesagt. De Varga, weiterhin in Untersuchungshaft, erklärte sich für unschuldig, sagte aber sonst nicht viel. De Ribemont wurde nach einigen Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen, bleibt aber weiterhin der Beihilfe (Komplizenschft) zum Mord angeklagt.

De Ribemont bestreitet seine Schuld und hält die offizielle Version für totalen Unsinn. "De Varga schuldet de Broglie überhaupt nichts, ich bin der Verantwortliche für die 2 Millionen und muß natürlich den Kredit an die Erben zurückzahlen."

Aber de Ribemont erklärt nicht nur sich selbst und de Varga für unschuldig; er, der Angeklagte, klagt selbst an.

WIR WAREN ES NICHT, ES WAR DER PRÄSIDENT

In einem Exklusivinterview einige Monate nach seiner Entlassung erklärte uns de Ribemont, daß er den Präsidenten Frankreichs, Giscard d'Estaing, beschuldigt, den Mord an de Broglie organisiert zu haben.
De Ribemont und seine Frau hätten Informationen über den Fall gesammelt, zum Teil von de Broglie selbst, als er noch lebte; dann von seinem Sohn Victor François; auch hätte de Ribemont Akteneinsicht in seinem eigenen Fall erhalten, und seine Frau habe über ihre Beziehungen in der "Haute Société Protestante" Informationen bekommen.

Hinter dem Mord stecken nicht ein paar kleine Geschäftsleute, sondern der Präsident Frankreichs, Valerie Giscard d' Estaing. Der Mord sei keineswegs wegen Kleingeld (2 Millionen Mark), sondern wegen eines politischen Grundkonflikts um die Regierung Frankreichs begangen worden. Nach de Ribemont wurde de Broglie umgebracht, weil er sich im Laufe des Jahres 1976 von Giscard d' Estaing und seinen (von de Broglie selbst gegründeten) Republicains Indépendants entfernte und zu dem noch weiter rechts stehenden Chirac (Führer der gaullistischen Partei) überlief (ein Überlaufen wie von Kohl zu Strauß).

De Ribemont erklärte uns, warum ein angeblich doch nur politischer Parteiwechsel so verheerende Folgen für den Präsidenten Frankreichs haben könnte.

De Broglies Überlaufen würde nicht nur Giscards Partei ihre Finanzquellen nehmen und sie seinem Konkurrenten Chirac erschließen. De Broglie war der geheime Schatzmeister der Giscard-Partei und hat ihr, durch gelegentlich auch erpresserische Methoden, von der französischen und ausländischen Industrie Geld verschafft. Schon die Veröffentlichung, auf welche Art Spenden aufgetrieben wurden, wäre für alle Beteiligten peinlich geworden. Aber dies allein genügte kaum für einen so drastischen Lösungsversuch. Nach de Ribemont wäre de Broglie imstande gewesen zu beweisen, daß ein gewisser Edmond Giscard d' Estaing, zufälligerweise Vater des Präsidenten, seit langer Zeit in verschiedene strafbare Gesellschaften und Geschäfte verwikkelt ist.

De Broglie bei Chirac bedeutet also für den Präsidenten nicht nur eine politische und finanzielle, sondern auch eine persönliche, familiäre, kriminelle Erpressungsgefahr.
De Broglie hätte das für Chirac und sich selbst ausnutzen können.

DIE GESCHÄFTE VON PAPA GISCARD

Zu den Geschäften von Edmond Giscard zählt de Ribemont haufenweise Verbindungen auf, die entweder direkt über de Broglie gelaufen oder eng mit ihm verbunden waren, und wo de Broglie sehr leicht Papa Giscard als einen Wirtschaftskriminellen nach dem französischen Gesetz hätte entlarven können. Dies wäre besonders peinlich, weil Giscard nicht nur seit 1974 Präsident ist, sondern vorher langjähriger Finanzminister war und sich eine Ausnahmerolle in der französischen Politik als der nichtkorrupte Politiker aufgebaut hatte. Die Erpressungen, die de Broglie gegenüber Giscard hätte starten können, wären für Giscard unerträglich gewesen.

Als sich de Broglie im Frühsommer mit Giscard verkrachte, fing Polizeiinspektor Simoné an, die Killer aufzusuchen. Nachdem Anfang Dezember de Broglie seinen Übertritt vollzogen hatte, wurden die Mordvorbereitungen mit Hochdruck betrieben. De Ribemont und de Varga wurden schon früh als Blitzableiter eingeplant.

WER WAR WER IN SODETEX?

Nach de Ribemont wäre Papa Giscard besonders mit zwei Firmen verwickelt, wo das Bekanntwerden seiner Beteiligung äußerst peinlich wäre.

Nehmen wir zuerst die Luxemburger Gesellschaft Sodetex. Sodetex ist eine Firma, die allem Anschein nach keinen Wert auf eine öffentliche Reputation legt. Sie wurde, das scheint festzustehen, am 15. Mai 1968 von de Broglie gegründet — zu einer Zeit, als viele Pariser andere Hoffnungen hatten als Geld zu machen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten außer de Broglie angeblich Charles Bignon, ein konservativer Abgeordneter, und ein Schweizer Banker, Robert Leclerc. Geschäftsführer war ein in Frankreich wohnender Belgier namens Raoul de Leon. Die Aktivitäten der Sodetex waren während der letzten 10 Jahre kaum öffentlich bekannt — bis zum Tode von de Broglie.

Zu dem Gründungskapital der Sodetex kamen mindestens 500.000 Mark von der spanischen Textilgesellschaft Mathesa. Mathesa selbst ist anscheinend unter der Kontrolle der Banco Popular de España, in der der spanische Finanzminister Navarro eine wichtige Beteiligung hätte. Nach Angaben de Ribemonts thront in der Pariser Wohnung de Leons eine Fotografie, die ihn mit seinen Freunden, den Finanzministern Navarro und Giscard, zeigt.

Weiterhin hat die Banco Popular de España eine 35%-Beteiligung an einer „Banque des Intérêts Français (BIF)". Zufälligerweise soll ein gewisser Edmond Giscard d'Estaing in der Verwaltung der BIF sitzen.

Aus dem Unternehmensstatut der Sodetex geht nur ein Zweck hervor: Geld zu verdienen. Über die genauen Aktivitäten der Sodetex wird nichts ausgesagt.

Nach de Ribemont hatte die Sodetex 1971 versucht, eine große Anleihe über die Chase Manhattan Bank in Paris zu erhalten. Aber Chase Manhattan wies diesen Vertrag trotz Druck von Poniatowski- und Giscard-Familienmitgliedern zurück (Kreditdirektor des Chase Manhattan damals: Bertrand de Maigret, Schwiegersohn von Innenminister Poniatowski; auch wurde Jean de Mandolx-Dedons, ein Cousin von Giscard d'Estaing, in die Verhandlungen eingeschaltet). Anscheinend hat Chase Manhattan trotz dieses Drucks die Unterschrift von de Broglie nicht genügt. Später aber hat die Banque de l'Union Européenne et Financiere (BUEF) der belgischen Gruppe Empain diesen Kontrakt übernommen. Sie wollte, so de Ribemont, sich durch diese etwas riskante Anleihe das Wohlwollen französischer Finanz- und Regierungskreise erkaufen. Tatsächlich ist Baron d'Empain kurz danach in der französischen Finanzhierarchie (obwohl Belgier) zu Spitzenpositionen aufgestiegen. Großes Fragezeichen: Seit Wochen ist der Baron gekidnappt, vermißt und verschollen. Diesmal scheinen es nicht verschleierte Terroristen zu sein. Könnte dies etwas mit diesen verdunkelten Affären zutun haben ? ?

Diese Angaben de Ribemont's werden von mehreren Beteiligten bestritten. Charles Bignon behauptet, daß seine Unterschrift auf den Gründungsakten der Sodetex gefälscht sei. Über Leclerc's Unterschriften hörte man zur damaligen Zeit etwas ähnliches (siehe unten).
Raoul de Leon schweigt beharrlich. Nur eines hört man von ihm: er sei niemals im Gefängnis gewesen. De Ribemont behauptet, er hätte ihn zur Zeit seiner Verhaftung ebenfalls in Haft gesehen.

Vom Großen zum Kleinen: Wenn es bei diesen Anleihen der Sodetex auch um eine Vielzahl von Millionen unter großen Finanziers ging, so waren doch auch kleine Geschäfte scheinbar nicht verachtet. De Ribemont gab unter anderem das folgende Beispiel über Begünstigungen, die vom französischen Finanzministerium aus, d.h. damals von Valérie Giscard d'Estaing, an die Sodetex gegangen sind.

DIE BRÜCKE VON ALTWIES

Trotz wiederholter Mahnungen blieb eine kleine, aber solide Brücke zwischen Luxemburg und Frankreich langjährig unüberwacht (der französische Zoll untersteht dem Finanzministerium). Die Brücke geht von der Luxemburger Hauptstraße N 16 westlich von Mondorf-les-Bains über den 5 m breiten Gander-Fluß, anscheinend nur zu einem französischen Bauernhof. Aber von dem Bauernhof geht ein 2 m breiter Waldweg (asphaltiert — nicht üblich für französische Waldwege) zu dem Dorf Puttelange und zum französischen Straßennetz.

Über diese Brücke und den Waldweg sind, so de Ribemont, belgische Waffen unverzollt und unkontrolliert nach Frankreich und von da aus nach Drittländern gelangt — für den Profit der Sodetex. Als zwei Bürger von Puttelange, darunter der damalige Bürgermeister Klein, verhaftet wurden, angeblich wegen Waffenhandel für die Sodetex, habe einer von ihnen gesagt: „Edmond Giscard wird mich rausholen". Sie waren auch tatsächlich ohne Prozeß bald wieder auf freiem Fuß.

Für de Ribemont scheinen die Verbindungen zwischen Edmond (und vielleicht auch Valerie) Giscard d'Estaing und der Sodetex klar. Leider hat er bis jetzt keine schriftlichen Beweise. Ähnliche Probleme bestehen bei den Verbindungen der Giscards zur Genfer Banque Leclerc, vormals Banque de l'Harpe.

WER HAT GELD IN GENF?

de Ribemont behauptet, daß die d'Estaings - der Vater und vielleicht auch Valérie, der Präsident - Nummernkonten in der Genfer Privatbank de l'Harpe, später Banque Leclerc, hatten. Dies ist nach französischem Gesetz verboten. Besonders peinlich, wenn es in der Familie eines Präsidenten und früheren Finanzministers rauskommt.

Mit Leclerc haten die d'Estaings nach de Ribemont nicht nur geschäftliche, sondern auch freundschaftliche Beziehungen. Bei der Hochzeit der Leclerc-Tochter war Valérie dabei.

Robert Leclerc taucht mit de Broglie als Gründer der mysteriösen Luxemburger Sodetex auf.

WAS IST VON ALLEDEM WAHR?

Wir waren und sind nicht imstand, alle Anklagen dieses Angeklagten zu kontrollieren, zu beweisen oder zu widerlegen. Es gibt aber immerhin einige seltsame Zufälle, die auch auf etwas höherer Ebene als der einer unüberwachten Kleinstbrücke laufen. Die Bank Leclerc gibt es wohl — oder zumindest gab es sie: Boulevard du Théatre 2, Genf, Tel. 203611.
Bis 1.1.77 hieß sie Banque de l'Harpe. Dann, zufälligerweise

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Apsender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | **bezahlt bis ID–Nummer** | **Exemplare**

W 3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag **Nr. 219**

eine Woche nach den Schüssen auf de Broglie, wurde sie umbenannt nach ihrem Chef: Banque Leclerc.

Im März 77 wurde, so sagte uns vor einigen Monaten der größte Teilhaber (Senior Partner) Renaud, Leclerc aller Entscheidungsbefugnisse enthoben. Am 9.Mai 77 hat die Privatbank ihre Türen plötzlich verriegelt. Anscheinend zahlungsunfähig. Wäre es möglich, daß kurz zuvor die Giscards und ihre ‚Kollegen' ihre Gelder eiligst abgezogen hätten und dadurch Freund Leclerc in Zahlungsschwierigkeiten brachten?
Um dieselbe Zeit haben zwei von Leclercs führenden Mitarbeitern in der Bank, Charles Bouchard und Bertrand du Muralt, plötzlich ihre Konten aufgelöst. Bouchard schwamm schlecht im kalten Wasser des Genfer Sees und auch de Muralt wurde tot aufgefunden. Man vermutet Selbstmord, die Todesfälle bleiben aber unaufgeklärt. Hätten diese Herren etwas über angebliche Giscard-Konten aussagen können?

Während dieser Zeit war Robert Leclerc, so sein Partner Renaud, nur gerade so eben noch am Leben. Er war schwer herzkrank und konnte mit niemandem, insbesondere mit keinem Journalisten, über diese Angelegenheit reden. Jedoch bestätigte Renaud, daß sich Leclerc einmal mit seinem Jagdfreund de Broglie über die mögliche Gründung einer Firma unterhalten hat; er habe dann aber nie weiteres davon gehört.

Nach dem Tod de Broglies fiel Leclerc aus allen Wolken, als er erfuhr, daß er mit einer sogenannten Sodetex-Gesellschaft in Luxemburg irgendetwas zu tun gehabt haben sollte. Leclerc (so Renaud damals) reiste nach Luxemburg und stellte dort fest, daß seine Unterschrift in geradezu lächerlicher Weise sieben mal auf den Sodetex-Akten gefälscht worden war.

Auch hatten, sagte uns Renaud, die Giscards überhaupt kein Konto in der Bank Leclerc, eine etwas ungewöhnliche Aussage für einen Schweizer Banker, der ja gesetzlich verpflichtet ist, das Bankgeheimnis zu wahren.

Dies war allerdings vor einigen Monaten. Später, am 19. Januar 78, wurde der jetzt vielleicht nicht mehr herzkranke 60-jährige Robert Leclerc in Genf verhaftet und verschiedener Bankvergehen beschuldigt: Vertrauensbruch, Veruntreuung, Aktienschwindel und Aufforderung zur Spekulation. Trotz seines Alters und Gesundheitszustandes bleibt Leclerc in Haft. Wenn ein Schweizer Banker in Genf so behandelt wird, muß die Sache ganz ernst sein.

Nach dem Schweizer Bankerschreck, dem Genfer sozialistischen Abgeordneten Jean Ziegler, ist heute Seniorpartner Renaud keineswegs mehr der Meinung, daß die Leclerc-Unterschriften auf den Sodetex-Akten in Luxemburg gefälscht sind. Wer weiß, ob Renaud weiterhin darauf bestehen würde, daß keines der ca. 3 000 Konten in der Privatbank jemals einem Giscard gehört hätte? Jedenfalls, so Genfer Finanzkreise, bestand eine große Anzahl dieser Konten aus französischem Fluchtkapital — illegale und unpatriotische Spekulationen gegen die französische Währung.

Das alles beweist natürlich nicht, daß der französische Präsident seinen ehemaligen Parteifreund einfach umbringen ließ, um sich und seinen Vater vor eventuellen Erpressungen zu befreien. Es gibt aber weitere Gründe, eine offizielle Beteiligung an dem Mord zu vermuten.

MERKWÜRDIGES VON DER POLIZEI

De Ribemont behauptet, und dies wird von der Polizei zugegeben, daß ‚Polizisten' (es bleibt unklar, von welcher der vielen französischen Polizeien) monatelang entweder den Mörder-Polizeiinspektor Simone oder das Opfer, de Broglie, beschatten ließen. Ribemont und andere Quellen versichern, daß Geheimpolizisten (Renseignements Généraux) während des Mordes anwesend waren, aber nichts taten, um ihn zu verhindern. Sie hatten lediglich Befehl, „zu beobachten".

Fest steht auch, daß Polizei einige Minuten nach dem Mord in großer Zahl am Tatort erschien und sofort zu den Wohnungen der später beschuldigten de Ribemont und de Varga hinaufging.

Die Erklärungen der Polizei, wieso sie auf diese Beschuldigten so schnell gekommen wäre, blieben äußerst wirr. (Angeblich hat ein Polizist in der Tasche des toten de Broglie in einem Adressenbuch den Namen Simoné gefunden und — oh Wunder für einen einfachen Kriminalbeamten — sofort gewußt, daß Polizeiinspektor Simoné in engem Kontakt mit den Geschäftsmännern de Ribemont und de Varga stand.

Diese Erklärung wurde noch schwächer, als sich herausstellt, daß der angebliche Simoné in de Broglies Adressbüchlein nicht mit ‚é' sondern ‚et' geschrieben war und kein Polizeiinspektor, sondern ein Rechtsanwalt war!)

Hauptsache bleibt aber, daß 15 Monate nach diesem einfachen, sofort vom Innenminister als gelöst erklärten Mord nur eines passiert ist: Innenminister Poniatowski ist im Laufe des Jahres unauffällig zurückgetreten. Und das war's. De Ribemont hat uns letzten Sommer gesagt:
„Sie werden alles tun, um zu verhindern, daß dieser Fall vor den Wahlen vor Gericht kommt." — Die Wahlen sind am 12.März und am 19.März 1978.

PS. *Der Prozeß hat bis zum heutigen Tage nicht stattgefunden. Der zuständige Untersuchungsrichter Floche scheint der Meinung zu sein, daß dieser Fall nie aufgeklärt werden wird. Patrick Allenet de Ribemont hat dieser Tage ein Buch veröffentlicht. Die Agence France Presse teilte mit, daß er auf 176 Seiten keine entscheidenden Namen nennt. Der Titel des Buches: ‚Echec aux Princes = Schach den Prinzen'.*